

21. Jahrgang

Nr. 3

September 2010

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Öffentliche
Verschuldung

Rettungsanker
oder Katastrophe?

Öl und
Bewusstseinswandel

Spanien in der Krise,
Stuttgart 21

Betrachtungen,
Berichte, Initiativen

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen _____	3
Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder Katastrophe (Zusammenfassungen C. Strawe) _____	5
Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen öffentlicher Verschuldung (Harald Spehl) _____	5
Kommunalfinanzen in der Krise (Florian Boettcher) _____	8
Wege und Irrwege - Zur Einschätzung der Gesamtsituation _____	12
Geldqualitäten und Finanzierung des öffentlichen Sektors (Udo Herrmannstorfer) _____	16
Neue Wege zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben: Ein Gesellschaftspakt Schuldentilgung? (Harald Spehl) _____	19
Steuerreform (Christoph Strawe) _____	22
Öl und Bewusstseinswandel - Amerika nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko (Roland Benedikter) _____	25
Betrachtungen und Berichte	
Auswirkungen der Finanzkrise auf Spanien (Christian Kreiß) _____	38
Stuttgart 21 (Karl-Dieter Bodack) _____	42
Stuttgart 21 und die Demokratie (Gerald Häfner) _____	44
Gedenken: Zum Tode von Rainer Bächli und Christoph Schlingensiefel _____	47
Eigenkapital der Banken und Kulturfortschritt (Michael Rist) _____	48
„Atomkraft: Schluss jetzt!“ _____	49
Schuldenmoratorium für Pakistan _____	50
Initiativen und Termine	
Tagung zur Erlebnispädagogik _____	51
Waldorf trifft Özge, Sercan und Yusuf _____	51
Zur Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus _____	51
Tausch und Täuschung _____	51
47. Mündener Gespräche _____	52
Literatur	
Dietrich Spitta (Hg.): Die Herausforderungen der Globalisierung _____	52
Götz Werner, Adrienne Goehler: 1.000 Euro für jeden _____	53
Lieferbare Rundbriefe _____	54
Seminare	
Persönliches Budget _____	55
Interkulturelle Begegnung als Anstoß zu individueller und sozialer Entwicklung _____	55
Weitere Infos zu den Seminaren _____	56
Ratschlag für Dreigliederungs-Netzwerker Die globale Entwicklung und die Aufgaben sozialer Erneuerung _____	56

Editorial

Seit wir uns entschlossen hatten, das Thema „Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder Katastrophe“ in einer Arbeitstagung zu behandeln, hat sich die Brisanz der damit verbundenen Fragen u.a. durch das 750-Milliarden-Paket zur Euro-Rettung noch erhöht. In diesem Heft habe ich Ergebnisse dieser Veranstaltung zusammengefasst, bei der wir versucht haben, zu einem besseren Verständnis zu kommen und auch Zukunftsperspektiven zu diskutieren. Dabei geht es nicht nur um allgemeine Handlungsrichtungen und Überlegungen, sondern auch um die Idee eines Gesellschaftspaktes Schuldentilgung Deutschland. Für sie ist der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Bezugspunkt, ohne dass es sich um eine schlichte Analogie handeln würde.

Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko ist ein viel tieferer Einschnitt für die Menschheit, als es zunächst scheinen mag. Roland Benedikters Untersuchung der Ereignisse und ihrer Auswirkungen auf die Bewusstseinsentwicklung, besonders in den Vereinigten Staaten, bringt das zu Tage. Der Text ist zugleich ein Musterbeispiel symptomatologischer Betrachtung des Zeitgeschehens. Auch im übrigen Heft finden Sie Informationen in Fülle. Um nur einiges zu nennen: Christian Kreiß, Ökonomie-Professor in Aalen, analysiert die spanische Krise, Karl-Dieter Bodack, einer der besten Kenner der Materie, nimmt Stuttgart 21 auseinander und schaut auf die tieferen Ursachen des dort sichtbaren Größenwahns.

„Interkulturelle Begegnung als Anstoß zu individueller und sozialer Entwicklung“ - auch dieses Thema, das wir uns für ein Seminar am 29. - 31. Oktober im R. Steiner Haus in Frankfurt am Main vorgenommen haben, gewinnt wie schon die Staatsverschuldung zusätzliche Aktualität durch die öffentliche Debatte. In diesem Fall macht sich die Debatte an Sarrazins Thesen fest und nimmt eine problematische Richtung. Um so wichtiger ist die Beschäftigung mit den Fragen der interkulturellen Begegnung. Auf dieses Seminar darf ich Sie deshalb besonders aufmerksam machen. Ebenfalls herzlich einladen darf ich Sie zum Jahrestreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Sie finden über beide Ereignisse Informationen auf S. 55 und 56 im Heft.

Ihr C. Strawe

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen

Die deutsche Bundesregierung beschließt ein umfangreiches Sparpaket. 2011 sollen über 13 Millionen Euro eingespart werden. In der Opposition und den sozialen Bewegungen wird das Paket als sozial unausgewogen kritisiert +++ Der UN-Sicherheitsrat beschließt Zahlungsverkehrskontrollen, Einschränkungen im Reiseverkehr und andere Sanktionen gegen Iran wegen seines Atomprogramms. Nur die nichtständigen Mitglieder Brasilien, Türkei und Libanon stimmen nicht zu +++ Parlamentswahlen in Holland, die „Partei für die Freiheit“ des Rechten Geert Wilders erzielt einen großen Wahlerfolg. Versuche der Regierungsbildung scheitern zunächst +++ In Belgien erzielen die flämischen Separatisten bei den Parlamentswahlen erhebliche Stimmgewinne ++++ US-Präsident Obama fordert in einer Fernsehansprache eine Wende in der Energiepolitik +++ Der BP-Konzern sagt wegen der Ölpest im Golf von Mexiko die Zahlung von 20 Milliarden Dollar in einen Entschädigungsfonds zu +++ BP-Chef Hayward tritt zurück, Nachfolger wird Bob Dudley +++ 85 Tage nach der Explosion der Bohrtürme Deepwater Horizon gelingt es endlich, das Bohrloch zu verschließen und den Austritt von Öl zu stoppen +++ Die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika wird für das Gastgeberland zu einem großen Erfolg, allerdings nicht in sportlicher Hinsicht, da die südafrikanische Nationalmannschaft in der Vorrunde ausscheidet. Weltmeister wird erstmals Spanien +++ Kehrtwende bei Opel. Der US-Automobilkonzern General Motors verzichtet nun auf die Forderung nach Staatshilfen und will die Sanierung von Opel intern regeln. Bei der Frage der Finanzhilfen hatte sich Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) mit seiner negativen Position zu Staatshilfen politisch durchgesetzt +++ Blutiger Bürgerkrieg in Kirgistan mit vielen Hundert Toten. Zuvor waren ethnische Spannungen zwischen Usbeken und Kirgisen geschürt worden, nachdem eine neue Regierung ans Ruder gekommen war. Nach Angaben der UNO sind 400.000 Menschen auf der Flucht +++ Der britische Premierminister David Cameron leistet für Großbritannien Abbitte für die Todesschüsse der Armee auf nordirische Katholiken beim „Blutsonntag“ vor 38 Jahren +++ Der Bundesgerichtshof urteilt, der Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen durch einen Arzt sei nicht strafwürdig, sofern der Patientenwille klar ersichtlich sei. In einem weiteren Urteil erlaubt das Gericht die sogenannten Präimplantationsdiagnostik, d.h. eine Diagnose möglicher Genschäden bei Embryonen, die durch künstliche Befruchtung entstanden sind +++ US-Präsident Barack Obama entlässt den Oberbefehlshaber der Nato-Truppen in Afghanistan McChrystal, der ihn öffentlich kritisiert hatte. Zu seinem Nachfolger wird der vormalige Truppenkommandeur im Irak, David Petraeus, ernannt +++ Entgegen ihren ersten Ankündigungen versuchen SPD und Grüne nun doch in Nordrhein Westfalen eine Minderheitsregierung zu bilden und sind dabei erfolgreich. Hannelore Kraft wird zur neuen Ministerpräsidentin gewählt +++ In Schleswig-Holstein müssen nach einem Urteil des Landesverfassungsgerichtes nun doch Neuwahlen stattfinden, in Hessen wird Volker Bouffier zum Nachfolger von Roland Koch gewählt +++ Der

rechtsliberale Politiker Bronislaw Komorowski gewinnt die Präsidentschafts-Stichwahl in Polen und besiegt den national-konservativen Jaroslaw Kaczynski +++ Der CDU-Politiker Christian Wulff setzt sich in der deutschen Bundesversammlung im 3. Wahlgang gegen den Oppositionskandidaten und Ex-DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck durch +++ In Deutschland haben Kinder aus sozial unterprivilegierten Schichten immer noch weit geringere Chancen in der Bildung als Kinder, deren Eltern besser gestellt sind. Das ist das Ergebnis eines nationalen Bildungstests +++ Die Arbeitslosenzahl in Deutschland ist nach Angaben der Bundesagentur auf 3,15 Millionen gesunken. Gleichzeitig können jedoch immer weniger Menschen von ihrem Erwerbseinkommen leben +++ Die chinesische Zentralbank lockert die feste Bindung des Yuan an den Dollar. Der Yuan galt bislang als unterbewertet +++ In Toronto beschließen die Staats- und Regierungschefs der G 20 eine Halbierung der Staatsdefizite bis zum Jahr 2013. Kritiker sehen darin nur eine unverbindliche Absichtserklärung +++ Bei einem Volksentscheid in Bayern gibt es eine große Mehrheit für ein strengeres Rauchverbot in Gaststätten +++ Die Waffenlobby in den USA erringt einen Sieg beim Obersten Gericht, das Einschränkungen des Rechts, Waffen zu besitzen, als nicht verfassungskonform beurteilt +++ Das FBI deckt einen russischen Spionagering auf. Russland und die USA tauschen schließlich in Wien mehrere Spione aus +++ Die zentrale Speicherung von Arbeitnehmer-Daten in Deutschland soll eventuell aus Kostengründen gestoppt werden +++ Das Europäische Parlament hat das SWIFT-Abkommen gebilligt und damit US-Behörden partiell ermöglicht, auf europäische Bankdaten zuzugreifen +++ Googles Dienst Streetview löst eine neue Datenschutzdebatte aus +++ Tod des Architekten Günter Behnisch +++ Tod des Regisseurs Christoph Schlingensiefel +++ Der Internationale Gerichtshof in Den Haag erklärt in einem Urteil die Abspaltung des Kosovo von Serbien für rechtmäßig +++ In Duisburg sterben bei der „Loveparade“ 21 Menschen. Es war zu einer Panik gekommen, nachdem sich große Menschenmassen in einem Tunnel gestaut hatten. Die veranstaltende Lopavent GmbH, die Polizei und die Stadt schieben die Verantwortung hin und her +++ Während der extremen Hitzeperiode kommt es in ICE-Zügen der Deutschen Bahn zu Ausfällen der Klimaanlagen, Züge müssen gestoppt werden. Die Bahn muss Geld an Geschädigte zahlen +++ Größte Hitzewelle seit Menschengedenken in Russland. Es kommt zu zahlreichen Wald- und Torfbränden. Feuerwehr und Armee sind rastlos im Einsatz. Moskau liegt zeitweise unter dichtem Rauchnebel, was zu starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt +++ Das Online-Portal Wikileaks veröffentlicht an die 100.000 Geheimdoku-

Korrigenda

Der Fehlerteufel ist beim Zeitschriftmachen immer gegenwärtig. So erfolgreich wie im letzten Heft hat er allerdings wohl noch nie temporäre Bewusstseinslücken erspäht und uns auf diese Weise genarrt. Dem aufmerksamen Leser ist es aber sicher selbst aufgefallen, dass es im Editorial im 2. Absatz in der 5. Zeile von unten nicht „des Zweiten“ sondern des „Ersten Weltkriegs“ heißen muss. Im Methodenartikel auf S. 9 muss es in Fußnote 4 heißen „12. Dezember 1918“ und nicht „1919“.

* 5. Juni bis 18. September 2010

mente zur Lage in Afghanistan und heizt dadurch die Debatte über den Krieg dort neu an +++ Starkes Hochwasser im Dreiländereck zwischen Deutschland, Tschechien und Polen, die Lage verschärft sich nach Deichbrüchen in Polen. Mehrere Todesopfer sind zu beklagen, in einigen Orten kommt es zu Evakuierungen +++ Gewaltige Überschwemmungen in Pakistan. Wegen der Wassermassen sind nach UN-Angaben 15 bis 20 Millionen Menschen in Not, Millionen benötigen zum Überleben Soforthilfe. Im Gegensatz zur Lage bei anderen humanitären Katastrophen melden die Hilfswerke einen zunächst vergleichsweise schwachen Spendenfluss. Die UN fordern 460 Millionen Dollar von ihren Mitgliedsstaaten. Langsam läuft die internationale Hilfe an +++ Rücktritt des Hamburger CDU-Bürgermeisters Ole von Beust, sein Nachfolger wird sein Parteifreund Christoph Ahlhaus. Es bleibt bei einer schwarz-grünen Koalition in der Bürgerschaft +++ Bei den Parlamentswahlen in Australien kann keine der beiden großen Parteien die Mehrheit erreichen, der Labour-Party gelingt dann doch, mit Vertretern kleinerer Parteien zusammen, eine Regierungsbildung +++ Offiziell ist der Kampfeinsatz der US-Armee im Irak beendet. Es bleiben allerdings noch 50.000 Mann als Ausbilder und für Spezialeinsätze im Land +++ In Washington beginnen nach langer Pause neue Nahost-Friedensgespräche +++ In Frankreich lässt der Präsident 300 Lager von Sinti und Roma schließen, die nach Rumänien abgeschoben werden. Da Rumänien zur EU gehört, steht dies im Widerspruch zu der in Europa geltenden Freizügigkeit. Nachdem Viviane Reding, in der europäischen Kommission zuständig für Justiz, die Abschiebep Praxis der Sarkozy-Regierung als rechtswidrig bezeichnet, kommt es bei einem EU-Gipfel zum Eklat. Präsident Sarkozy erklärt, so dürfe man nicht mit einem großen Mitgliedsland umgehen. Er verweist auf Abschiebepläne der deutschen Regierung, die diese aber umgehend dementiert +++ Tod von Bärbel Bohley, einer der führenden Persönlichkeiten der Bürgerbewegung in der DDR. Bohley war Mitbegründerin des Neuen Forums +++ Die Auseinandersetzung um das Bahnprojekt Stuttgart 21 und das alternative Kopfbahnhof 21-Projekt spitzt sich zu, als mit dem Abriss des Nordflügels des Hauptbahnhofs begonnen wird. Bei immer neuen Demonstrationen und anderen Aktionen sind bis zu 70.000 Menschen auf der Straße. Angesichts des Widerstands aus allen Bevölkerungsschichten fordert jetzt auch die SPD, die für das Projekt ist, einen Baustopp und eine Volksabstimmung. Umfrageergebnisse lassen es möglich erscheinen, dass Schwarz-Gelb bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März die Mehrheit verliert. Ministerpräsident Mappus und die Kanzlerin wollen das Projekt jedoch unbedingt durchziehen +++ Das Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) veröffentlicht in einem neuen Buch „Deutschland schafft sich ab“ Thesen über die Integration von Migranten. Besonders bei großen Teilen der türkischen Migranten sieht er mangelnde Integrationsbereitschaft und eine Beanspruchungsmentalität gegenüber den Sozialsystemen. Dagegen empfiehlt er Zwangs- und Kontrollmaßnahmen. Er befürchtet, dass Geburtenrückgang bei den Deutschen, eine wachsende Unterschicht und weitere Zuwanderung aus islamischen Ländern zum Verfall des Landes führen würden. Diese Positionen tragen ihm viel Kritik ein, zumal er sich zur Begründung unsäglicher rassistisch-genetischer Argumente bedient. Gleich-

zeitig wird er zu einer Art Volksheld hochgeschrieben, der endlich die Wahrheit über Probleme sagt. Die SPD eröffnet ein Ausschlussverfahren gegen Sarrazin, einer Entlassung als Bundesbanker kommt er durch Rücktritt zuvor +++ Eine EMNID-Umfrage gibt einer Partei, die Positionen Sarrazins vertritt, die Chance, von 18 Prozent der Bevölkerung gewählt zu werden. In der CDU/CSU entsteht eine Diskussion darüber, wieweit solche Positionen von diesen Parteien selbst besetzt werden müssen, um keinen Raum für eine neue konkurrierende Rechtspartei zu lassen. Die Vertriebenenfunktionärin Erika Steinbach provoziert in dieser Diskussion durch Schürung von antipolnischen Ressentiments. Sie tritt schließlich aus dem CDU-Vorstand zurück +++ Die Atomkraftwerke in der BRD sollen 12 Jahre länger in Betrieb bleiben dürfen, als früher vorgesehen. Im Gegenzug soll es Geld aus der Atomindustrie zur Entwicklung erneuerbarer Energien geben. Die Regierung will das Gesetz ohne Einbeziehung des Bundesrates durchsetzen. Diese Ausschaltung der Länderkammer hält die Opposition für verfassungswidrig, man rechnet mit einer Klage beim Verfassungsgericht. Der Kanzlerin wird Klientelpolitik vorgeworfen, im Bundestag wird sie als „Kanzlerin der Konzerne“ angegriffen +++ In Berlin demonstrieren schließlich am 18. September an die 100.000 Menschen gegen die Atomenergiepolitik der Regierung +++ Prozess gegen 2 Jugendliche, die an einer Münchner S-Bahn-Station Dominik Brunner mit Schlägen und Tritten zu Tode gebracht haben. Brunner hatte sich eingemischt, als die beiden andere Jugendliche bedrohten. Es werden langjährige Jugendstrafen von zehn und sieben Jahren wegen Mordes bzw. Körperverletzung mit Todesfolge verhängt +++ In Frankreich demonstrieren Hunderttausende gegen die geplante Rentenreform, durch die das Rentenalter von 60 auf 62 Jahre erhöht werden soll +++ Der Europäische Gerichtshof erklärt das Glücksspielmonopol des deutschen Staates für unvereinbar mit dem europäischen Wettbewerbsrecht +++ In Deutschland soll die Wehrpflicht zwar nicht komplett abgeschafft, aber doch ausgesetzt und damit faktisch unwirksam werden. Die Bundeswehr wird in Zukunft nur noch aus Berufssoldaten und Freiwilligen bestehen +++ Cannabis wird in Deutschland in medizinisch begründeten Fällen legal auf Rezept zu bekommen sein +++ Deutschland nimmt zwei ehemalige Häftlinge aus Guantanamo auf +++ Tod des französischen Filmregisseur Claude Chabrol +++ Staatsbesuch des Papstes: Mit Benedikt XVI. betritt seit der Abspaltung der anglikanischen Kirche durch Heinrich VIII. im Jahr 1534 erstmals ein Papst britischen Boden +++ Bei einem Verfassungsreferendum in der Türkei bekommen die von der Regierung Erdogan vorgeschlagenen Änderungen eine Mehrheit. Durch die Reform wird die Stellung des Militärs geschwächt, das Parlament erhält mehr Rechte +++ Die neue Shell-Jugendstudie zeigt auf, dass mehr Jugendliche in der BRD als bei früheren Umfragen, nämlich 59 Prozent, ihre Zukunftsperspektiven positiv sehen +++

Stand des Kostenausgleichs

Bis Mitte September waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) rund 30.000 von geplanten 38.000 Euro eingegangen. Es müssen also noch etwa 8.000 Euro finanziert werden. Wir sind für jeden Beitrag dankbar.

Öffentliche Verschuldung

Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen öffentlicher Verschuldung

Harald Spehl,
Zusammenfassung C. Strawe

Rettungsanker oder Katastrophe?

Zur Einleitung

Christoph Strawe

Als wir im Institut für soziale Gegenwartsfragen vor längerer Zeit beschlossen, am 26./27. Juni ein Seminar zur Staatsverschuldung durchzuführen, war uns die Brisanz des Themas klar. Nachdem die Staaten die Banken „gerettet“ hatten, hatten sie begonnen, in einem zweiten Schritt mit Konjunkturprogrammen den Einbruch der Produktion und Beschäftigung zu verhindern oder wenigstens zu mildern.

Dass dadurch die ohnehin immense öffentliche Verschuldung erhöht würde, war klar. Strittig - auch unter Experten - war und ist jedoch, wieweit diese Verschuldung eine bloße Belastung der Zukunft darstellt, ob sie auch ein Weg zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben ist und wie es mit der Inflationsgefahr oder mit Deflationsperspektiven steht.

Durch die Griechenland-Krise und den „Rettungsschirm“ für den Euro gewann das Thema dann zusätzliche Aktualität und Brisanz. Sitten wir in der Schuldenfalle fest? Ist Euroland bald abgebrannt? Solche Fragen wurden über Monate in den Schlagzeilen der Medien thematisiert.

Im Folgenden wird über unseren Versuch berichtet, zum Verständnis der Krise und zur Entwicklung langfristiger Lösungsansätze beizutragen. Ich habe dabei in freier Form die Referate zusammengefasst, die meine Vorstandskollegen im Institut für soziale Gegenwartsfragen, Harald Spehl und Udo Herrmannstorfer, Florian Boettcher (Experte für Kommunalverschuldung von der TU Kaiserslautern) und ich selbst bei dieser Tagung gehalten haben. Auch die Podiumsdiskussion habe ich dabei einbezogen. Bei den Beiträgen von Harald Spehl sind außerdem einzelne Gesichtspunkte eingeflossen, die dieser bei einem Vortrag im Rahmen eines Seminars über Postwachstumsökonomie an der Universität Oldenburg entwickelt hat.

Eine Debatte über die Reduktion der Staatsverschuldung gibt es in Deutschland seit mindestens drei Jahrzehnten. Allerdings ist sie bisher weitgehend folgenlos geblieben. Wird die gegenwärtige Krisenlage daran etwas ändern? Das fragen sich derzeit viele. Beim G20-Gipfel in Toronto standen sich zwei Auffassungen gegenüber, für die stellvertretend die Namen Obama und Merkel genannt werden können: Soll man sich weiter verschulden, um die Konjunktur zu stabilisieren, oder muss man die Konjunkturprogramme zurückfahren und sparen, weil jetzt, wo die Konjunkturbelebung gewährleistet ist, vor allem verhindert werden muss, dass die Gesamtverschuldung weiter steigt?

In Bezug auf die wichtigen Probleme ist in Toronto nicht viel herausgekommen, jedenfalls gemessen an den Absichtserklärungen, die vor 2 Jahren auf dem Höhepunkt der Finanzkrise abgegeben worden waren. Das Zeitfenster für substantielle Veränderungen scheint inzwischen schon wieder halb geschlossen zu sein. Man hat sich zwar darauf geeinigt, dass die Industrienationen bis 2013 die Neuverschuldung - wohlgerne nicht die Altschulden! - halbieren sollen, um sie bis 2016 auf Null herunterzufahren. Das klingt famos, ist aber im Grunde eine unverbindliche Absichtserklärung. Es gibt keinen Umsetzungsplan mit einzelnen Schritten, keine Kontrollmechanismen und keine Sanktionen bei Verstößen.

Fakten und Hintergründe zur aktuellen Diskussion

Von 1968 bis 2009 hat sich in Deutschland die öffentliche Verschuldung, das sind die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden, bis zur Höhe von 1,7 Billionen Euro aufgetürmt (vgl. Abb. S. 6). Die Gesamtverschuldung allein des Bundes wird im Jahre 2010 voraussichtlich 1,053 Billionen Euro betragen. Geplant ist für dieses Jahr eine Netto-Neuverschuldung von 80 Mrd. Euro. Die bisherige Wirtschaftsentwicklung wird wahrscheinlich dazu führen, dass der Bund „nur“ 60 Milliarden neue Schulden machen muss. Das wäre aber immer noch die größte Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Kredite während des Jahres fällig werden und daher über 250 Milliarden Euro umgeschuldet werden müssen. Die Brutto-Neuverschuldung liegt also über 300 Mrd. Euro. Solange Schatzbriefe bereitwillig gezeichnet werden, gibt es da kein Problem. Das Beispiel Griechenland zeigt aber, was passiert, wenn die potenziellen Gläubiger das Vertrauen verlieren. Dann ist das Problem nicht primär die Netto-, sondern die Brutto-Neuverschuldung, also das, was jeden Monat neu platziert werden muss. Im Augenblick bekommt die Bundesrepublik, da sie als verlässlicher und solventer Schuldner gilt, Geld noch zu

niedrigen Zinsen. Was aber, wenn die Niedrigzinsphase endet und die Zinsen steigen? Das wird Deutschland nicht unberührt lassen.

Wie ist es zu dieser Entwicklung überhaupt gekommen? Betrachtet man die Jahre von 1950 bis 2010, so finden wir bis 1970 einen relativ geringen Anstieg der Verschuldung. Von 1970 an wird der Anstieg steiler, und während der Jahre 1990 bis 1995 verdoppelt sich die Gesamtverschuldung in Folge der deutschen Vereinigung, die bis heute ihre finanziellen Nachwirkungen zeigt (vgl. Abb.).

Beteiligt an der Verschuldung sind Bund, Länder und Gemeinden. Der Anteil der Gemeinden am Anstieg ist zwar geringer als der von Bund und Ländern, aber dennoch keineswegs unerheblich (vgl. Abb. S. 13). Bei den Ländern finden wir einen relativ konstanten Anstieg, während es beim Bund eine größere Diskontinuität und zugleich Schuldensteigerung gibt. Man sieht, dass vor allem Bund und Länder zur Verschuldung beigetragen haben.

Solange man die Umschuldung zu Wege bringt und für die Neuschulden Kreditgeber findet, ist die Neuverschuldung kein unlösbares Problem. Die damit verbundenen Zinszahlungen führen aber zu steigenden Belastungen. Die Zinszahlungen müssen normaler Weise aus dem laufenden Haushalt aufgebracht werden. Mit zunehmender Gesamtverschuldung steigt die Zinslast und mit ihr die Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung (vgl. Abb. S. 19). Wegen der Überlagerung der Schuldenkrise mit der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise und der Zinsentwicklung ist in den nächsten Jahren mit zusätzlichen Zinsbelastungen zu rechnen.

Das hat Folgen für den Bundeshaushalt, in dem heute bereits die Zinsausgaben mit 12% nach den Sozialausgaben der größte Ausgabenposten sind (vgl. Abb. S. 16). Bei konstantem Steueraufkommen führt die wachsende Zinsbelastung zur Verringerung des Spielraums bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben. Für die nächsten Jahre sieht die Finanzplanung des Bundes eine starke Reduktion der Nettokreditaufnahme vor. Dies liegt an der sogenannten Schuldenbremse, auf die sich Bund

und Länder verbindlich geeinigt haben und die in das Grundgesetz aufgenommen worden ist.

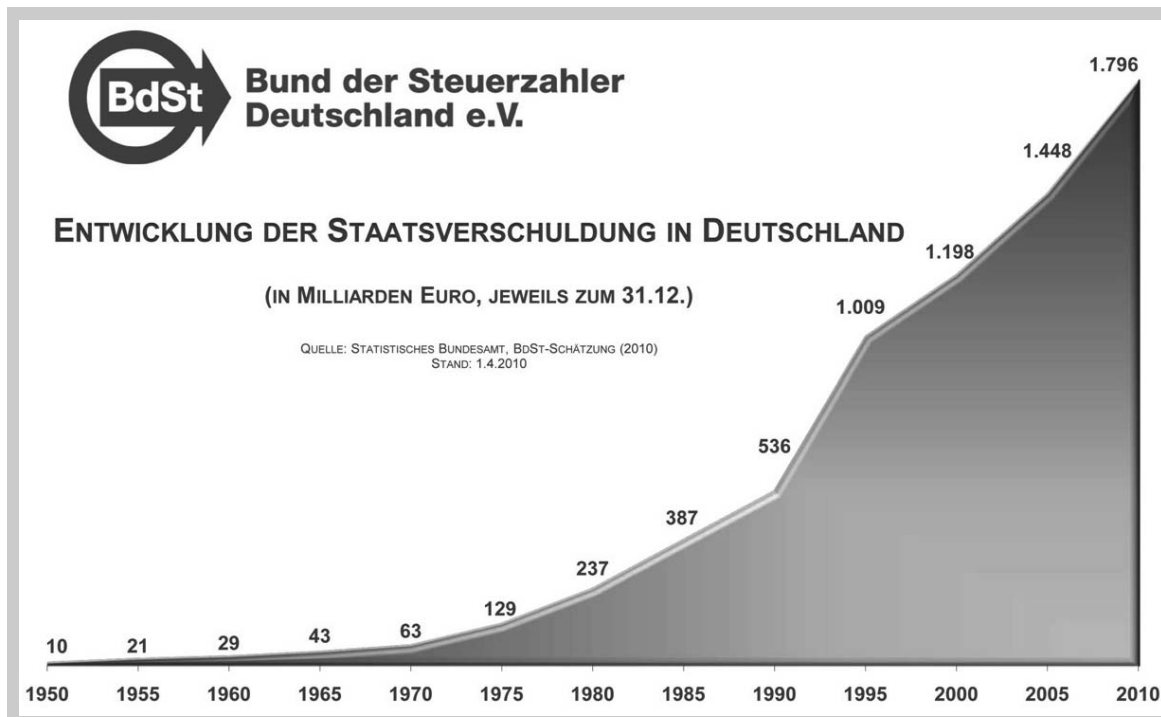
Wie stellt sich die Gesamtverschuldung in Deutschland in Relation zu anderen Ländern dar? Nach den sogenannten Maastricht-Kriterien, die bei der Einführung des Euro festgelegt wurden, soll die Gesamtverschuldung eines Landes nicht höher als 60% des Bruttoinlandsprodukts¹ sein; für die Nettoneuverschuldung ist die Grenze 3% des BIP. Von Deutschland wird die Gesamtverschuldungsgrenze jetzt überschritten, wenn auch nicht erheblich. Eine ganze Reihe anderer Länder in Europa liegt unter dieser Grenze. Sagt der Gesamtschuldenstand in Verbindung mit dem BIP etwas über die wirtschaftliche Gefährdung eines Landes aus? Darüber sind sich die Experten nicht einig. 2006 bereits lag Deutschland über der 60%-Grenze, inzwischen spricht man von 70 - 75% des BIP. Griechenland liegt allerdings bei 100%, Japan sogar bei 176%. Die Japaner sind aber eben trotz all ihrer Schwierigkeiten keineswegs wirtschaftlich zusammengebrochen. Die Gesamtschuldenquote ist also kein sicherer Maßstab für die Grenzen der Verschuldung und ihrer Wirkungen.

Die 3%-Quote für die Neuverschuldung ist ebenfalls ein politische Vereinbarung. Sie wurde verschiedentlich überschritten, ohne, dass die vorgesehenen Strafmaßnahmen zur Anwendung kamen. Es bleibt abzuwarten, welche Rolle diese Quote in Zukunft in der EU spielen kann.

Ursachen der Verschuldung

1. Eine wesentliche Ursache liegt in den politischen Strukturen und Anreizen. In demokratisch verfassten Gesellschaften wie unserer, mit Wahlperioden von 4 oder 5 Jahren, ist es für Politiker verführerisch, Wahlversprechen zu machen. Deren Umsetzung erhöht die Ausgaben. Weil man aber gleichzeitig den Wählern

¹ Dass das BIP eine problematische Messgröße darstellt, wurde an anderer Stelle gezeigt (vgl. den Text über nachhaltige Entwicklung in Sozialimpulse 4/2008).



möglichst wenig mit Steuererhöhungen weh tun will, weicht man in die Verschuldung aus.

2. In Deutschland spielt der Föderalismus bzw. die Art, wie er gehandhabt wird, eine Rolle. So erlässt der Bund Gesetze, die bei den Kommunen zu Ausgaben führen, etwa weil Kindergartenplätze geschaffen werden müssen. Der Bund muss die Kommunen aber nicht entsprechend finanziell ausstatten. Ein anderes Beispiel: bei der Finanzreform wurde die Zuständigkeit der Länder für die Bildung, für Schulen und Universitäten, festgeschrieben. Die Länder stellen nun fest, dass sie nicht genug Geld für die Erfüllung dieser Aufgabe haben. So hat sich der Bund dann doch an der Finanzierung beteiligt, um etwa mit Exzellenzinitiativen die Hochschulen zu fördern. Ein weiteres Beispiel ist die Wohnversorgung für ALG2-Empfänger, die von den Kommunen bezahlt werden muss.

Das heißt: Aufgaben und Ausgaben laufen auseinander, und die Ausgaben sind nicht durch die Einnahmen gedeckt. Der Ausweg besteht oft in zusätzlicher Verschuldung. Demgegenüber verlangen Kritiker, wer etwas Ausgabenwirksames beschließt, müsse auch die Mittel dafür bereitstellen.

3. Schulden werden begründet mit der Notwendigkeit der Konjunkturstabilisierung. Das sehen heute - nach einer Phase des neoliberalen Marktfundamentalismus - wieder fast alle so wie Keynes: Bei Rezession oder gar wirtschaftlicher Depression soll der Staat die fehlende Nachfrage ausgleichen. Das geht nur durch Verschuldung. Keynes wollte allerdings, dass diese Schulden in Boom-Phasen dann wieder getilgt werden sollten. Das aber ist weitgehend nicht geschehen. Es kam stattdessen zu einem kontinuierlichen Wachstum der Verschuldung.

4. Sondersituationen können Ursache von Verschuldung sein. In Deutschland war die Wiedervereinigung eine derartige Situation. Auch der Euro-Rettungsschirm, der jetzt vereinbart wurde, kann als Reaktion auf eine besondere Situation verstanden werden. Hier ist allerdings noch unklar, wie viel effektive Schulden entstehen, weil es ja vorerst um Garantien geht, von denen sich erst zeigen muss, ob sie tatsächlich in Anspruch genommen werden.

5. Schließlich ist eine wichtige Ursache das Fehlen wirksamer Sanktionsmechanismen. Wo keine Sanktionen drohen, werden Regeln gebrochen. Das Beispiel der EU zeigt, dass es nicht gut funktioniert, wenn Täter und Richter identisch sind.

Wirkungen der öffentlichen Verschuldung

Eine Wirkung der Verschuldung kann die Konjunkturstabilisierung sein. Das funktioniert am Besten über quasi automatisch wirkende Mechanismen. In Deutschland ist man im Moment sehr stolz auf den Stabilisierungsmechanismus der Kurzarbeit. Die kostet zwar Geld, aber letztlich soll sie mehr bringen, als sie kostet - weil die Kosten von Arbeitslosigkeit höher zu veranschlagen wären, als die Ausgaben für das Kurzarbeitergeld.

Im Spektrum der ökonomischen Schulen findet man zu den Wirkungen der Staatsverschuldung die unterschied-

lichsten und einander widersprechenden Auffassungen. Es ist ein gängiges gewerkschaftliches Argument, öffentliche Verschuldung sei dauernd geeignet, Wachstum und Beschäftigung, etwa durch Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, zu schaffen. Andere sagen, Verschuldung sei schlecht für das Wachstum, weil die Privaten dann nicht mehr investieren („Crowding out - Argument“). Dies gelte besonders dann, wenn die öffentliche Verschuldung zu allgemeiner Zinserhöhung führe, denn dann sei unter sonst gleichen Bedingungen ein Teil der privaten Investitionen nicht mehr rentabel, d.h. ihre Rendite läge unter diesem Zinssatz. Das müsse zum Unterbleiben von Investitionen und zu Wachstumsverlusten führen.

Ein ganz wichtiger Punkt sind die Verteilungswirkungen. Für die Gegenwart gilt: Jemand muss die Zinsen aufbringen, die die Besitzer von Staatsanleihen erhalten. Obwohl es schwierig ist, das exakt zu ermitteln, liegt nahe, dass ein großer Teil der Bevölkerung über die Steuern die Zinsen bezahlt, die ein kleinerer Teil bekommt. Eine weitere Verteilungswirkung ergibt sich zwischen den Generationen. Das ist das, worüber man täglich in der Zeitung lesen kann. Die Belastung der Kinder und Enkelkinder wird als Hauptargument gegen weitere Verschuldung ins Feld geführt. Es gibt viele Modelle, die versuchen, diese Wirkungen zu erfassen. Der Gesamteffekt hängt wesentlich davon ab, welche Aufgaben mit den Schulden finanziert wurden und ob zukünftige Generationen davon profitieren. Entscheidend ist, dass die heutige Verschuldung nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen getilgt und verzinst werden muss. Das heißt aber, dass wir nicht einfach eine Belastung weitergeben, sondern ein Gläubiger-Schuldner-Verhältnis vererben. Wer sind die Gläubiger und wer die Schuldner in der Zukunft? Die Enkel sind eben nicht alle gleich in Bezug auf diese Frage und das Verhältnis ist in jeder Generation gestaltbar!

Es gibt auch Ökonomen, die der Meinung sind, eine zu hohe Verschuldung führe unweigerlich zum Crash. Allerdings ergibt sich aus der ökonomischen Literatur kein klares Bild darüber, was denn eine zu hohe Staatsverschuldung ist. Es gibt eine neue Untersuchung, die statistisch ergibt, dass bei einer Gesamtverschuldungsquote von über 90% die Wachstumsrate sinkt. Man muss sich aber hüten, statistische Zusammenhänge ungeprüft als Kausalzusammenhänge zu betrachten. In den Medien klingt es häufig so, als ob bei 90% Staatsverschuldung der Staatsbankrott beginne. Aber ein Sinken der Wachstumsrate ist kein Staatsbankrott. Richtig ist allerdings, dass bei zunehmender Zinsbelastung und gleichbleibendem Steueraufkommen eine Beschädigung staatlicher Kernaufgaben droht. Wenn dann die Anleger auf den Kreditmärkten finden, dass die hohe Verschuldung eine Gefahr für ihr Kapital darstellt, dann werden sie keine Kredite geben oder exorbitante Zinsen verlangen - dann wird die Umschuldung zunehmend schwierig oder sogar letztlich unmöglich und eine Staatsinsolvenz droht.

Ein Ausweg ist die rigorose Kürzung der Staatsausgaben, wie sie zur Zeit in Griechenland versucht wird. Das kann zu einem Rückgang der Nettoneuverschuldung führen, wenn die Staatseinnahmen nicht ebenso oder sogar stärker zurückgehen. Ein anderer Weg besteht in einem Schnitt der Gläubigerforderungen wie das in

Deutschland nach den Kriegen oder in jüngerer Vergangenheit in Argentinien geschehen ist. Eine weitere Möglichkeit sind Schuldenmoratorien und vereinbarte Schuldenreduzierungen, z.B. das Londoner Schuldenabkommen. Schließlich besteht die Möglichkeit eines Schuldenerlasses durch die Gläubiger, wie er vom sogenannten Pariser Club im Hinblick auf einen Teil der internationalen Verschuldung armer Entwicklungsländer praktiziert wird.

Die Frage nach qualitativen Kriterien

Ein weiterer und entscheidender Punkt: Wie kommen wir zu einem begründeten Urteil darüber, welche Verschuldung des Staates sinnvoll ist und welche nicht? Prozentzahlen führen, wie wir sahen, nicht wirklich weiter. Wir müssten inhaltlich-qualitative Kriterien für sinnvolle und begründbare oder widersinnige und kontraproduktive Verschuldung angeben können.

Wie Udo Herrmannstorfer in seinem Beitrag noch ausführlicher begründet, sollten Kernaufgaben wie Bildungs- und Forschungspolitik, Infrastruktur, öffentliche Sicherheit und andere Aufgaben, die wir dem Staat übertragen haben, nur über Steuern finanziert werden. Denn es handelt sich um laufende Ausgaben, die aus dem je gegenwärtigen Wirtschaftsergebnis bezahlt werden müssen. Der Bereich der sozialen Sicherung ist noch gesondert zu betrachten. Hierzu gehört auch die Frage, ob es sich dabei um eine eigentlich staatliche Aufgabe oder eine zivilgesellschaftliche, in Selbstverwaltung zu bewältigende Aufgabe handelt. Gleiches wäre übrigens auch für das Bildungswesen zu betrachten. Aber auch hier ist offenbar eine Kreditfinanzierung nicht am Platz, sondern Steuern oder Beiträge sind erforderlich.

Für den gesamten materiellen Infrastrukturbereich - Straßen, Gebäude usw. - kann man durchaus eine Verschuldung vorsehen. Kein privates Unternehmen finanziert normaler Weise große Investitionen in Bauten und Ausrüstungen aus den laufenden Mitteln, sondern es finanziert mit Krediten auf Grundlage einer Amortisationsrechnung. Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur muss es ebenso eine exakte Zurechnung geben, einen Tilgungsplan usw. Nur dann ist eine Kreditfinanzierung handhabbar. Wir sind im Moment dabei, das Rechnungswesen der öffentlichen Haushalte von einer kameralistischen auf eine doppelte Buchführung umzustellen. Das heißt, dass die Vermögensbestände von Bund, Ländern und Gemeinden inventarisiert werden müssen - und damit wird auch eine Abschreibung möglich, die in den laufenden Haushalt eingehen und zur Tilgung der Kredite führen muss. Diese Tilgung darf eben nicht über Neuverschuldung erfolgen.

Verschuldung zur Konjunkturstabilisierung kann Sinn machen, allerdings nur, wenn sichergestellt ist, dass diese Verschuldung über den Konjunkturzyklus wieder zurückgefahren wird. Der Sachverständigenrat hat hierzu interessante Vorschläge gemacht: der Investitionsbegriff soll anders gefasst werden als derzeit in Art. 115 des Grundgesetzes. Ein Konto soll eingerichtet werden, über das die Verschuldung im Konjunkturzyklus ausgeglichen wird.

Schließlich können außergewöhnliche Ereignisse eine Verschuldung sinnvoll machen. Aber auch hier muss man genau vorgehen, indem man exakte Fristen für den Abbau dieser Verschuldung vorsieht. Es darf keine ungeordnete und unbegründete Zunahme der Verschuldung geben.

Wachstum - ein Weg aus der Verschuldung?

Es gibt eine große Kontroverse, ob Neuverschuldung wachstumsfördernd ist. Ohne auf Details einzugehen, kann man sagen, dass Wachstum weder notwendig zum Abbau der Gesamtverschuldung noch der Neuverschuldung führt. Die Statistiken zeigen, dass in den Wachstumsjahren die Verschuldung in Deutschland nicht abgebaut, sondern ausgeweitet wurde. Das ist kein Kausalzusammenhang, aber doch eine relevante Tatsache. Der Anstieg der Schulden hat sich unabhängig von allen politischen Konstellationen entwickelt - die sozialliberalen Regierungen unter Brandt und Schmidt, die Kohl-Regierung und Rot-Grün unterscheiden sich hier nicht. Das stützt die These von der strukturellen Schuldenfreundlichkeit des politischen Systems. So haben wir 1970 einen Anteil der Gesamtverschuldung am BIP von etwa 8%, 2007 sind es beim Bund 40%. Offenbar hilft Wachstum nicht, die Zunahme der Gesamtverschuldung zu begrenzen oder die Schuldenquote zu senken. Für die Bundesländer findet man dasselbe Ergebnis.

Kommunal финанzen in der Krise

*Florian Boettcher,
Zusammenfassung C. Strawe*

Absturz - Von der Finanzkrise zur Gemeindefinanzkrise

Nach den gemeindefinanzpolitischen Rekordjahren 2007 und 2008 hat der konjunkturelle Abwärtstrend die kommunalen Haushalte voll erfasst. 2009 haben wir einen negativen kommunalen Finanzierungssaldo von über 7 Mrd. Euro und 2010 wird in dieser Hinsicht das schlechteste Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik sein. Dies alles ist umso bedrohlicher, als die Wirtschaftskrise sich bislang im Wesentlichen einnahmenseitig (vor allem durch den Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen) auf die Gemeindefinанzen niederschlägt. Was z.B. die Arbeitslosigkeit und damit verbundene Ausgaben angeht, sind wir bis zum Moment ja eher noch glimpflich davongekommen. Ob das so bleibt, ist aber keineswegs sicher.

Die Lage ist um so prekärer, als bei weitem nicht alle Gemeinden in den Genuss der vorangegangenen fiskalischen Entspannung gekommen waren. Im Schatten der hohen Budgetüberschüsse 2005 - 2008 haben die finanzwirtschaftlichen Disparitäten in der vergangenen Aufschwungphase weiter zugenommen und treten in der Krise jetzt offen zu Tage. Dies lässt sich sowohl zwischen den Bundesländern als auch innerhalb derselben feststellen. In NRW z.B. prosperieren das Rheinland

und das Münsterland, es gibt dort keine Schuldenproblematik, aber nur 5 bis 10 km weiter finden wir hochverschuldete Gebiete. Unterschiede zwischen den Ländern gibt es auch bei den Defizitursachen: Baden-Württemberg hat als exportorientiertes Land viel durch die Krise verloren, gleichzeitig aber hoch investiert und deswegen das größte Defizit erzielt. Diese Ausgaben sind jedoch antizyklisch, auch musste man dafür nicht einmal neue Schulden aufnehmen, sondern konnte weitgehend auf Rücklagen zurückgreifen. In Rheinland-Pfalz ist dagegen die Defizitursache vor allem ein Einnahmerückgang. Die Investitionen sind gegenüber dem Jahr 2008 sogar noch zurückgegangen.

Ein starkes Gefälle gibt es bei den Ländern zwischen Ost und West. Die Krise ist vor allem eine Krise des Westens. Im Zeitraum unmittelbar nach der Vereinigung hinkten die ostdeutschen Länder den westdeutschen stark hinterher. Das ist teilweise erklärbar mit dem hohen Personalbestand als Erbe der DDR-Vergangenheit, zum Teil auch durch die hohen dort getätigten Investitionen. Das Schlusslicht war damals Sachsen. 2001 bis 2008 wendete sich das Blatt. Sachsen hatte plötzlich die höchsten Überschüsse von allen. Es gibt drei westdeutsche Länder, die in diesem Zeitraum gegen den Trend ihre Haushaltssituation nicht verbessern konnten, sondern sich im Gegenteil verschlechtert haben: das „Krisentrio“ Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. 2009 stecken fast alle westdeutschen Länder tief in den roten Zahlen, während die Länder im Osten sogar noch einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen. Ein Grund dafür ist, dass deren Einnahmen weitaus stärker über Zuweisungen finanziert werden, weit weniger - wegen der noch bestehenden Wirtschaftsschwäche - über Steuern. Wo nichts ist, kann auch nichts wegbrechen.

Entkoppelung - Disparitäten zwischen armen und reichen Kommunen nehmen zu

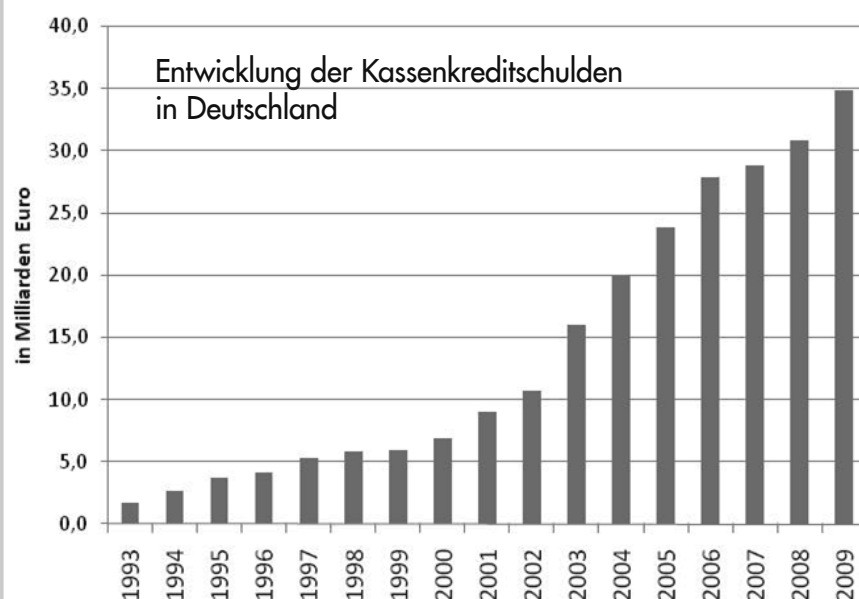
Defizite müssen nach dem bei uns geltenden Haushaltsausgleichsgebot kompensiert werden. Das kann, wenn man keine Rücklagen hat, nur über Schulden geschehen. Ein Instrument hierfür sind die sogenannten Kassenkredite. Sie

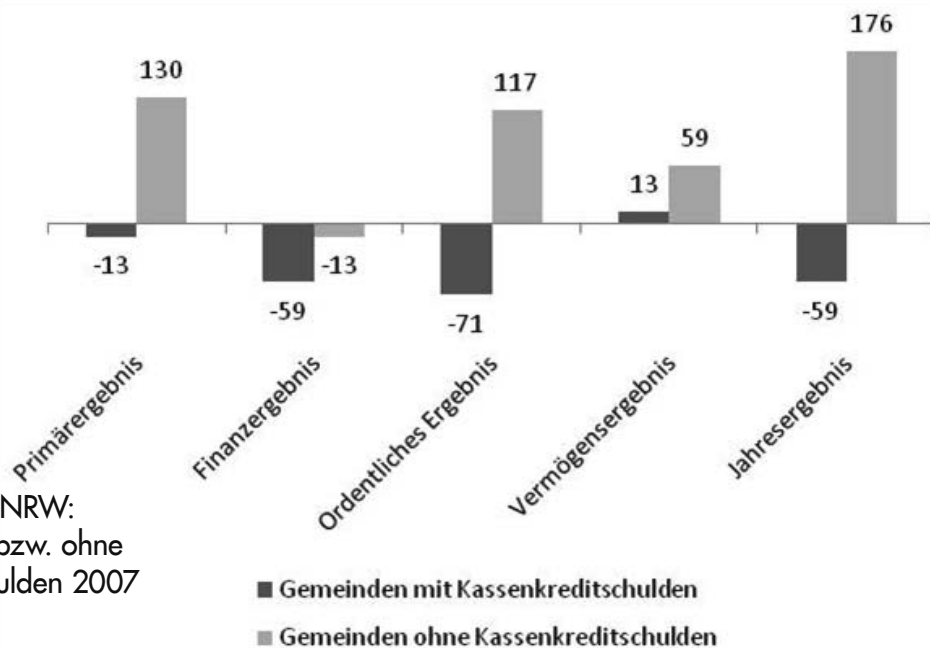
sind eigentlich nicht zur langfristigen Finanzierung gedacht, sondern wie der Dispo für kurzzeitige Engpässe, um unterschiedliche Zeitpunkte von Einnahmen und Ausgaben überbrücken zu helfen. Inzwischen haben aber gerade in den Kommunen der Länder des Krisentrios die Kassenkredite ihren kurzfristigen Charakter verloren. Allein Rheinland-Pfalz hat nun 5 Milliarden Euro Kassenkreditschulden. Die Kommunen in NRW haben Ende 2009 17,3 Milliarden Kassenkreditschulden gehabt. Das dürften im Moment pro Monat etwa 450 Millionen mehr werden, d.h. am Jahresende werden es um die 22 Milliarden derartiger Schulden in NRW sein. Hinter der Durchschnittszahl von 965 Euro Schulden pro Bürger verbergen sich in einzelnen Kommunen Prof-Kopf-Schulden von 6.000 Euro, nur bezogen auf diese besagte Schuldenart. Die Investitionsschulden und anderes mehr kommen noch dazu, so dass wir dort auf 10.000 Euro und mehr Verschuldung pro Kopf kommen. Die Schulden von Land und Bund pro Kopf sind dabei natürlich nicht mitgerechnet.

Gemeinden in der Schuldenfalle

Die Kommunen sind eine Ebene ohne Staatsqualität, zum Bundesland gehörend. Wenn man sie mit den Verwaltungsebenen des Bundes und der Länder vergleicht, wirken die Kommunalschulden eher vernachlässigbar, da es sich nur um 7 - 8 Prozent der Gesamtverschuldung handelt. Wegen der extremen Disparitäten zwischen den Gemeinden ist das Schuldenproblem aber auch auf kommunaler Ebene gravierend. Besonders problematisch sind dabei die geschilderten hohen und noch immer mit unveränderter Dynamik wachsenden Kassenkredite. Diese stellen einen echten Krisenindikator dar, da den schuldenbedingten Lasten keine Vermögenswerte gegenüberstehen! In den Ländern und im Bund versucht man immerhin noch im Sinne der goldenen Regel der Schuldenfinanzierung investive Gegenwerte zu schaffen, aus denen sich ein künftiger Nutzen ergibt. Bei Kassenkrediten ist das nicht der Fall, sie gehen schlichtweg zu Lasten der Zukunft.

Bisher sind die Länder in dieser Frage grandios gescheitert. Es gibt keine wirksamen haushaltsrechtlichen





Ein Beispiel aus NRW:
Kommunen mit bzw. ohne
Kassenkreditschulden 2007

Begrenzungen. Kassenkredite in nennenswertem Umfang gibt es erst seit 1993, seit 2000 sind sie extrem angestiegen - von 5 bis 6 Milliarden auf 35 Milliarden Euro Ende 2009. Im laufenden Jahr muss man angesichts eines Finanzierungsdefizits von 15 Milliarden mit einer Zunahme der Kassenkredite um 10 Milliarden rechnen. 2015 kommt man bei einem Szenario, das von konservativen Annahmen ausgeht, auf einen zu erwartenden Schuldenstand von 47 Milliarden, bei pessimistischeren Annahmen auf 68 Milliarden.

Der Schuldenstand sagt an sich nur etwas über die Dynamik aus. Die Frage, ob die Kommunen in der Schuldenfalle sitzen, muss auch qualitativ beantwortet werden. Welche Chancen bestehen, durch entsprechende Leistungsfähigkeit auch von hohen Schuldenständen wieder herunter zu kommen? Oder sitzt man wirklich in einer Falle, aus der kein Entkommen möglich ist? Aufschluss verspricht hier z.B. ein Vergleich der Haushaltsergebnisse von Gemeinden mit und ohne Kassenkredite. Man unterscheidet da das Primär- und das Finanzergebnis, das ordentliche Ergebnis, das Vermögens- und das Jahresergebnis. Beim Primärergebnis handelt es sich um das Resultat der ordentlichen Einnahmen (Steuern, Gebühren, Zuweisungen etc.) und Ausgaben (Sozialausgaben, Personalausgaben, Sachaufwand etc.) bei der laufenden Aufgabenerfüllung in einem Jahr. Das Finanzergebnis stellt Ergebnisse von Aktionen dar, die mit der Vergangenheit zu tun haben, Schulden, die aufgenommen werden mussten, eventuell auch Rücklagen, die gebildet werden konnten. Beides wird zum ordentlichen Ergebnis zusammengeführt, das die Aufgabenerfüllung periodenübergreifend darstellt. Dann haben wir noch ein Vermögensergebnis - durch Verkäufe oder Käufe z.B. - und alles Genannte wird zum Schluss zum Jahresergebnis zusammengefasst. Darin stellt sich dann letztlich als Saldo die gesamte finanzwirtschaftliche Aktivität einer Kommune dar. Schon 2007 unterscheiden sich die Ergebnisse, pro Kopf gerechnet, von Kommunen mit und solchen ohne Kassenkreditschulden ganz erheblich voneinander (bis über 200 Euro Differenz). Die Verschuldeten haben Mühe, allein das laufende Geschäft auszugleichen, müssen aber über dieses hinaus den Schuldendienst

leisten. Und das müsste über laufende Einnahmen erfolgen, die reichen aber nicht hin!

Schuldenursachen

Wo liegen nun die Ursachen im einzelnen? Es gibt drei große Blöcke, die zu einem Ursachenmix führen:

1. Zum einen haben wir die lokale sozioökonomische Position: Sozialstruktur, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftskraft. Wie ist die Altersstruktur der Bevölkerung, welche lokalen Unternehmen gibt es, handelt es sich um ein Ballungsgebiet oder ein Randgebiet? Das sind wichtige Fragen, denn an ihnen entscheidet sich wesentlich, welche Aufgaben aus dem lokalen Haushalt finanziert werden müssen und welche Mittel dafür zur Verfügung stehen. Münster beispielsweise ist eine prosperierende Dienstleistungsmetropole. Viele Bürger sind eher wohlhabend und kulturell interessiert, so dass etwa viele Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe innerhalb der Zivilgesellschaft in Eigeninitiative erfüllt werden. Auch das geht nicht ohne finanzielle Förderung, aber der Aufwand ist nicht vergleichbar mit den Kosten, die entstehen, wenn für alles kommunale Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Das heißt: es gibt eine Bevölkerungsstruktur, bei der es weniger Problemfälle gibt, und gleichzeitig hat man weniger Kosten, um die Probleme zu lösen. Nur wenige km weiter im Ruhrgebiet findet man häufig ein weit höhere Zahl von Problemfällen - z.B. Kinder, die aus ihrer Familie herausgenommen werden müssen - und hier fehlen die zivilgesellschaftliche Akteure, die ehrenamtlich tätig werden. Ein anderes Beispiel ist der Brandschutz: in Räumen mit relativ homogener Bevölkerung, z.B. auf dem Lande, hat man in der Regel eine freiwillige Feuerwehr. In einer Ruhrgebietsstadt ist das in der Regel anders, alles muss über eine teure Berufsfeuerwehr geleistet werden.

2. Ein zweiter großer Ursachenblock, der zu Verschuldung führt, ist das Problem des finanzpolitische Ordnungsrahmens. Da gibt es einmal schuldensteigernde

Anreizstrukturen. Wenn die staatliche Ebene einfach Aufgaben an die Kommunen delegieren kann, ohne sich an den Kosten zu beteiligen, verlockt das natürlich, mit allen möglichen Wohltaten bei Wahlen zu punkten, während man andere bezahlen lässt. Zu dieser Abwälzung auf eine andere Ebene kommt die Abwälzung auf die Zukunft als Anreizstruktur. Wo ich leicht Schulden machen kann, wo keine ausreichende Haushaltskontrolle stattfindet und so gesetzliche Regeln umgangen werden können, da ist die Versuchung groß, immer wieder auf dieses Mittel zurückzugreifen. Manchmal ist zu hören, dass man die staatliche Haushaltsaufsicht besser als „Wegsicht“ bezeichnen würde. Eine automatische Barriere ist in das System nicht eingebaut.

Verschärft werden die Probleme in Deutschland dadurch, dass es viel Mischfinanzierung gibt. Das hat auch Vorteile, der Nachteil liegt aber darin, dass nicht mehr fühlbar ist, welche Folgen mein Handeln hat. Auch beim Bürger wird der Zusammenhang zwischen den von ihm geforderten staatlichen bzw. kommunalen Leistungen und den sich daraus für ihn ergebenden Belastungen verdunkelt. Kosten-Nutzen-Relationen werden durch die Verwischung von Verantwortlichkeiten unsichtbar.

Ein wichtiger Faktor ist auch die hohe rechtlich bestimmte Aufgaben- und Ausgabenbelastung der Kommunen. Viele Leistungsgesetze etwa im Sozialbereich führen, wie weiter oben schon einmal angesprochen, zu finanziellen Folgen in den Kommunen, allerdings auch wieder in regional sehr unterschiedlicher Weise. Die Kommunen zahlen die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger und die Existenzsicherung im Alter, wenn die Rente nicht ausreicht. Im Sparpaket hat die Regierung den Rentenbeitrag für Hartz-IV-Empfänger gestrichen. Das bedeutet, dass Mehrkosten für die Existenzsicherung im Alter bei den Kommunen landen. Mit der Eingliederungshilfe für Behinderte lässt man die Kommunen alleine. Frau von der Leyen forciert den Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren („u3-Betreuung“), die Kommunen haben aber kaum das Geld dafür, das Gesetz zu erfüllen. Gleichzeitig stehen sie politisch in dieser Frage unter dem Druck der eigenen Bevölkerung.

3. Der letzte Block sind die „endogenen“ Faktoren. Die Kommunen sind nicht nur Opfer, an vielen ihrer Probleme tragen sie Mitschuld. So spielen lokale Politikstile eine mitursächliche Rolle für die Misere. Es gibt Kommunen, wo der Wettbewerb der politischen Kräfte so dominant ist, dass er pragmatische Kooperation zum Nutzen des Ganzen faktisch ausschließt: Alles wird Gegenstand von Machtspielen. Es gibt aber auch ganz andere Kommunen, wo man sich zusammensetzt, wenn es sinnvoll scheint. Je größer der Ort, desto höher ist in der Regel auch das Konfliktpotenzial. Auch die politisch-administrativen Fähigkeiten der lokalen Akteure sind ein wichtiger Faktor, von dem u.a. abhängt, ob Probleme gesehen oder verdrängt werden. Persönlichkeiten machen oft den Unterschied.

Ein guter Indikator für die Lage von Kommunen ist die Relation von Sozialausgaben zu allgemeinen Deckungsmitteln. In Rheinland Pfalz z.B. zeigen sich hier große Disparitäten. Pirmasens muss zwei Drittel seiner

Einnahmen in soziale Leistungen stecken, bei denen es keinen Gestaltungsspielraum für die Kommune gibt. Das ist in dieser Stadt wieder sozialstrukturell begründet. Hohe Sozialbelastung führt in der Regel zu hohen Kassenkrediten. In Rheinland-Pfalz ist es besonders schlimm, weil die Sozialbelastung bei der Zuweisung von Mitteln im Zuge des Finanzausgleichs kaum berücksichtigt wird. Untersuchungen in NRW haben ergeben, dass sinkende Einwohnerzahl mit höheren Kosten verbunden ist, da man bestehende Infrastruktur nicht an die schwindende Bevölkerung anpassen und somit nicht mehr auslasten kann.

Wege aus der Schuldenfalle

Ziel ist es, den hochverschuldeten Kommunen den Haushaltsausgleich zu ermöglichen. Heute geht das in vielen Fällen gar nicht, weil die laufenden Belastungen, die Kommunen infolge der Verschuldung zu bewältigen haben, im ordentlichen Geschäft nicht zu erwirtschaften sind. So führen die Altschulden zu neuen Defiziten, die irgendwann nur durch neue Schulden gedeckt werden können - ein Teufelskreis. Das heißt: ohne dass man das Loch stopft, das sich aus der Altschuldenproblematik ergibt, gibt es keinen Ausweg. Und das zweite zu stopfende Loch ergibt sich aus der Soziallastenproblematik.

Zum Erfolg gehört aber auch, dass der Haushaltsausgleich effektiv durchgesetzt wird. Das hat mit einer konsequenten Haushaltsaufsicht zu tun. Diese sollte etwas politikferner angesiedelt werden, als es heute der Fall ist. Heute kann die Landesregierung aus politischen Gründen zuviel Einfluss nehmen bzw. Lokalpolitiker können sich hinter die Landesregierung stecken, um durch Druck auf die Haushaltsaufsicht eine rechtlich problematische Finanzierung durchzusetzen.

Ebenso wichtig wäre für die Durchsetzung des Haushaltsausgleichs ein entsprechendes wirksames Instrumentarium. Gerade wenn es viele Problembereiche gibt, greift die Aufsicht schon wegen ihrer schlechten personellen Ausstattung nicht wirklich. In NRW klagte die Stadt Hagen beim Oberverwaltungsgerichtshof gegen die Aufsicht, die die Stadt zur Schließung von Schulen zwingen wollte, um dem Haushaltsausgleich näher zu kommen. Das Gericht verwehrte dies der Aufsicht, weil es ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung sei. Das Pikante daran ist, dass Hagen nicht über ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept verfügte, sondern sich in der sogenannten vorläufigen Haushaltsführung, d.h. im Nothaushaltsrecht befand. Hätte es ein solches Konzept gegeben, wäre die Forderung der Aufsicht rechtens gewesen.

Bei den Altschulden wird es einen Weg aus der Falle nur durch Entschuldungshilfen geben, bei den Soziallasten kommt noch die Frage einer aufgabengerechten Soziallastenfinanzierung hinzu. An unserem Institut² wurde in Zusammenarbeit mit den Ruhrgebietskommunen ein „Haushaltssicherungsviereck“ entwickelt. Ganz oben stehen die *kommunalen Eigenanstrengungen*.

² Institut für Stadt-, Umwelt- und Regionalökonomie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Leiter ist Prof. Dr. Martin Junkernheinrich (www.a-gentur.de/junkernheinrich_de).

Ohne eine Verstärkung dieser Anstrengungen wird es nicht gehen, so hart sich das auch anhört. Denn ohne sie wird es auch keine politische Akzeptanz für *Solidaritätsmaßnahmen* geben. Eine solche Maßnahme wäre ein „*Schuldensoli*“ - ein Preis für übermäßige Verschuldung, den Bürger und Wirtschaft zu zahlen hätten. Er könnte zum Beispiel als automatische Anhebung der Grundsteuer bei einer Übertretung von haushaltsrechtlichen Grenzen funktionieren. Natürlich müsste der Zusammenhang zwischen der Steigerung des Hebesatzes und der rechtswidrigen Verschuldung (es geht wohl gemerkt nur um solche Schulden, nicht um Investitionsschulden) transparent sein. Die Folgen von Entscheidungen wären dann unmittelbar spürbar. Das hätte auch eine präventive Wirkung.

Als drittes brauchen wir eine unabhängige Haushaltsaufsicht, die nicht nur Kontrolleur, sondern auch Anwalt der Kommunen sein könnte. Sie könnte öffentlichkeitswirksam glaubhaft machen, dass die Kommunen für die Aufgaben, die ihnen der Gesetzgeber zuweist, auch mit Finanzmitteln ausgestattet werden müssen. Bislang melden sich nur die Spitzenverbände zu Wort, die aber als Lobbyorganisationen wahrgenommen werden. Das Aktionsbündnis der Ruhrgebietsstädte ist so erfolgreich, weil hier die Bürgerinnen und Bürger stärker einbezogen sind.

Ein weiterer Punkt ist die *Entschuldungshilfe*. Wenn man als Finanzwissenschaftler einem Bailout - also einer Übernahme von Schulden durch eine übergeordnete Ebene, wie wir es auch im Fall Griechenland haben - das Wort redet, setzt man sich schnell der Kritik aus. Man muss dies also besonders sorgfältig begründen und handhaben. Es sollte sich nur um eine kurzfristige Umschuldung der Kassenkreditschulden handeln - für 10 oder 15 Jahre. Sie würde über einen Entschuldungsfonds erfolgen - womit Transparenz geschaffen wird. Gleichzeitig schafft die temporäre Entschuldung eine Anreiz zum langfristigen Schuldenabbau, da die Schulden ja an die Kommune zurückfallen.

Ein erstes Instrument zur Minderung der Schuldenbelastung ist eine *Zinshilfe für besonders hoch belastete Kommunen*. An dieser Stelle können wir den Teufelskreis der Neuverschuldung für die Bedienung der Altschulden durchbrechen. Allerdings lindert dieses Mittel die Krankheit nur, heilt sie aber nicht. Man muss also auch Hilfen zur *Tilgung* von Kassenkreditschulden geben, um das Schuldenrisiko langfristig zu senken. Das geht nur in kleinen Schritten, etwa mit 3 - 5% pro Jahr. Zur Tilgung von Kassenkreditschulden gehören auch Anreizinstrumente. So könnte etwa der Entschuldungsfonds Kommunen, die selbst Kassenkredite tilgen, den Tilgungsbetrag verdoppeln.

Für die politische Akzeptanz ist wichtig, dass keine Hilfe ohne Gegenleistung erfolgt. Auch innerhalb der Länder ist die Verschuldung, wie bereits erwähnt, sehr ungleich verteilt. So sind in NRW 5 große Kommunen für 50% der Kassenkredite verantwortlich - dort leben von 18 Millionen Einwohnern ca. 2 Millionen. Man wird nur dann erfolgreich die Solidarität der nicht oder geringfügig Verschuldeten mit den Betroffenen erbitten können, wenn deren eigene Konsolidierungsanstrengungen sichtbar und angemessen sind. Wir brauchen ein wirklich

neues Haushaltsaufsichtsregime, das den Entschuldungsprozess begleitet. Klare Vorgaben zur Konsolidierung sind notwendig, und sie müssen repressive Instrumente mit belohnenden Anreizen kombinieren.

Ein interessantes Instrument der Einbeziehung der Bevölkerung ist schließlich der *Bürgerhaushalt*: Bürger entscheiden selbst darüber, welche Prioritäten bei den Ausgaben gesetzt werden und wie mit knappen Mitteln umgegangen wird. Es ist eine feige Art der Politik, die Frage nach den Präferenzen auszuklammern oder finanzielle Einschnitte wahltaktisch zu terminieren. Der Bürgerhaushalt würde mutige Entscheidungen fördern und die Akzeptanz für sie stärken.

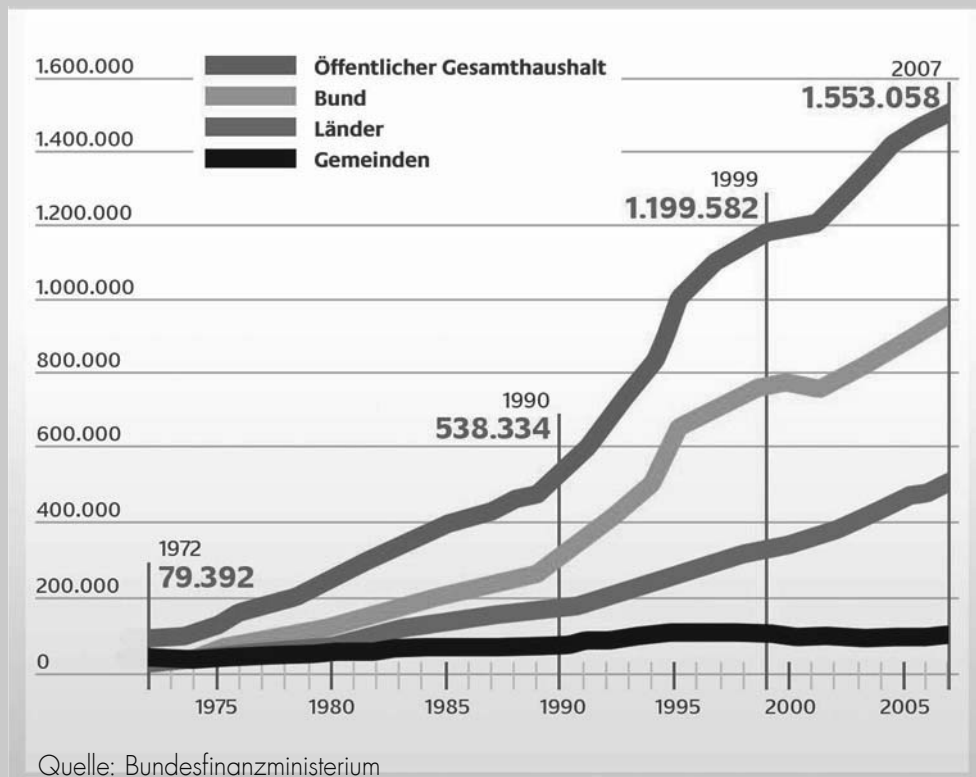
Wege und Irrwege aus der öffentlichen Verschuldung - Zur Einschätzung der Gesamtsituation

Aus Fragen und Beiträgen der Podiumsdiskussion, Zusammenfassung C. Strawe

C. Strawe: Der „Spiegel“ spricht im Zusammenhang mit Toronto von einer „Show des Scheiterns“. Daran würden dann auch diplomatische Formelkompromisse nichts ändern. Die Positionen scheinen gegensätzlich: Für Barack Obama ist es ein Irrweg, jetzt aus den Konjunkturprogrammen auszusteigen, die EU und besonders Angela Merkel sind der Auffassung, es sei ein Irrweg, sie einfach weiterlaufen zu lassen. Es gelte jetzt zu sparen. Die Menschen sind verunsichert, was ihre persönliche Situation, aber auch was die soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft angeht. Wie kann man die Lage einschätzen: gibt es überhaupt noch Handlungsspielräume oder führt jeder Weg, welchen man auch wählt, in die Irre?

U. Herrmannstorfer: Das Gefühl, eigentlich könne ja nichts passieren, ist so ganz unrichtig nicht. Auch wenn wir alles abschreiben, das Leben ist immer noch da. Für den Einzelnen kann sich die Lage unter Umständen als aussichtslos darstellen, aber nicht vom Gesichtspunkt des Ganzen her. Es wurde die Frage gestellt, wie wir aus dem Virtuellen der Finanzmärkte zurück in die Realität gelangen können. Das darf man sich aber nicht zu einfach vorstellen. Es heißt nicht, dass wir alles Geld, das heute herumvagabundiert, nur in Windkraftanlagen stecken müssen. Allein das Geld der Arbeitnehmer in den Schweizer Pensionskassen beläuft sich heute auf 650 Mrd. CHF. So viele Windmühlen kann man gar nicht kaufen. Es ist naiv, einfach die Blase in Realität verwandeln zu wollen. Wir brauchen ein wirkliches Verständnis der Geld- und Kapitalphänomene im Kontext der gesamten modernen Wirtschaft. Die Rückbindung der Geldprozesse an die Realität ist im übrigen eine Frage, die nicht bloß technisch beantwortet werden kann.

Verschuldung der Gebietskörperschaften in Deutschland (in Millionen Euro)



F. Boettcher: Eine allgemeine Beurteilung ist schwierig. Im Moment scheint alles relativ gut, die Arbeitslosenzahlen sind zurückgegangen. Andererseits haben wir immer wieder erlebt, dass neue Krisenphasen unerwartet einsetzen. Entscheidend ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Wirtschaft. Wenn dieses Vertrauen ganz verschwindet, würde das zu Reaktionen mit verheerenden wirtschaftlichen Konsequenzen führen. So muss man wohl auch den Disput zwischen Obama und Merkel verstehen. Beide wollen, dass es nicht weiter abwärts geht. Die deutsche Kultur ist mehr stabilitätsorientiert, aus der Erfahrung der Weimarer Zeit heraus sind die Inflationsängste stärker. In den USA gibt es eher eine keynesianistische Denkweise. Man will die Nachfragerlücke schließen, in der man die entscheidende Krisenursache sieht. Beides sind mögliche Herangehensweisen. Der Erfolg ist jeweils davon abhängig, dass das nötige Vertrauen geschaffen wird, damit die Leute weiter kaufen oder investieren. Wir erinnern uns, wie am Anfang der Bankenkrise die Gefahr einer Panik bestand und mit dem Abzug der Gelder von den Banken ein Zusammenbruch des Systems drohte. Vertrauen schafft man aber vor allem durch klare Regeln.

H. Spehl: Merkel und Obama sind sich ja im Grundsatz doch einig: Wenn es eine konjunkturelle Krise gibt, muss der Staat fehlende Nachfrage ausgleichen und dies über Kredit finanzieren. Die Meinungsdivergenz besteht in der Einschätzung, in welcher Phase wir uns befinden. Obama ist der Auffassung, wir seien noch nicht aus der Krise heraus, während die Europäer finden, es sehe schon wieder ganz gut aus. Auch die US-Regierung will nicht auf alle Zeit Schulden machen, sondern irgendwann die Nettoverschuldung

reduzieren. Aber auch bei uns sagt niemand konkret, wie wir von unserem Schuldenbestand von 1,7 Billionen Euro herunterkommen. Das schwebt über uns und droht uns zu erschlagen. Es ist jedoch kein Naturereignis, sondern die Folge gesellschaftlicher Entscheidungen der Vergangenheit. Im übrigen sind die Argumente, die heute fallen, ziemlich alt. Schon in den 1980er Jahren stritt man sich: das Institut der Deutschen Wirtschaft erklärte mit David Ricardo die Staatsverschuldung zum schlimmsten Übel, der Deutsche Gewerkschaftsbund fand, dass der Staat seine Aufgaben nicht erfüllen könne, wenn wir nicht dauerhaft weiter Schulden machen. Der Staat müsse auf diese Weise Arbeitsplätze schaffen.

Woraus würde sich der im vorigen Beitrag behandelte kommunale Entschuldungsfonds speisen? Wenn die Länder einzahlen müssen, wird das Verschuldungsproblem an sie weitergereicht. Wenn wir es, was naheliegender wäre, zu einem großen Teil aus den Kommunen finanzieren, dann müssen die unverschuldeten Kommunen eine Art Darlehen geben. Immer bleibt aber die Frage, wofür die Schulden aufgenommen werden. Und wir haben wieder die Frage, wer der Darlehensgeber sein soll. In England z.B. haben Pensionsfonds bei BP investiert, d.h. ganz normale Leute haben sich in ihrer Alterssicherung von den Erträgen dieses Konzerns abhängig gemacht. Nach der Katastrophe im Golf von Mexiko hat man jetzt natürlich ein Problem.

Geordnete Insolvenz von Staaten?

C. Strawe: Dahinter steckt wieder die Frage, ob es gute und schlechte Schulden gibt, ob Schulden gleich Schul-

den sind. Unabhängig davon müssen wir irgendwie den Schuldenberg abtragen. Geht das überhaupt ohne harte Schnitte? Der Börsenmanager Dirk Müller („Mister Dax“) hat kürzlich in einem Interview erklärt, jede auf Zinseszins basierte Geldordnung müsse irgendwann zum Crash führen. Ist das so? Und wie steht es mit den seit vielen Jahren immer einmal wieder auftauchenden Vorschlägen, ein geregeltes Insolvenzverfahren für Staaten zu vereinbaren? Wäre ein solcher Weg im Fall Griechenland besser gewesen?

U. Herrmannstorfer: Für das Verständnis der gegenwärtigen Situation ist es wichtig, sich klarzuwerden, wofür die gegenwärtige Schuldenkrise überhaupt steht. Sie ist ja eben gerade nicht hauptsächlich durch Fehler bei der Konjunktursteuerung entstanden, sondern ergibt sich als Folge der Maßnahmen zur Stabilisierung des Geldsystems. Wenn man jetzt versucht, mit konjunkturellen Maßnahmen viel tiefer liegende strukturelle Probleme zu lösen, dann kann das nicht gelingen. Das ist so, als wollte man einen Investitionskredit aus dem laufenden Lohn Einkommen bezahlen. Was machen wir, wenn Griechenland bankrott geht? Dann müssen die Gläubiger auf Forderungen verzichten. Das heißt nicht, dass es sich um einen chaotischen Bankrott handeln müsste. Aus einem solchen Crash würde im Übrigen keineswegs notwendiger Weise etwas Neues entstehen. Heute werden die Zinsansprüche der Gläubiger höher gestellt als ein Staat. Dabei ist Zinsverzicht fast nie eine existenzielle Bedrohung. Ein Zinsverzicht wäre ein logischer und relativ einfacher Schritt. Der Anspruch auf Tilgung würde ja fortbestehen.

F. Boettcher: Insolvenz von Staaten bzw. von Gebietskörperschaften ist eine durchaus überlegenswerte Option. Der Entschuldungsfonds läuft ja auf etwas Ähnliches hinaus. Auf kommunaler Ebene würde ein Schnitt gemacht, ein Bailout würde erfolgen. Aber danach sind dann die Regeln andere. Dann sollten wir dafür sorgen, dass die offenen Schotten, die zum Problem geführt haben, dauerhaft geschlossen werden. Dann hätten auch die Zinsen wieder eine durchaus präventive Wirkung. Es wird dann für mich teurer, wenn ich bestimmte Stabilitätskriterien nicht ausreichend beachte. Man sieht eben auch, dass die Staatengemeinschaft oder die kommunale Solidargemeinschaft erpressbar wird, wenn ich so etwas nicht habe. Denn wenn der Schuldner nur groß genug ist, dann kann er mit der Solidargemeinschaft Katz und Maus spielen. Diese Erpressbarkeit wäre nicht da, wenn es einen genauen Plan gäbe, der sagt, was passiert, wenn die Regeln nicht eingehalten werden. Im Übrigen zahlen bei uns die Kommunen für die Kassenkredite nur einen Spottzins, sie haben kein Problem mit Bonitätsprüfungen. In den USA ist das anders, da gibt es ein Rating für Kommunen. Die Handhabung ist allerdings oft sehr problematisch.

H. Spehl: Der Sinn einer geordneten Insolvenz besteht bei uns darin, das Unternehmen so weit als möglich zu erhalten. Was wäre so betrachtet eine Kommunal-, Landes- oder Staatsinsolvenz? Die Kommune als solche verschwindet ja nicht. D.h. wir würden die politische Führung austauschen, auch einen Teil der Verwaltung, und wir würden bei Null wieder anfangen. Dann würden die Gläubiger mit Null herauskommen und das

heiße gleichzeitig: Wer gibt einer solchen Kommune in Zukunft noch einen Kredit? Man kann aber auch fragen: Warum müssen öffentliche Schuldner überhaupt Zins bezahlen? Der Zins ist wirtschaftlich unsinnig, wenn der Kredit nicht für eine wertschaffende Tätigkeit verwendet wird. Was wirklich verteilbar ist, ist ja immer nur der Ertrag. Zinserwartung wird als Anspruch des Geldes aufgefasst, also gerade unabhängig vom realen Ertrag gesehen. Ein Schuldner, der keinen Ertrag hat, muss notwendig neue Schulden machen, um die Zinsen zu bezahlen. Wo ist in diesem Sinn der Ertrag einer Gebietskörperschaft? Den gesamtgesellschaftlichen „Ertrag“ ermöglichen wir über Steuern. Es gibt Möglichkeiten, auch die 1,7 Billionen wegzubekommen. Wie wird noch zu zeigen sein.

U. Herrmannstorfer: Ein niedriger Zinssatz ist eine Hilfe für alle, die etwas Reales schaffen wollen, aber zugleich eine noch größere Hilfe für alle Spekulanten. Der Zinssatz allein löst das Problem also noch nicht. Man kommt nicht an der Frage vorbei, welche Rolle Banken spielen. Diese sind keine gewöhnlichen Unternehmen, sondern Mittlerorgane, die aber heute diese Funktion nicht wahrnehmen und deshalb unbrauchbar werden für diesen Prozess.

H. Spehl: Im Gespräch wurde gesagt, dass die Isländer die Kraft hatten, nach dem Bankenzusammenbruch und dem gerade noch abgewendeten Staatsbankrott eine neue Regierung zu bilden. Der Volksentscheid, in dem sie sich dagegen ausgesprochen haben, die durch den Zusammenbruch der Icesave-Bank geschädigten Anleger aus Steuermitteln zu entschädigen, sei ein ermutigendes Beispiel für Engagement, das man sich auch bei uns wünschen würde. Es gibt da ja einen Witz: Erst haben die Isländer unser Geld verbrannt und uns dann die Asche geschickt. Aber so witzig ist das alles nicht. Es ist eine groteske Situation. Eine Privatbank, deren Anleger um das Risiko wissen mussten, verspekuliert sich. Und die Staaten, in denen die Hauptgläubiger sitzen, England und die Niederlande, erklären diese privaten Schulden zu öffentlichen und nehmen die isländische Regierung in Schuldhaft. Das ist eine unglaubliche Verwandlung von privaten in öffentliche Schulden. Das Referendum hat dem erst einmal einen Riegel vorgeschoben, aber die Gläubigerstaaten versuchen weiter, ihre „Ansprüche“ geltend zu machen.

Keine Konjunkturkrise, sondern neue Krisenqualität

U. Herrmannstorfer: Die Krise hat eben überhaupt nichts mit Konjunktur zu tun, sondern spielt auf einer ganz anderen Ebene. Auf die Konjunktur wirkt sie nur über drei Ecken, aber nicht in der üblichen Form. Das Problem ist die neue Qualität der Verselbständigung der Finanzwirtschaft. Wir müssen lernen, dass Geld und Geld nicht dasselbe ist. Wenn etwa argumentiert wird, Zinsen seien ein notwendiger Inflationsausgleich, dann verschleiert das die Dinge eher, als es sie erhellt. Wenn Zins nicht aus Ertrag entsteht, ist er selbst Ursache von Geldentwertung. Hätte man stattdessen eine echte Ertragsteilung, so ginge es um genuine Rechtsfragen und nicht um abstrakte Ansprüche des Geldes.

H. Spehl: Ein Motiv für Menschen, Staatspapiere zu kaufen, ist die Sicherheit, für die man niedrigere Zinsen in Kauf nimmt, bei denen man wenigstens die Geldentwertung auszugleichen hofft. Es gibt ja sogar inflationsindexgesicherte Anleihen mit Minimalzins, bei denen man da ganz sicher sein kann. Es bleibt aber immer die Frage: Wofür gebe ich das Geld, das ich dem Staat leihe? Das geht ja an einen anonymen Apparat, ich verleihe mein Geld nicht zweckgebunden für Forschung, Bildung o.ä. an den Staat. Aber selbst wenn das so wäre und man sich als Anleger entscheiden könnte, hätten wir trotzdem bei allen nichtinvestiven Staatsaufgaben keinen Ertrag. Im Bildungswesen ist Kredit nicht am Platz, da muss Schenkungsgeld zur Verfügung stehen. Heute bringen wir das fast ausschließlich über Steuern auf. Die hohe Zukunftsrendite in Form von menschlichen Fähigkeiten und technischen Innovationen lässt sich aber nicht unmittelbar zurückführen auf die Steuerzahlung, sie ist nicht unmittelbar zurechenbar. Deshalb dürfen wir alle diese Aufgaben nicht über Verschuldung, nicht mit Krediten finanzieren.

Es ist ja im Übrigen nicht so, dass es nicht historische Erfahrungen mit Verhandlungslösungen für große Verschuldungskrisen gäbe. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Londoner Schuldenabkommen geschlossen. Das Deutsche Reich hatte Riesenschulden gegenüber dem Ausland, das verlangte, die BRD müsse diese Schulden übernehmen, d.h. verzinsen und tilgen. In den Verhandlungen, bei denen auf deutscher Seite der Bankier Hermann Josef Abs sich hervortat, spielte das Argument eine Rolle, dass die gewaltige Verschuldung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg zur Hyperinflation geführt habe; so habe das Ausland am Ende nicht viel bekommen. Schließlich kam ein Abkommen heraus, in dem Deutschland ein Teil der Schulden erlassen und nur ein Teil, der der Wirtschaftskraft des Landes von 1953 entsprach, übernommen wurde.

Anders verlief die Schuldenkrise Argentiniens. Sie führte zur Einstellung der Zahlungen und daraufhin erst kam es zu Verhandlungen. Im Fall Griechenland wäre es durchaus möglich, sich wie bei einer Unternehmensinsolvenz zuerst zusammzusetzen und nach einer Lösung zu suchen. Das funktioniert aber nur, wenn alle sich einig sind. Immer handelt es sich darum, auszutarieren, was erlassen wird, und für den Rest eine Regelung zu finden. Dagegen gibt es heute den Widerstand des Kapitals, das nicht auf die volle Rendite verzichten will. In Island gab es die höchsten Zinsen, auch an Griechenland-Anleihen wurde gut verdient. Der Grundsatz, dass wer spekuliert, auch das Risiko tragen muss, verbietet eigentlich, die Verluste der Spekulanten zu sozialisieren.

Schuldner und Gläubiger müssen mithelfen

U. Herrmannstorfer: Es wird heute allgemein empfunden, dass Schulden nicht ewig dauern dürfen. Darum haben wir ja beispielsweise auch die Möglichkeit der Privatinsolvenz geschaffen, die es früher so nicht gab. Die Lebenserfahrung zeigt: Wenn ich als Gläubiger nicht mithelfe, ist die Krise für beide Seiten nicht zu bewältigen. Der Schuldturm ist eine archaische Ein-

richtung. Im modernen Insolvenzrecht geht es letztlich darum, wie man eine Unternehmen wieder auf die Beine bringt. Der große Schnitt ist vielleicht manchmal nicht vermeidbar, aber das ist eigentlich ein Grenzfall, wie eine Notoperation. Der gesunde Vorgang wäre ein bewusst gestalteter Abwertungsprozess für Schulden. Wir kennen heute nur die Aufzinsung, die durch den Zinseszins exponentiell wird. Lebensgemäß wäre eine prophylaktische Abzinsung und damit Reduktion von Ansprüchen.

F. Boettcher: Es wurde hier betont, dass der Staat Leitplanken setzen müsse. Das tut er aber durchaus noch nicht. Er hat jetzt zwar wieder eine stärkere Rolle. Aber heute vom starken Staat zu reden, wo die Staaten an den Lasten der Rettungspakete fast zugrunde gehen, ist eher ein Witz. Man darf ja auch nicht vergessen, dass die Verluste an öffentlichem Reichtum als private Gewinne eingestrichen werden. Man soll das nicht personalisieren, sondern hinschauen, wo die falschen Anreize gesetzt werden. Das heutige Staatshandeln besteht darin, kurzfristig Geld irgendwo hineinzupumpen. Aber den Staaten gelingt es kaum, die simpelsten Regeln für die Finanzmärkte aufzustellen.

H. Spehl: Es gibt ein sehr lesenswertes Buch zweier US-amerikanischer Historiker, das den Titel trägt: „This time is different“. Darin werden alle Spekulationskrisen seit Christi Geburt untersucht und man stellt fest, dass es jedes Mal danach heißt: „Dieses Mal ist alles anders. Dieses Mal gibt es einen soliden Aufschwung.“ Aber anders wird es nur, wenn es neue Regeln gibt. Wenn es nicht gelingt, bestimmte Bankgeschäfte zu verbieten, wenn nicht geregelt wird, dass Banken Makler sind, die eine anständige Maklergebühr bekommen sollen, aber keine „Unternehmer in Geld“, dann wird es eben nicht anders werden.

Natürlich ist das bisher Besprochene nur eine Seite des Problems. Ob Geld ein Marktgut ist, ob ein Unternehmen ein Marktgut darstellt, ob Grundstücke Marktgüter sind, die wir behandeln können wie Bananen oder Autos, das sind Fragen, die letztlich nicht ausgeklammert werden können.

U. Herrmannstorfer: Über die Regeln darf man nicht zu abstrakt diskutieren. Es geht darum, welche Regeln geeignet sind, eine Antwort auf die Fragen zu geben, die das Leben stellt, und welche Regeln das Leben eher hemmen. Ich denke, wir haben heute zuviel vormundschaftliche Regulierung des Lebens und zu wenig lebensfreundliche Regulierung des Finanzwesens. Wir brauchen eher eine Deregulierung des Lebens und eine auf richtige Weise gestaltete Reregulierung des Finanzwesens.

Konzepte für die Zukunft: Geldqualitäten und Finanzierung des öffentlichen Sektors

Udo Herrmannstorfer,
Zusammenfassung Christoph Strawe

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat unter anderem dazu geführt, dass neu nach der Rolle des Staates gefragt wird. Dabei wird deutlich, dass es zu einfach ist, den „guten“ gemeinwohlorientierten Staat gegen die „schlimmen“ Banken herbeizurufen. An der Krise war nicht nur die Deutsche Bank beteiligt, sondern auch Landesbanken, ja Sparkassen waren es. Wenn sich die Denkweise in Bezug auf die Rolle der Banken nicht ändert, macht es keinen so großen Unterschied, ob ein staatlicher Aufseher da ist oder nicht. Die grundsätzliche Frage lautet: Sind die sozialen Formen, die wir haben, ihren Funktionen im sozialen Leben angemessen?

Die Staatsverschuldungsfrage hat verschiedene Aspekte. Der erste Aspekt hängt damit zusammen, dass eine Gesellschaft über ihre Verhältnisse gelebt hat. Die Griechenland-Krise wird hierzulande vor allem unter diesem Gesichtspunkt interpretiert, als ein Ausfluss schlampigen und verschwenderischen Umgangs mit Geld und Ressourcen. Dass das auch bei uns eine Rolle spielt, wird eher heruntergespielt, es handele sich da um andere Dimensionen, so wird vielfach gesagt.

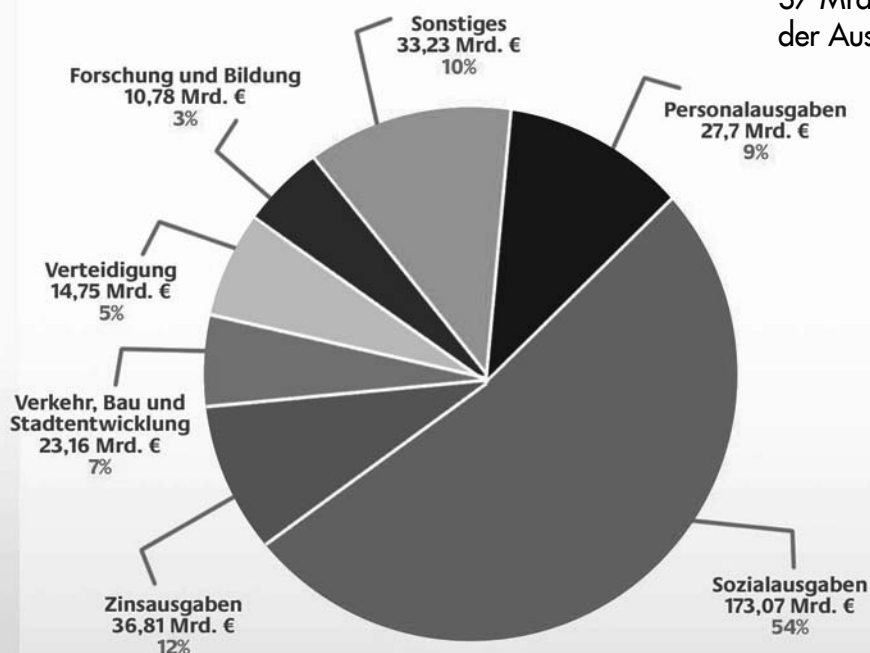
Dann gibt es einen zweiten Aspekt, unter dem die Staatsverschuldung betrachtet wird. Das ist die Frage nach der Beeinflussung der Konjunktur durch die staatliche Ausgabenpolitik. Der Staat trägt als Garant des Gemeinwohls auch Mitverantwortung für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung. Das wird kaum einer leugnen, es bleibt allerdings die Frage, welche Konsequenzen sich daraus im Einzelfall ergeben.

Es gibt aber noch eine dritte Ebene, deretwegen der Staat letztlich einspringen musste: Die Gesellschaft als Ganze, repräsentiert im Staat, garantiert letztinstanzlich die Währung. Daher fallen alle Probleme der Geldstabilität auf den Staat zurück. An dieser Stelle haben wir es nicht mit Haushalts- oder Konjunkturpolitik zu tun, sondern mit der Struktur des Geldwesens, wie sie historisch entstanden ist.

Geld muss fließen... Bemerkungen zum Kaufgeld

Geld ist nicht einfach Geldschein oder Giroguthaben, die Gelddokumente und Guthaben entstehen historisch dadurch, dass wir beginnen, füreinander zu arbeiten. Sie dokumentieren unsere Leistungen füreinander und erlauben es, sie zu verrechnen. Wir sprechen da ganz allgemein vom Kaufgeld. Es wird etwas geleistet, Geld fließt dafür und wird wieder ausgegeben für ein neues Gut. Durch das Tauschen bzw. Kaufen wird der sich durch die Sozialität ziehende Strom von Leistungen und Gegenleistungen vermittelt. Im Moment des Wechsels von Ware in Geld entsteht der Preis. Am Preis wird das

Ausgabenvolumen: 319,5 Mrd. €



Haushaltsplan 2010 des
Bundes - Zinszahlungen:
37 Mrd. EUR = 12%
der Ausgaben

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Verhältnis zwischen den Leistenden sichtbar - bekomme ich viel oder wenig, muss ich viel oder wenig dafür machen? Am Preis entscheidet sich die Frage nach den richtigen Austauschverhältnissen: Was ist der richtige, gerechte, faire Preis?

In der Kaufgeldsphäre entsteht die Frage, wie der Fluss des Geldes gesichert werden kann. Denn Geld muss fließen - wenn es gehortet wird, kommt es zu Stockungen mit der Folge wirtschaftlichen Niedergangs. Daher spielt bei den Bestrebungen zu einer Geldreform die Frage der Umlaufsicherung eine so große Rolle. Geld ist kein privates Gut, sondern ein Instrument, das jedem dienen soll. Der Fluss des Geldes ist Ausdruck des Bewegungsstroms der Sozialität. Dieser Strom wiederum ist nicht gleichmäßig, sondern unterliegt Schwankungen, Modulationen. Ist der Rhythmus gestört, - der ja im Leben verankert ist durch die Termine von Lohn- und Gehaltszahlungen, Mietzahlungen usw. - kann es zu panischen Reaktionen kommen - indem etwa die Sparer ihre Einlagen bei den Banken alle plötzlich abziehen wollen. Daher greift der Staat ein. Man sieht, wie wichtig die Pflege des Rhythmus ist. Die antizyklische Konjunkturpolitik kann als ein Versuch zur Wiederherstellung von Rhythmus betrachtet werden.

Leistungsort Zukunft ... die Leihgeldebene

Neben dem unmittelbaren durch die funktionelle Geldform des Kaufgelds vermittelten Leistungsaustausch gibt es einen Zusammenhang von Geld und Leistung, der nicht auf derart einfache Weise entsteht. Wir möchten einen Geldwert über die Zeit bringen, weil wir erst in der Zukunft etwas mit ihm vorhaben. D.h. wir wollen gewissermaßen Kraft ansammeln und potenzieren durch Kapitalbildung. Das würde schlicht zur Zurückhaltung von Kaufkraft und damit zu einer schweren Störung führen, wenn nicht der Geldstau aufgelöst würde durch die das Geld verwandelnde Verbindung mit unternehmerischem Geist. Diese Verbindung von Geldkapital und Geist nennen wir Kredit. Das ist im Grunde genommen unabhängig davon, wie das Kapital mit Haftung belegt ist. Sozial betrachtet ist auch Eigenkapital eine Kreditierung. Wenn wir eine Fabrik bauen, dann finanzieren wir künftige Leistungen vor und das Geld dafür zahlt sich in 20 oder 30 Jahren wieder ab, der Geldstrom fließt zurück. Es gibt gute Gründe dafür, sich mit dem Zinsphänomen kritisch auseinanderzusetzen. Dass es überhaupt Zins geben kann, hängt zunächst damit zusammen, dass durch einen Produktionskredit - im Gegensatz zum Konsumkredit, bei dem die Zukunft „verfüttert“ wird - ein Mehr entsteht, das verteilbar ist. Kredit ermöglicht wachsenden Wert. Beim Kaufen findet Ausgleich statt, gegenseitiges Tragen, beim Kredit haben wir ein ständiges Überschießen. Deshalb ist mit dem Kredit eben auch die Gewinnfrage verbunden.

Rolle der Banken

Die Vermittler der Verbindung von Geld und Unternehmungsgeist sind die Banken. Diese Vermittlerrolle ist ihnen auf den Leib geschneidert. Wer in dieser oder jener Form praktisch an Kreditvergabe mitgewirkt

hat, kann wissen, dass Banktätigkeit nicht primär eine technische, sondern eine soziale Frage ist. Sicherheit, Businesspläne usw. sind das eine. Das Entscheidende sind die Fähigkeiten des Kreditnehmers und die soziale Einbettung seiner Projekte.

Nun ist das natürlich eine idealtypische Darstellung der Rolle der Banken. Die real existierenden Banken - von Einrichtungen eines „social banking“ abgesehen - verweigern diese Rolle, drücken sich um die soziale Seite der Kreditvergabe durch einseitiges Setzen auf äußere Sicherheiten und haben längst ihr Geschäft am Vorteils Gesichtspunkt ausgerichtet. Banken verkünden heute exorbitante Gewinne als „ökonomischen Erfolg“, so als hätte man an Werkbanken Realgüter hergestellt und nicht nur deren Herstellung vermittelt. Selbst die Sparkassen haben jahrelang ihren öffentlich-rechtlichen Status eher als Behinderung gesehen, durch die ihnen die Türen zu den großen Spekulationsgeschäften versperrt seien. Heute wollen sie davon allerdings oft nichts mehr wissen. Es ist ein Missverständnis, Banken als eigene Wirtschaftsunternehmen zu betrachten. Die Finanzkrise hängt mit diesem Missverständnis eng zusammen. Die Banken haben eine Sonderstellung. Sie sind die einzigen Institutionen, die einfach zur Nationalbank gehen und Geld holen können. Eine solche Sonderstellung wäre nur für eine wirklich treuhänderische Einrichtung legitim.

Die Verbindung von Geld mit werthaltigen Ideen verlangt zwar auch eine solide Banktechnik, ist aber primär wie gesagt keine technische Frage. Heute wird der Kredit fast ausschließlich aus seiner Technik verstanden. Da ist es denn formal dasselbe, ob ich bloß Geld aufnehme oder eine Maschine kaufe. Das erstere ist dann auch Investition, nämlich eine „Investition in Liquidität“. Private Equity Funds (die berühmten „Heuschrecken“) und Großbanken bauen keine Fabriken, werden aber so behandelt, als seien Gewinne aus spekulativen Geldgeschäften ein realer Surplus. In Wirklichkeit entsteht auf diese Weise eine Art Vermögensinflation. Eine Vermögensinflation ist aber nun das gerade Gegenteil der üblichen Inflation. Vermögen ist Macht. Je höher diese Vermögensinflation ist, je mehr der „Wert“ der Papiere in meinem Portofolio steigt, um so mehr Ertrag verlange ich. Ich sauge Kaufkraft an, während die normale Inflation meine Kaufkraft mindert. Je größer der „Wert“, um so höher die Verzinsung. Das heißt, das Geld flüchtet aus der realen sozialen Einbindung - und wir müssen immer wieder genau die Punkte finden, an denen das geschieht, und Formen der Rückbindung des Geldes an den realen sozialen Prozess entwickeln. Bestimmte Spekulationsgeschäfte zu verbieten, mag zwar richtig sein, ist aber eindeutig zu wenig.

Schenkung

Das dritte Element ist das Schenken: Was überschüssig ist, kann verschenkt werden. Schenken ist ein vielfach missverstandenes Wort. Man neigt dazu, ihm eine wirtschaftliche Bedeutung entweder abzusprechen oder es doch wieder im Sinne von Investition und Kredit zu interpretieren. Demgegenüber müssen die qualitativen Unterschiede von Kauf-, Leih- und Schenkung betont werden. Beim Kaufgeld haben wir es mit Äquivalen-

tenkompensation zu tun, es findet ein Ausgleich statt. Beim Kredit entsteht ein Mehr(wert), der Kredit muss aber eben auch getilgt werden, ein Rückfluss findet statt. Wenn wir Pädagogik betreiben, dann ist das mit wirtschaftlichem Aufwand verbunden und führt langfristig zu Produktivitätszuwächsen, wir haben aber eben keinen direkten Rückfluss (keinen „Return on investment“). Wir leisten vor und lassen dann vollständig los. Eben dadurch wird Entwicklung möglich. Man kann nicht oft genug betonen, dass am Lebensanfang eine gigantische Schenkung steht: das was Eltern für Ihre Kinder aufwenden, wird nicht zurückverlangt. Was wir schenken, wird „irgendwie“ der Welt wieder als Leistung zu gute kommen, aber wir rechnen es nicht uns selber zu. Schenken bedeutet, Menschen ihren eigenen Weg gehen lassen. Wir brauchen eine Ökonomie des Schenkens, die sich gerade bewusst macht, dass Schenken ein Strom ohne Rückfluss ist.

Was folgt nun aus diesen Grundsatzüberlegungen für die Frage der Staatsverschuldung bzw. der Finanzierung der Staatstätigkeit? Welche Differenzierungen sind nötig?

1. Kernaufgaben des Staates, staatliche Verwaltung

Zunächst müssen wir die staatliche Verwaltung, die Kernaufgaben des Staates betrachten. Wie muss das finanziert sein? Es muss hier offenkundig der Wertschöpfungs- und Einkommensstrom geteilt werden: ein Teil wird abgezweigt, er finanziert über die Steuern die öffentlichen Haushalte. Es handelt sich - soweit damit Aufgaben finanziert werden, die wir selbst demokratisch dem Staat zuerkannt haben - nicht eigentlich um einen Abzug von unserem Einkommen, sondern um dessen Teilung in einen Privateinkommens- und einen Sozial-einkommensanteil. Insofern entziehen die Steuern dem Leben auch nicht das Geld, sondern das Geld bleibt als Kaufkraft von Beamten und Staatsangestellten usw. im Leben. Wichtig wäre es, dass diese Teilung von vornherein in transparenter Weise vorgenommen wird und die Art der Steuererhebung nicht das Empfinden erzeugt, es handle sich nicht um Sozialeinkommen, sondern um eine Einkommensverkürzung. Es muss auch vorher klar sein, wieviel es für die Finanzierung der Kernkosten des Staates braucht.

Wenn es an Geld für die Verwirklichung wichtiger Aufgaben fehlt, dann wurde eben zuwenig umverteilt und es muss eine entsprechende Korrektur geben. Es ist ein feiges Verhalten, das letztlich allen schadet, wenn man an dieser Stelle auf Kreditfinanzierung ausweicht. Denn solche Staatskredite sind „Konsumkredite“, ähnlich wie Anschaffungskredite von Privatpersonen. Durch den Kredit entsteht also kein Mehr - aus dem Tilgung und Zins einfach zu leisten wären -, sondern es handelt sich um eine Vorfinanzierung des eigenen Lebens. Insofern verengt der vorgezogene Konsum den finanziellen Spielraum in der Zukunft. Die wachsende Zahl der Privatinsolvenzen in Deutschland zeigt das Problem auf. Das ist kein Weg zur nachhaltigen Finanzierung der Staatsverwaltung, sondern macht den Staat zum Sanierungsfall. Budgetdisziplin ist notwendig: Der politische Wille, der dem Staat Aufgaben

setzt, muss zugleich die Bereitschaft beinhalten, auch die Bedingungen der Aufgabenerfüllung in finanzieller Hinsicht zu schaffen.

2. Infrastruktur

Die materielle Infrastruktur eines Gemeinwesens ist ein weiteres Element, das wir zu betrachten haben. Sie steht allen zur Verfügung, kann individuell benutzt werden. Auf öffentlichen Straßen fahren private PKWs. Hier entstehen Bedingungen des Lebens und Arbeitens, die „ordnungs-politischen“ Charakter haben. Wenn wir genügend Buslinien im ländlichen Raum haben, werden dort mehr Menschen hinziehen. Es ist eine politische Entscheidung, welche Infrastruktur wir wollen und was in diesem Zusammenhang öffentliche Aufgabe ist und was nicht.

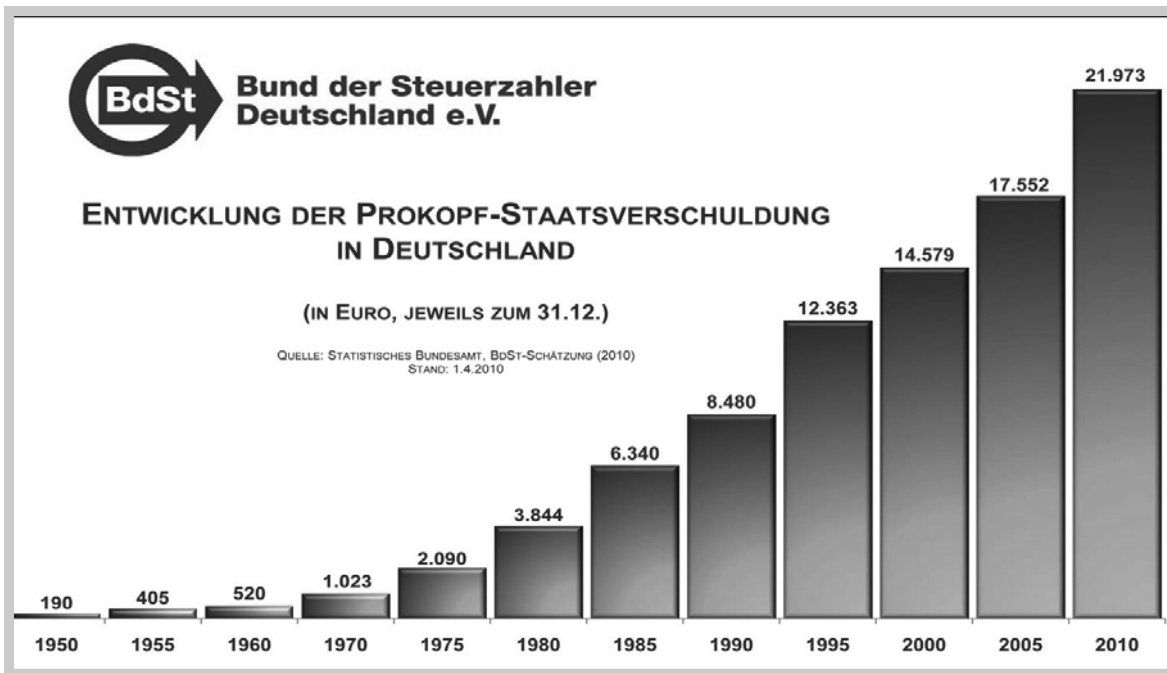
In der Regel wird man Infrastrukturausgaben oder Konjunkturprogramme zur Verbesserung der Infrastruktur nicht über verzinsliche Anleihen finanzieren. Das gilt überall da, wo die Infrastrukturen frei zur Verfügung stehen sollen und wo gerade deshalb keine zurechenbaren Erträge entstehen.³ So etwas verlangt Belastungsfreiheit. Bisher wurden solche Infrastrukturen überwiegend durch „gesellschaftliche“ Schenkung in Form von Steuern finanziert, also ohne Rückfluss und Verzinsung. Heute besteht die Neigung, alles dem Investitionsbegriff zu unterwerfen. Natürlich gibt es Infrastrukturausgaben, die hart an der Grenze zur Investition liegen. Wie weit dient etwas mehr privaten Interessen - beispielsweise von Spediteuren - als der Allgemeinheit, wo ist deshalb Straußenmaut berechtigt? Solche Fragen dürfen nicht tabuisiert werden. Aber es handelt sich um eine politische Entscheidung, was frei sein muss und wo Nutzungsgebühren berechtigt sind. Bei dieser Entscheidung wird natürlich auch die ökonomische Überlegung, was wir uns auf Dauer leisten können, eine Rolle spielen.

Im Übrigen heißt die Gewährleistung der Versorgung mit öffentlichen Gütern nicht, dass der Staat selber der Betreiber aller Einrichtungen sein muss. Parteibuchwirtschaft in kommunalen Versorgungsunternehmen muss ebenso verhindert werden wie die Kommerzialisierung öffentlicher Güter. Entscheidend ist, dass Formen gefunden werden, die verhindern, dass sich private Interessen der Infrastruktur bemächtigen. Es gibt bei Unternehmen in der Infrastruktur einen öffentlichen Leistungsauftrag und es braucht Gremien und Strukturen, die seine Wahrnehmung ermöglichen. Es handelt sich zwar um unternehmerische Aufgaben, sie sind aber anders gelagert als in Unternehmertum außerhalb des Bereichs der Gemeingüter.

3. Staatliche Investitionen

Ein anderes Feld sind staatliche Investitionen, bei denen ein rechenbarer Wert und Rückfluss entsteht. Diese können wie jede Investition ohne Schaden durch Kredite

³ Das religiöse Zinsverbot bis ins Mittelalter bezog sich ja gerade auf Verhältnisse, wo der Investitionskredit noch keine Rolle spielte. Für das Leihen für reine Konsumzwecke mehr zu verlangen, als man gegeben hatte, wurde als sozial schädlich betrachtet.



finanziert werden, müssten aber nicht unbedingt im allgemeinen Staatshaushalt gehalten werden. Näheres dazu wurde bereits im einführenden Beitrag von H. Spehl ausgeführt.

4. Soziale Sicherungssysteme

Ein ganz anderes Element ist der Sozialausgleich, das was wir heute die sozialen Sicherungssysteme nennen. Die Selbstverwaltung dieser Systeme und ihre Unabhängigkeit gegenüber der Politik könnten gewiss gestärkt werden. Dennoch bleibt die Gewährleistung von Sozialrechten die Aufgabe des Staates. Es handelt sich hier darum, unterschiedliche Belastungen durch Umverteilungsprozesse auszugleichen. Kredite sind kein geeignetes Umverteilungsinstrument. Denn es wird ja mit ihnen der Ausgleich nicht wirklich geleistet, sondern nur vorfinanziert und die Belastung damit aufgeschoben. Umlage bleibt eben Umlage. Es gilt hier das schon bei der Staatsverwaltung Gesagte: Die Sozialausgaben sind nur aus der Gegenwartssicht des Einzelnen ein Kaufkraftentzug. Gesamthaft betrachtet entsteht ja Kaufkraft bei Rentnern etc. - und der Einzelne wird selbst dank künftiger Umverteilung als Rentner kaufen können.

Es stimmt auch nicht, dass der Sozialausgleich der Gesellschaft Investitionsmittel entzieht. Wir ersticken an überschüssigem Kapital, das deshalb immer abenteuerlichere Anlagemöglichkeiten sucht. Die These stimmt allenfalls dann, wenn man den Unternehmen abverlangt, sich selbst zu finanzieren. An genau dieser Stelle liegt aber ein Problem: Wir machen einen prinzipiellen Unterschied zwischen den Gläubigern und den Eignern eines Unternehmens. Aber in beiden Fällen handelt es sich darum, dass dem Unternehmen Geld zur Verfügung gestellt wird, mit dem es seine Aufgaben erfüllen kann.

Zum Sozialausgleich als solchem gibt es keine sinnvolle Alternative. Denn wir können Menschen nicht auf ein Abstellgleis schieben. Es ist zynisch zu sagen, wir könnten uns die alten Menschen nicht erlauben. Allein die Frage muss man sich schon verbieten. Heute flie-

ßen leider in der Tat Teile des Sozialausgleichs in die allgemeine Verschuldung mit ein. In der Schweiz schiebt man z.B. seit vielen Jahren ein Defizit in der Invaliditätsversicherung vor sich her. Das versucht man jetzt zu korrigieren, indem man eine Rechnung aufstellt, um wieviel die Fallzahlen gesenkt werden müssten, damit das Geld reicht. Das ist nun wirklich keine Lösung.

Konzepte für die Zukunft: Neue Wege zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben

Ein Gesellschaftspakt Schuldentilgung?

*Harald Spehl,
Zusammenfassung C. Strawe*

Kann man die Verschuldung begrenzen?

Über diese Frage gibt es eine heiße Diskussion. Wir haben einen Art. 115 in der Verfassung, der sagt, dass die Nettoneuverschuldung nicht höher sein darf als die Investitionen. Dies wird auch als goldene Regel der Finanzwirtschaft bezeichnet und stellt von der Grundidee her eine Übertragung aus der Privatwirtschaft in die öffentliche Wirtschaft dar. Es kommt zu einem Vermögenszuwachs durch die Investition. In der Praxis hat sich die Vorschrift zur Begrenzung der Neuverschuldung allerdings als nicht brauchbar erwiesen, schon deshalb, weil man sich schwer einig wird, was man unter einer staatlichen Investition überhaupt zu verstehen habe.

Ein Versuch, der Verschuldung Grenzen zu setzen, war der Maastricht-Stabilitätspakt. Die schon genannte

Lastenausgleich 1952 - 1985

- Vermögensabgabe: 50% des Stichtagsvermögens (1.4. 1949)
- Zahlung über 30 Jahre in vierteljährlichen Raten
- Gestaffelte Abgabensätze: 4%, 5%, 6%
- Gesamtaufkommen 1952 - 1985: rd. 37 Mrd. DM
- Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten: rd. 48 Mrd. DM

magische Zahl von 60% des BIP kam allerdings auf verblüffend einfache Weise zu Stande: Man addierte die Schulden aller beteiligten Länder und dividierte sie durch deren BIP. Der so ermittelte Wert von 60% sagt zwar etwas über den Entwicklungsstand der Länder aus, ein wissenschaftlich gesichertes Kriterium stellt er nicht dar. Und der 3%-Wert für die Neuverschuldung entstand, indem man aus historischen Daten einen Zusammenhang zwischen Nettoneuverschuldung und Wachstumsrate ermittelte. Daraus wurde auf der Grundlage bestimmter Annahmen die Obergrenze der Neuverschuldung festgelegt. Es liegt auf der Hand, dass solche politischen Setzungen dann auch gegen politische Überschreitungen anfällig sind.

Nun ist im Zuge der Finanzreform 1 und 2 als neues Begrenzungsinstrument die sogenannte Schuldenbremse entwickelt worden. Bund und Länder haben sich auf wesentlich strengere Standards für die Nettoneuverschuldung geeinigt, die dann im Grundgesetz verankert wurden. Danach darf der Bund ab dem Jahr 2016 nur noch Kredite in Höhe von 0,35% des BIP im Jahr neu aufnehmen. Das wären unter der Voraussetzung, dass die gegenwärtigen Wirtschaftsprognosen stimmen, 10 Milliarden Euro, während wir derzeit 80 bzw. 60 Milliarden haben. Auch hier haben wir wieder eine Konjunktur- und eine Notstandsklausel, die Ausnahmen möglich machen. Man darf gespannt sein, ob 2016 ein solcher Notstand konstatiert werden wird. Besser als eine schematische Klausel wäre es, genau zu untersuchen, wo Verschuldung zweckmäßig ist und wo sie ihrer Wirkungen wegen vermieden werden sollte. Wenn beispielsweise viel in bestimmte Infrastrukturen investiert wird, kann die Verschuldung höher sein, als das sonst der Fall wäre. Besonders problematisch erscheint, dass die Länder zwar bis 2029 Zeit haben, danach aber überhaupt keine neuen Schulden mehr machen dürfen. Schleswig-Holstein hat dagegen bereits Verfassungsklage eingereicht - wohl nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Es kann nicht richtig sein, Ländern generell zu verwehren, Kredite als Finanzierungsinstrument zu nutzen, es sei denn, der Bund stützt die Länder mit entsprechenden Mitteln aus.

Wie ist ein Abbau der Gesamtverschuldung möglich?

Die meisten Politiker und Ökonomen halten einen Abbau der öffentlichen Verschuldung generell für unmöglich, ohne Wachstum schon gar nicht. Muss und kann man also mit einer permanenten Verschuldung leben? In der

Bibel lesen wir vom „Jobeljahr“, auch „Jubeljahr“ genannt: alle 50 Jahre sollten alle Schuldverhältnisse erlöschen. Im alten Israel hielt man nämlich dauerhafte Ungleichgewichte zwischen Gläubigern und Schuldnern für untragbar, weil sie zu wirtschaftlichen bzw. sozialen Katastrophen führten. Das bleibt ein Denkanstoß auch für heute.

In Deutschland haben wir zweimal kriegsbedingte Verschuldung erlöschen lassen - einmal durch eine Hyperinflation, das andere Mal durch eine Staatsin-

solvenz: In der Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg wurden alle Geldvermögen im Verhältnis 1:10 abgewertet. Eine Gläubigerposition von 100.000 Mark war dann eben nur noch 10.000 Mark wert. Das wäre aber für heute sicher nicht der richtige Weg.

Wovon wir heute noch viel lernen können, ist der Lastenausgleich, den wir nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland durchgeführt haben. Diejenigen, die Sachvermögen oder andere Werte, die keine Geldvermögen waren, besaßen, waren ja zunächst von dem Währungsschnitt nicht betroffen. Auf der anderen Seite gab es Millionen Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. In Deutschland selbst waren viele Gebäudeeigentümer ausgebombt. Es gab also eine Ungleichverteilung der Kriegslasten in den Vermögensbeständen. Daher hat man nach langer und schwieriger Diskussion 1952 ein Lastenausgleichsgesetz gemacht, das Folgendes regelte: Die Vermögen, die verschont geblieben waren, sollten herangezogen werden, um die Verluste der anderen auszugleichen. Unbeschränkt abgabepflichtig waren Personen, Personenvereinigungen oder Körperschaften sowie Vermögensmassen mit Wohnsitz, Sitz, Geschäftsbereich oder ständigem Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes, beschränkt abgabepflichtig auch Ausländer, die über Vermögen im Währungsgebiet verfügten. Die Juristen haben sich also große Mühe gegeben, alle einzubeziehen. Nutznießer des Ausgleichs waren alle, die sogenannte Vertreibungsschäden, Kriegsschäden, Ostschäden, Sparerschäden oder Zonenschäden erlitten hatten, wie es im Gesetz heißt.⁴

Es wurde geregelt, dass - mit Stichtag 1949, um Vermögensverschiebungen in der Diskussionsphase des Gesetzes zu verunmöglichen - jeder Vermögensbesitzer einen Vermögensbescheid erhielt, dass die Hälfte seines Vermögens abgabepflichtig und abzuführen ist. Diese Abführung sollte natürlich nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern über einen Zeitraum von 30 Jahren in vierteljährlichen Raten. Damit wurde ein großer Teil des Ertrags aus diesen Vermögen umverteilt. Auf Einzelheiten wie Freibeträge oder Minderbelastung landwirtschaftlichen Vermögens gegenüber Industrievermögen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Wichtig ist das Prinzip.

Damals handelte es sich um einen Betrag von 37 Milliarden DM, der verglichen mit den Zahlen, über die wir heute reden, klein aussieht, für damalige Verhältnisse

⁴ Vgl. <http://bundesrecht.juris.de/lag/>

aber beträchtlich war. Als durch das Wirtschaftswunder die Steuermittel sprudelten, hat man dann später einen erheblichen Teil des Ausgleichs aus diesen laufenden Einnahmen finanziert. Im Ganzen gesehen hat man 1952 bis 1985 denen, die nichts mehr hatten, zu einem neuen Hausstand verholfen, man hat geholfen zerstörte Unternehmen wieder aufzubauen usw.

Lastenausgleich und Gesellschaftspakt Schuldentilgung

Analog zum damaligen Lastenausgleich könnte man heute einen Gesellschaftspakt Schuldentilgung anvisieren. Durch einen solchen Pakt könnten von jetzt an - auch ohne Wachstum - unsere 1,7 Billionen Euro Schulden abgebaut werden. So kompliziert das im einzelnen sein mag, wenn ein politische Wille da ist, ist es nicht unmöglich. 2006 stand nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung den Schulden ein Gesamtvermögen von 10,4 Billionen Euro gegenüber. Wir nehmen einmal an, um auf der sicheren Seite zu sein, dass der Schuldenbetrag bis 2012 auf 2 Billionen ansteigt. Dann haben wir eine Vermögensbelastung von 20%. Bei Einbeziehung sozialer Aspekte und unter Berücksichtigung der Bewertungsproblematiken kommen wir vermutlich auf eine höhere Quote, jedoch sicher nicht auf 50 Prozent wie beim Lastenausgleich. Wenn wir das auf 30 Jahre verteilen, dann müssten die Vermögensbesitzer über diese 30 Jahre 67 Milliarden pro Jahr aus ihrem Vermögen bzw. dessen Erträgen aufbringen. Dieses Geld ginge nicht in den allgemeinen Staatshaushalt, sondern nur in die Schuldenreduzierung. Die Zinsen sind nicht einbezogen, sie sind im normalen Haushalt veranschlagt. Je mehr getilgt wird, umso mehr nimmt die Zinsbelastung im Normalhaushalt Jahr für Jahr ab. Das würde uns mehr Spielraum für die Kernaufgaben verschaffen.

Bei 1,7 Billionen entfallen rechnerisch auf jeden einzelnen etwa 22.000 Euro an den öffentlichen Schulden. Andererseits hat aber auch jeder - wieder eine Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung - im Durchschnitt 105.000 Euro Vermögen. In der Realität ist das Gesamtvermögen sehr ungleich verteilt; 1% der Bevölkerung hat ein durchschnittliches Vermögen von 2,4 Millionen pro Kopf. Auch in dieser Gruppe ist das Vermögen natürlich nicht gleich verteilt. Die nächsten 29% haben ein durchschnittliches Vermögen von ca. 245.000 Euro und die restlichen 70% von 13.000 Euro.

Von 1992 - 2006 ist das Vermögen von 6,4 Billionen auf 10,4 Billionen angestiegen. Davon sind 1 Billion Gebrauchsvermögen (Autos, Fernseher usw.), 4,8 Billionen Sachvermögen und 4,5 Billionen Geldvermögen. Sicherlich liegt in der Ermittlung des Geldvermögens ein Problem. So werden die Aktien zum Marktwert bewertet, der stark schwanken kann. Aber wie dem auch sei, es handelt sich immer um einen Betrag, der ausreicht, um die Schulden abzubauen. Die kontinuierliche Vermehrung des Vermögens

widerspiegelt einerseits den wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft, andererseits ist das Vermögen aber sehr ungleich verteilt. 60% gehört dem obersten Zehntel der Bevölkerung, 20% dem zweiten, 10% dem dritten, 6% dem vierten, 60% der Bevölkerung haben dagegen überhaupt kein Vermögen, die untersten 10% sogar Schulden. Da der Gesellschaftspakt Schuldentilgung am Vermögen ansetzt, würde der Abbau der öffentlichen Verschuldung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit erfolgen. Diejenigen, die stark profitiert haben, auch vom Aufbau der Verschuldung, leisten auch einen hohen Anteil zu ihrem Abbau. Das ist die Essenz des Gesellschaftspakts zum Schuldenabbau. Im einzelnen sind natürlich Modifikationen möglich. Wenn die Gesellschaft in ihrer Mehrheit diesen Weg für zu radikal halten sollte, wenn der Einwand gemacht wird, nicht nur die Vermögensbesitzer, sondern alle anderen seien doch auch Mitprofiteure der bisherigen Entwicklung, dann könnte man den über Lastenausgleich zu finanzierenden Betrag reduzieren und den Rest über allgemeine Abgaben bzw. Steuern finanzieren. Damit würde man naturgemäß auch die Verteilungswirkungen verändern.

Bei der deutschen Vereinigung wurden bereits Forderungen laut, die Kosten der Einheit über einen Lastenausgleich zu finanzieren. Richard von Weizsäcker, Ingrid Matthäus-Meier und andere haben sich in dieser Richtung engagiert. Doch setzte sich schließlich die Position von Theo Waigel durch, die zusätzlichen Aufgaben und Ausgaben durch Erhöhung der Neuverschuldung zu finanzieren. Wenn wir als Gesellschaft einen Lastenausgleich wollen, dann kann er auch gelingen. Dass dabei gewisse Vermögensbestandteile wie etwa das eigengenutzte Wohnhaus geschützt bleiben müssten, ist selbstverständlich.

Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen dem Schuldenabbauvertrag und dem Nachkriegslastenausgleich: Damals erhielten das Geld diejenigen, die nichts hatten. Diese haben dann alles konsumiert oder investiert. Heute ginge die Tilgung überwiegend wieder an die Vermögenden, die Besitzer von Staatspapieren sind. Es ist also zu fragen, ob die Tilgungen zu einem Rückgang der Binnennachfrage führen würden. Im Bereich des Konsums ist angesichts der Gläubigerstruktur kaum mit einem Rückgang der Nachfrage zu rechnen. Welche Wirkungen der Abbau der Staatsverschuldung im Bereich der Investitionen haben wird, ist schwer zu prognostizieren. Hier spielt die Entwicklung der Zinsen ebenso eine Rolle wie die der Investitionsmöglichkeiten.

Gesellschaftspakt Schuldentilgung Deutschland

- Gesamtverschuldung 2010 : 1,7 Bio. EUR - 1.700 Mrd. EUR
- Gesamtvermögen 2006 : 10,4 Bio. EUR - 10.400 Mrd. EUR
- Schuldentilgungsbetrag 2012 : 2,0 Bio. EUR - 2.000 Mrd. EUR
- Vermögensbelastung 2012 : 20%
- Tilgung verteilt auf 30 Jahre : 67 Mrd. EUR/Jahr

Steuerreform

Christoph Strawe

Das Ausweichen in die Verschuldung hängt, wie wir sahen, damit zusammen, dass man sich mit Steuererhöhungen zur Verbesserung der öffentlichen Einnahmen unbeliebt macht. Da Steuern ein Teil der Wertschöpfung sind, ist ihrer Ausweitung auch dadurch eine Grenze gesetzt, dass sie in ihrer Höhe und in der Art ihrer Erhebung den Wertschöpfungsprozess nicht so behindern dürfen, dass der Zweck der Besteuerung nicht erreicht wird. Wenn die Kuh gemolken werden soll, darf sie nicht geschlachtet werden.

Wir sahen bereits, dass zu differenzieren ist zwischen (1) Staatsausgaben im Kernbereich der Verwaltung, (2) investiven Ausgaben, (3) Ausgaben im Infrastrukturbereich und (4) solchen für den Sozialausgleich. Erstere müssen notwendig durch Steuern finanziert werden, bei (2) und (3) sind verschiedene Ansätze denkbar. Der Sozialausgleich muss nachhaltig durch Umlage, und nicht auf Pump, finanziert werden. Es ist aber eine große Frage, ob dies aus dem allgemeinen Steueraufkommen geschehen sollte, das ja keine Zweckbindung aufweist. „Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein.“ (§ 3 der Abgabenordnung)⁵

Die Geschichte des Steuerwesens, das mit Naturalabgaben beginnt, ist auch die Geschichte des Erfindungsreichtums der Obrigkeit bei der Einführung neuer Steuern. Die Bartsteuer Peters des Großen ist nur ein besonders skurriles Beispiel. Die bunte Vielfalt an Steuern rief auch eine Vielfalt an Steuervermeidungsstrategien hervor. Wurden die Vorderfenster besteuert, baute man die Fenster hinten ein. Noch heute haben wir viele indirekte Steuern, die am sichtbaren Reichtum ansetzen: Grundbesitz, Verbrauchsmengen von Mineralöl usw. Jedoch haben sich die indirekten Steuern, die Gewinn oder Einkunftserzielung von Einzelpersonen oder Unternehmen als solche erfassen, in den Vordergrund geschoben.

Man könnte meinen, die Demokratiebewegung habe mit den Fürsten auch die Tendenz des Staates beseitigt, den Bürgern in die Tasche zu fassen. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Durch die repräsentative Demokratie und die Ausweitung der Staatskompetenzen im Sozial- und Kulturbereich und in vielen anderen Bereichen haben wir eine erhebliche Steigerung der Staatsausgaben bekommen: die sogenannte Staatsquote umfasst inzwischen fast die Hälfte des Erwirtschafteten. Die Steuerbelastung ist gewachsen, ebenso die Staatsverschuldung. Verstärkt wurde das Einnahmeproblem der Staaten durch die Umsetzung neoliberalistischer Konzepte seit den 1990er Jahren und die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise. Die wesentliche Weichenstellung für das Steuersystem in Deutschland erfolgte 1891 durch den preußischen Finanzminister Johannes von Miquel, der an die Stelle des durch die deutsche Kleinstaaterei bedingten Flickenteppichs von Steuersystemen ein Steuerrecht setzte, wie wir es im Wesentlichen heute noch haben. „Seine Reform beinhaltete die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, klare Definition von Steuerpflicht, Bemessungsgrundlage und Steuersatz, Freistellung des Existenzminimums, Kinderfreibeträge und Absetzung von Werbungskosten. Das danach verbleibende Einkommen wurde einem Stufentarif unterworfen, der von 0,67% bis 4% ging. Der Spitzensteuersatz griff erst ab dem damals märchenhaften Einkommen von 100.000,- Mark. 900 Mark jährlich blieben als Existenzminimum steuerfrei.“⁶

Der nächste große Einschnitt - abgesehen von vielen Änderungen im einzelnen - vollzog sich in den 1950er Jahren. Da wurde der Stufentarif durch einen Formelarat ersetzt. Seitdem haben wir die Kurve, die mit dem Einkommen kontinuierlich ansteigt. Bei diesem Anstieg hat sich dann der „Mittelstandsbauch“ gebildet, über den heute so viel diskutiert wird. Er macht, dass man heute relativ schnell den Spitzensteuersatz erreicht, auch wenn man gar kein Spitzenverdiener ist. Das erleben viele Menschen als Gerechtigkeitslücke.

Der nächste große Einschnitt - abgesehen von vielen Änderungen im einzelnen - vollzog sich in den 1950er Jahren. Da wurde der Stufentarif durch einen Formelarat ersetzt. Seitdem haben wir die Kurve, die mit dem Einkommen kontinuierlich ansteigt. Bei diesem Anstieg hat sich dann der „Mittelstandsbauch“ gebildet, über den heute so viel diskutiert wird. Er macht, dass man heute relativ schnell den Spitzensteuersatz erreicht, auch wenn man gar kein Spitzenverdiener ist. Das erleben viele Menschen als Gerechtigkeitslücke.

Gescheiterte Versuche der Vereinfachung

Ins Auge fällt beim deutschen Steuersystem die Kompliziertheit. Ihr Ausdruck ist die bekannte Tatsache, dass 60% der Literatur zu Steuerfragen in deutscher Sprache erschienen ist. So wurden seit den 1970er Jahren immer wieder Anläufe unternommen, das Steuersystem zu reformieren und zu vereinfachen. Seine Undurchschaubarkeit hat dazu geführt, dass wir zwar pro forma die Reichen hoch besteuern, diese sich aber erfolgreich arm rechnen. Zwar wird heute nicht mehr offen für bestimmte Länder „als Zweitwohnsitz für Ihr Geld“ geworben und Steuersünder müssen sich wärmer anziehen, seit Peer Steinbrück von der Kavallerie fabulierte, die notfalls in die Schweiz einreiten müsse. An der ausgesprochenen Kompliziertheit des Steuerrechts hat sich dadurch aber nichts geändert. Sie ist schuld daran, dass ein großer Anteil des Steueraufkommens für den Steuereinzug selbst aufgewendet werden muss.

Alle Reformversuche sind bisher gescheitert. Bei Theo Waigels „großer Steuerreform“ kam die deutsche Einheit dazwischen. Danach gab es weitere Anläufe. Der Finanzwissenschaftler Peter Bareis machte Vorschläge, Gunnar Uldall von der CDU propagierte einen einfachen 3-Stufentarif: Der Grundfreibetrag sollte 12.000,- DM betragen. Bis 20.000,- DM sollte der Steuersatz 8%, bis 30.000 18%, ab 30.000 28% betragen. Im Gegenzug sollten alle Ausnahmetatbestände abgeschafft werden.⁷ Die größte Berühmtheit erlangte die Variante eines Stufentarifs, die der CDU-Politiker Friedrich Merz 2003 als „Bierdeckelsteuer“ vorschlug. Das kam gut an, umgesetzt wurde es ebensowenig wie die späteren Vorschläge des Heidelberger Jura-Professors Paul Kirchhoff, mit denen er im Wahlkampf 2002 keine Punkte für Angela Merkel sammeln konnte.

⁵ http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/ao_1977/gesamt.pdf

⁶ C. Strawe: Dreigliederung und Steuerreform. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Heft 4/1996.

⁷ Strawe, a.a.O.

Die größten Einnahmeprobleme für den Staat hat die Steuerreform 2000 von Rot-Grün mit sich gebracht. Man senkte damals den Eingangssteuersatz von 25,9 auf 15 Prozent und den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent. Das war derselbe politische Ansatz, dem auch die Agenda 2010 entsprang. Die an und für sich innovative Ökosteuern wurden durch Ausnahmetatbestände erheblich verwässert und zweckentfremdet. Durch den Verlauf der Finanzkrise hat sich die Einnahmeproblematik so verstärkt, dass selbst eine Partei, die den Wahlkampf unter der Parole „Mehr netto vom brutto“ geführt hatte, nun vorsichtig zurückrudern muss.

Bei der Diskussion um eine Steuerreform ging es immer auch um die Frage der sogenannten Gegenfinanzierung für Entlastungen. Dabei hat immer wieder die Mehrwertsteuer eine Rolle gespielt. Die Mehrwertsteuer ist eine höchst interessante Steuer, stellt sie doch einen Einstieg in eine neue Form der Steuererhebung dar. Es wird aber auch häufig der Eindruck erweckt, sie sei unsozial, die kleinen Leute würden über Gebühr zur Kasse gebeten. Sprichwörtlich wurde die nach der damaligen CDU-Familienministerin benannte „Nolte-Falle“. Claudia Nolte hatte im Wahlkampf 1994 eine Mehrwertsteuererhöhung gefordert und war deswegen ins Kreuzfeuer geraten. Als Angela Merkel im Wahlkampf 2005 2% Mehrwertsteuererhöhung forderte, wurde dieser Vorschlag als „Merkel-Steuer“ angegriffen. Das hinderte die SPD nicht, in der folgenden Großen Koalition noch 1 Prozent „Münze-Steuer“ daraufzupacken, was zum jetzigen Satz von 19% führte. Gegenwärtig führt die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotelbranche zu heftigem Streit (Vorwurf: „Mövenpicksteuer“). Man sieht also: Beim Thema Mehrwertsteuer betreten wir stark vermintes Gelände.

Doch gerade wenn man über die Weiterentwicklung des Steuersystems nachdenkt, muss man über die Rolle dieser Steuer reflektieren. Sie fällt im Unterschied zu den indirekten Steuern und der Einkommenssteuer dort an, wo ich Leistungen in Anspruch nehme, die andere in der arbeitsteiligen Ökonomie erbracht haben. Die Einkommenssteuer greift dagegen - jedenfalls wenn das Einkommen durch Arbeit zustandekommt - gerade dann, wenn ich Leistungen *erbringe*. Das ist schmerzlich und befördert nicht gerade meinen Leistungswillen. Ganz anders ist es, wenn man bei der Leistungsentnahme zur Kasse gebeten wird.

Besteuerung der Leistungsentnahme

Letzteres war der Ansatz Rudolf Steiners im Jahre 1919, wo ihn einige Mitarbeiter, darunter Emil Molt und Roman Boos, in Dornach besuchten. Die große Volksbewegung für die Dreigliederung nahm hier ihren Anfang. Da wurde dann die Frage gestellt nach der Gestaltung der Steuern, und als Antwort wird protokolliert: „Die Steuerfragen stehen heute auf ganz verkehrten Füßen. Wenn man heute von Ausgabensteuern spricht, so denken alle an indirekte Steuern. Ich denke aber an Ausgaben-Besteuerung. Die wichtigsten Lebensbedürfnisse sind gering zu besteuern. Die weniger wichtigen stärker. Das Bankdepot ist Ausgabe.“⁸

8 Roman Boos (Hrsg.): R. Steiner, Sozialwissenschaftliche Texte. Studienmaterial zur Sozialwissenschaft. Freiburg i.Br.

Bei diesem letzten Satz wird es immer kritisch in der Diskussion. Ich bekomme dann manchmal gesagt, das müsse falsch mitgeschrieben sein, es sei unverständlich. Die Mehrwertsteuer wirkt ja wie eine Konsumsteuer, weil nur der Endverbraucher keine Vorsteuer abziehen kann, nur er also letztlich die Steuer bezahlt. Wenn ich nun die Ausgabensteuer auf eine Konsumsteuer reduziere, dann habe ich natürlich ein Problem, diesen Satz zu verstehen, weil ich dann nichts weiter brauche als die Mehrwertsteuer.

Aber ist diese wirklich nicht ergänzungsbedürftig? Wenn wir nur die Mehrwertsteuer haben, dann führt das dazu, dass ich Geld, das ich im Supermarkt ausbebe, versteuern muss, Geld, das ich auf die Bank trage, nicht. Gerade das erzeugt das Gefühl einer Gerechtigkeitslücke, weil man den Eindruck hat, diejenigen, die viel übrig haben und sparen können, hätten einen Vorteil gegenüber den kleinen Einkommen. Genau betrachtet nehme ich aber in der Tat auch dann Leistungen in Anspruch, wenn sich der Wert meines Bankdepots erhält und sogar durch Zinsen vermehrt. Denn dies wäre ohne die wertschöpfende Tätigkeit von Kreditnehmern der Bank letztlich unmöglich. Ich bin insoweit der Nutznießer von Erträgen, die sich nicht meinen eigenen Leistungen verdanken.⁹

Wir haben heute eine ganz formalistische Sicht von dem, was eine Einnahme ist. Wenn ich Geld ohne Gegenleistung bekomme, ist das etwas anders, als wenn ich es im Leistungsaustausch erwerbe. Ein Gewinn, der einbehalten oder an Aktionäre ausgeschüttet wird, ist etwas anderes als Gewinn, der real investiert wird.

Im Januar 1919 heißt es weiter: „Es werden Kategorien der Steuerhöhe eingerichtet werden. Dies System wird sehr einfach sein. Aber es spielt überall das menschliche Urteil hinein. Es werden immer Fragen entstehen. Wenn ein neues Bedürfnis entsteht, entsteht eine neue Produktion. Und nun entsteht die neue Frage: Wie ist ein solcher Artikel zu besteuern? Es wird nie losgelöst die Produktion vom menschlichen Urteil.“ Nebenbei wird dann noch die Finanztransaktionssteuer eingeführt: „Das Geld, das ins Ausland geht, müsste an der Grenze Steuer zahlen.“¹⁰

„Es handelt sich darum, dass man spezifiziert. Der geistige Arbeiter wird gewisse Dinge für seine Arbeit brauchen. Sie werden gering versteuert sein. Wer zugleich industrieller Unternehmer ist, wird für alles das, was er für seine industriellen Unternehmungen braucht, hohe Ausgabensteuern zahlen müssen.“

9 Das Bankdepot als solches müsste abgezinst werden, denn solange Geld dort bloß verwahrt wird, verliert es eigentlich sukzessive an Wert (es „altert“ wie die Realwerte, für die es stellvertretend steht). Wenn jemand ein Millionär ist und sein Geld nur herumliegen lässt, müsste er - so R. Steiner - nach wenigen Jahren ein armer Schlucker sein. Dass er das nicht wird, ist nur dadurch möglich, dass das Geld in Kredit verwandelt wird, mit dem neue Werte geschaffen werden. Geldwerterhaltung - das eigentliche Ziel des Sparens - ist eigentlich ein Nullzinseffekt, der sich daraus ergibt, dass sich Abzinsung und Aufzinsung in Folge neuer Wertbildung die Waage halten. Dies gestalten wir allerdings heute nicht bewusst (vgl. Udo Herrmannstorfer, „Zur sozialorganischen Bewältigung des Geldwesens“, in seinem Buch „Scheinmarktwirtschaft“, 3. Aufl. Stuttgart 1997).

10 A.a.O.

Eine Differenzierung haben wir ja auch heute bei der Mehrwertsteuer: 0% bei Mieten, jedenfalls, wenn es keine gewerblichen Mieten sind, 7% bei Büchern, Lebensmitteln usw. und dann die 19%. Abgesehen von einigen schwierigen Abgrenzungsfragen - ist es gerecht, dass Katzenfutter nur mit 7% besteuert wird? - funktioniert das recht gut. Allerdings gibt es eine Tendenz zu sagen, wir bräuchten diese Differenzierung nicht. Bei Finanzexperten ist sie nicht beliebt und schon gar nicht in der EU, wo man nach Steuer„harmonisierung“ und nicht Steuerdifferenzierung strebt.

Vorzüge der Mehrwertsteuer

Bleiben wir zunächst bei der reinen Mehrwertsteuer. Diese weist einige deutliche Vorzüge gegenüber anderen Steuerarten auf:

1. Sie hat den Vorzug der Transparenz. Wir sehen unmittelbar am Preis, welchen Teil der Wertschöpfung der Staat für seine Tätigkeit erhält. Heute ist das verdeckt. Kosten werden unbemerkt weitergewälzt auf den Verbraucher, der am Ende doch alles zahlt. Wenn die Quote sichtbar wird, wird sie auch demokratisch besser diskutierbar und kontrollierbar, wir können uns bewusst entscheiden, wie viel der Staat bekommen soll. Diese Transparenz erleichtert auch eine assoziative, auf Verständigung, Vertrauen und Kooperation aufgebaute Form des Wirtschaftens generell.
2. Ein anderer wesentlicher Vorzug besteht darin, dass wir die gesamte Wertschöpfung steuerlich erfassen, weil wir an ihrem Ende anfassen. Es wird nicht einseitig die Arbeit belastet, Initiative wird nicht gebremst oder gar bestraft. Alle werden herangezogen.
3. Die Mehrwertsteuer ist schenkungsfreundlich: Wenn ich etwas verschenke, verschenke ich auch die Verpflichtung zur Versteuerung mit. Es gibt keine steuerlichen Gründe mehr, von Schenkungen in einer bestimmten Höhe Abstand zu nehmen.
4. Die Mehrwertsteuer ist wettbewerbsneutral. Es ist ein Problem der Staaten in der Globalisierung, dass sich ihre Handlungsspielräume verengen, weil sie in einer Konkurrenz der Standorte stehen. Alle Steuern und Abgaben, die in die Kosten eines Unternehmens eingehen, müssen notwendig in die Preise verkalkuliert werden, die für dessen Produkte weltweit verlangt werden. Die Mehrwertsteuer hingegen wird an der Grenze aufgesetzt und an der Grenze heruntergenommen. Produktionsverlagerungen, die nur deshalb erfolgen, weil man sich damit der Teilnahme an der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben in dem Land, wo die Produkte verbraucht werden, entziehen und damit einen Konkurrenzvorteil erlangen will, werden sinnlos. Jedes Produkt nimmt im Verbrauchsland über den Preis, der mit der Steuer belastet wird, an dieser Finanzierung teil. Sofern Entlastungen zunächst im Preis weitergegeben werden, würde dies zu keiner Verteuerung führen, sondern eine reine Umfinanzierung darstellen. Wo ein Teilungswille in einer Gesellschaft vorhanden ist, kann er nun nicht mehr mit Wettbewerbsgründen wirkungslos gemacht werden. Es gäbe keinen „Sachzwang“ zur Senkung öffentlicher Ausgaben mehr, wir könnten über ihre Höhe wieder selbst entscheiden.

Das alles spricht für mehrwertsteuerartige Finanzierungen. Über die Mehrwertsteuer können wir allgemeine Staatsausgaben finanzieren, die Technik der Mehrwertsteuer können wir aber auch für einen zweckgebundenen Sozialausgleich nutzen, von dem dann auch jeder sicher weiß, dass er nicht zweckentfremdet wird. Allerdings wird man lernen müssen, sich auf dem verminten Gelände geschickt zu bewegen. Es lohnt die Mühe, denn ohne eine solche Veränderung des Systems der Steuern und Abgaben sind Gemeindefinanzierungen unter Globalisierungsbedingungen nicht hinreichend finanzierbar.

Mehrwertsteuer, Konsumsteuer, Ausgabensteuer¹¹

Ich komme zurück auf die Frage nach dem Verhältnis von Mehrwertsteuer und Ausgabensteuer bzw. der Ergänzungsbefähigung der Mehrwertsteuer. Diejenigen, die die Konsumsteuer in Form der Mehrwertsteuer für ausreichend halten, argumentieren, dass doch letztlich alles Konsum wird. Wenn ich ein großes Erbe mache, dann kann ich damit selbst kaufen, dann zahle ich Konsumsteuer; ich kann es verschenken, dann zahlt der Beschenkte Konsumsteuer, oder ich lege es an, dann kauft der Kreditnehmer damit und auch dabei fällt dann wieder Konsumsteuer an. Das scheint ja auch unmittelbar einzuleuchten. Aber was ist mit dem Zeifaktor? Was passiert zwischen Einnahme und Ausgabe?

Durch Geldvermögen habe ich einen Liquiditätsvorteil und die damit verbundene Macht, die Arbeit anderer zu kommandieren. Ich habe auch die Möglichkeit, das Geld in jene Kreisläufe einzuspeisen, die zur Finanzkrise geführt haben. Daher das Plädoyer dafür, genauer hinzuschauen und sich konsequent daran zu orientieren, wo Leistung erbracht und wo Leistung in Anspruch genommen wird. Wenn ich das genau nehme, ist letzteres eben nicht nur beim klassischen Konsum der Fall. Sondern Leistung nehme ich auch da in Anspruch, wo ich etwa Boden nutze und dadurch andere von dieser Nutzung ausschließe. Dafür wäre deshalb eine Kompensation erforderlich, ein Bodennutzungsausgleich. Das wäre eine solche zusätzliche Form einer Leistungsentnahmebesteuerung. Genauso ist es mit dem Geldvermögen. Ich müsste das Gelddepot mit einer sogenannten Demurrage-Gebühr (Liegegebühr) belasten. Und genau so müsste ich sagen: Wenn ich die Natur belaste, dann muss es - soweit diese Belastung nicht ganz vermieden werden kann - dafür eine Kompensation geben - einen Ökozins, eine spezielle Ressourcensteuer oder dergleichen. Das sind alles zusätzliche Einnahmemöglichkeiten des Staates, die systematisch in die Ausgabenbesteuerung einzubeziehen sind, wenn man diese im Kern als Leistungsentnahmebesteuerung versteht. Das ist aber zugleich auch ein erster Einstieg in die notwendige Umgestaltung der Verhältnisse des Bodenrechts und des Geldsystems.

¹¹ Vgl. hierzu auch C. Strawe: Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens. In: Karlsruher Symposium Grundeinkommen: bedingungslos, Karlsruher Universitätsverlag 2007.

Öl und Bewusstseins- wandel

Amerika nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko

Roland Benedikter

Das Jahr 2010 war von einem Ereignis gekennzeichnet, das in seiner Bedeutung weit über die mit ihm verbundenen Fakten und das Jahr seines Geschehens hinausweist. Es war ein Ereignis historischer Symptomatologie, in dem sich zentrale Stränge der Zeitentwicklung versammelten und zum einprägsamen Bild bündelten. Zugleich entwickelte sich die Gegenwart an diesem Ereignis aber auch weiter - und zwar sowohl passiv wie aktiv. Worum handelt es sich?

Am 20. April 2010 explodierte und sank die Bohrinself „Deepwater Horizon“ 80 km vor der amerikanischen Küste südlich von Louisiana. Dabei kamen 11 Menschen ums Leben, 23 wurden verletzt. Seitdem flossen pro Tag zwischen 7 und 8,5 Millionen Liter Erdöl ins Meer. Die Umweltkatastrophe ist allenfalls vergleichbar mit jener bisher größten, der Havarie des Öltankers „Exxon Valdez“ im Jahr 1989. Bis zur Abdichtung des Lecks zwischen 4. und 6. August 2010 traten nach vorsichtigen Schätzungen 780 Millionen Liter Öl aus. Man muss davon ausgehen, dass das Leck auch nach seiner Abdichtung und zusätzlichen Entlastungsbohrungen zur Stabilisierung der Versiegelung noch jahrelang Probleme bereiten wird. Das liegt auch daran, dass die Quell- und Entlastungsbohrungen bis zu 4000 m unter den Meeresboden reichen und dass Abdichtungen noch nie in so großer Tiefe vorgenommen wurden.¹ Voraussichtlich werden sich auch noch in Jahren Rückstände an Öl und Bekämpfungsmitteln im Meer befinden, die Fauna und Flora dauerhaft schädigen.² Das massive Fische- und Artensterben an der Golfmündung des Mississippi mit Millionen toter Fische innerhalb weniger Tage im September 2010 - also mehr als einen Monat nach der Erstabdichtung des Lecks - könnte davon nur

ein Vorbote gewesen sein.³ Im schlimmsten Fall wird zumindest zeitweise und lokal aus dem brüchigen Grund des Ölfeldes 1500 m unter der Wasseroberfläche - also in der völligen, ununterbrochenen Dunkelheit der Tiefsee, in der flächendeckende Kontrollen nur schwer dauerhaft möglich sind - immer wieder Öl austreten, auch wenn es bis zum 5. September 2010 gelang, den Ölaustritt dauerhaft zu stoppen und das Leck stabil abzudichten.⁴

Ergebnis war die größte Ölkatastrophe der Menschheitsgeschichte; zugleich die größte Umweltkatastrophe der USA seit deren Gründung. Sie wurde nicht zufällig mit drei Namen belegt:

1. als das „Tschernobyl des Öl-Zeitalters“⁵;
2. als das „Tschernobyl Amerikas“⁶; und
3. als das „Tschernobyl Barack Obamas“⁷ (zeitweise auch als „Hurrikan Katrina“ Barack Obamas“⁸, womit im Wesentlichen dasselbe gemeint ist).

Wie ein genauerer Blick auf Ursachen, Hintergründe und Folgen der Katastrophe zeigt, sind alle drei Bezeichnungen zutreffend - und zwar tiefgehender und weitreichender, als es zunächst scheint. Vor allem das *Zusammenspiel* desjenigen, was mit diesen drei Schlagworten umrissen ist, wird in den kommenden Jahren für Politik und Gesellschaft bedeutend.

I. Phänomenologie einer Menschheits-Katastrophe

Venice, Louisiana: Etwas mehr als 50 Meilen vor der Küste dieses 500-Einwohner-Städtchens lag die Bohrinself in der Karibik, über 1500 m über dem Meeresgrund schwimmend. In Venice gingen die „Ölarbeiter“ an Bord, hier kehrten sie an Land zurück. Rechnet man die nähere Umgebung dieses Andockstädtchens dazu, kommt man auf knapp 3000 Bewohner. „Das Ende der Welt“ („the end of the world“) lautet sein Spitzname im amerikanischen Volksmund aufgrund seiner Lage am südlichen Ende der „great river road“, der „großen

3 C. Jiménez: Mysteriöses Fischsterben in Louisiana. In: Süddeutsche Zeitung, 17.09.2010, <http://www.sueddeutsche.de/wissen/golf-von-mexiko-mysterioeses-fischsterben-in-louisiana-1.1001278>.

4 AFP: US-Behörden geben bei Ölleck im Golf von Mexiko Entwarnung, 05.09.2010.

5 Siehe z. B. M. Amann und W. von Petersdorff: Das Tschernobyl des Öl-Zeitalters? In: FAZ, 06.06.2010, <http://www.faz.net/s/Rub47C2F00B5F984DC2A4997324448B2EA2/Doc~E97CD48357393423184D375DC2F5452D3~ATpl~Ecommon~Spezial.html>.

6 Z.B. A. Nadal: Gulf Oil Spill: America's Chernobyl. In: Foreign Policy in Focus, 03.06.2010, http://www.fpif.org/articles/gulf_oil_spill_americas_chernobyl.

7 Z.B. M. Bleskin: Obamas Tschernobyl? In: NTV.de, 03.06.2010, http://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Obamas-Tschernobyl-article904203.html. Dazu existiert auch eine eigene Internetseite, propagandistisch betrieben von Obama's politischen Gegnern: Obama's Chernobyl: <http://www.obamaschernobyl.com/>.

8 Z.B. C. v. Marschall: Obamas Katrina. In: Die Zeit, 02.05.2010, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-05/obama-oelpest-usa>. Vgl. M. Rüb: Die Ölkatastrophe in Amerika: Obamas Katrina. In: FAZ, 28.05.2010, <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E6F2A27F7845048859FA860C2B700A20E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, sowie die ausführlichere Analyse bei M. Hall, R. Jervis und A. Levin: Is oil spill becoming Obama's Katrina? In: USA Today, May 27, 2010, http://www.usatoday.com/news/washington/2010-05-27-Spill-poll_N.htm.

1 AFP: BP setzt neue Glocke auf leckes Bohrloch im Golf von Mexiko, 13.08.2010.

2 AFP: BP beginnt mit dauerhafter Versiegelung des lecken Bohrlochs, 05.08.2010. U.a. in: <http://de.news.yahoo.com/2/20100805/tts-bp-beginnt-mit-dauerhafter-versiegel-clb2fc3.html>.

Flusstraße“ der USA, die von der Mitte Amerikas in den Golf von Mexiko zieht.

Venice: Aus europäischer Sicht eine gewiss ebenso seltsame wie - zumindest assoziativ-bemerkenswerte Namensgleichheit. Nur zufällig ein Ort, der den Namen mit Venedig teilt, jener historischen Achsen-Metropole der Renaissance, in der sich der moderne Merkantilismus, der moderne Kapitalismus und mit ihnen der moderne Materialismus entscheidend mit herausbildeten, deren gemeinsames Wahrzeichen, ja deren Inbegriff seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Erdöl ist? Nicht nur der einflussreichste italienische Dichter des 20. Jahrhunderts, Pier Paolo Pasolini (1922-1975), war der Ansicht, dass im „Petroleum“ alle Stränge der Neuzeit zusammenlaufen und ihre mit Abstand wichtigste symbolische Verdichtung erfahren: Von den Problemen des Kapitalismus und der Arbeitsteilung bis zur sozialen Ungleichheit; von den Chancen und Abgründen des (zunächst *politisch* Herrschaft asymmetrisch ausübenden) Imperialismus bis hin zum geographischen Nord-Süd-Gefälle des (nun *ökonomisch* Herrschaft asymmetrisch ausübenden) Postimperialismus; von der Abhängigkeit von der Natur bis hin zur selbstzerstörerischen Ausbeutung der Natur; von der Modernisierungsideologie bis hin zum ihr allzu oft zugrundeliegenden geistigen Festhalten am Althergebrachten: dem „Klebrigen“, „Rußig-Schwarzen“ einer hierarchisch und autoritär organisierten (Welt-)Gesellschaft und ihrer (im nur allzu wörtlichen Sinn) „zähen“ Vergangenheits-Anhaftung. Pasolini ging in seinem Spätwerk sogar so weit, das „Erdöl“ als das Symbol der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schlechthin zu erkennen, an dem sich die gesamte aufgeklärt-moderne Gesellschaft der westlichen Welt in ihrer „Stoffeigenschaft“ finden, analysieren und perspektivieren ließe - ein Symbol allerdings, das nicht für eine Zukunft, sondern für ein nahes „Ende der Welt“ stehe. Für das Ende jedenfalls derjenigen Welt, die wir bisher kannten, und die sich nun aus ihren eigenen Unmöglichkeiten und existentiellen Widersprüchen heraus selbst zu überschreiten beginne.⁹ Pasolini fand dies so wichtig, dass er mit wenig mehr als 50 Jahren (1972) ankündigte, er werde noch ein Jahrzehnt, vermutlich sogar bis zu seinem Tod nur noch an einem einzigen Werk: am Roman „Petroleum“ arbeiten, welches die Phänomenologie eines unausweichlichen „Endes einer Welt“ aus seiner eigenen Logik heraus, sowie dessen daraus erwachsende „Verwandlung in einen Neuanfang“ beinhalte.

II. Die Gesetzmäßigkeit sozialer Veränderung mittels kultureller und symbolischer Symptomereignisse: Differenz und Wiederholung

In Anbetracht der Ölkatastrophe in den USA des Jahres 2010 erstanden für viele europäische Intellektuelle

⁹ Zum zentralen Zusammenhang zwischen dem „Spätkapitalismus“ der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und dem Rohstoff Erdöl siehe in künstlerischer Gestaltung P.P. Pasolini: *Petrolino. Romanfragment* (1975/1992), Berlin 1994. Eine gute Kurzzusammenfassung findet sich in: http://it.wikipedia.org/wiki/Petrolino_%28romanzo%29.

(zumindest derjenigen einer gemäßigt ausbalancierten „mitte-links“- und „grün“-Neigung) zentrale Ideologeme dieser Grundanschauung von „Öl“ neu. In jedem Fall schien die Ölkatastrophe für die amerikanische Golfküste in der Tat „das Ende der Welt“ einzuleiten - zumindest jener Welt, die die meisten Amerikaner bis dahin gekannt hatten.

Dieses „Ende der Welt“ kam für die USA ebenso überraschend wie hart. Und es folgte in seiner allmählichen Einprägung in die kulturelle Breiten-Psyché der USA einer ganz bestimmten Gesetzmäßigkeit sozialer Veränderung mittels kultureller und symbolischer Symptomereignisse. Der französische Philosoph Gilles Deleuze (1925-1995) hat darauf hingewiesen, dass sich öffentliche Ereignisse nicht aufgrund besonderer Einmaligkeit, sondern im Gegenteil mittels des Prinzips „Differenz und Wiederholung“¹⁰, genauer: „Wiederholung in Differenz“ ins kollektive Bewusstsein einprägen: dasselbe Ereignis mehrfach (Wiederholung) in verschiedenen Erscheinungsformen (Differenz). Erst indem sich dasselbe Symbolereignis mehrfach wiederholt, beginnt es damit, das kollektive Bewusstsein langsam in dessen Tiefendimensionen zu verändern. In diesem Sinn war die Ölkatastrophe ein Impuls zu sozialer Veränderung mittels der „differenzierten Wiederholung“ ein- und desselben kulturellen Signalereignisses - mit Wirkung auf das kollektive Bewusstsein der USA, vielleicht noch mehr auf das kollektive Unbewusste (und damit auch auf Amerikas verinnerlichte Ideale, den „amerikanischen Traum“). Denn was geschah im Zeitraum zwischen April und September 2010?

Die Ölkatastrophe war nicht nur ein einmaliges Ereignis, sondern ihre Logik der „Wiederholung mit Differenz“ erstreckte sich über ein halbes Jahr. Zwischen April und August 2010 scheiterten zahlreiche Versuche, das Leck einzudämmen. Die endgültige Versiegelung der Quelle wurde immer wieder verschoben. Der Ölkonzern BP - der Betreiber der Plattform - änderte immer wieder den Zeitplan. Bis zu den ersten Erfolgen im Juli 2010 bedeckte der Ölteppich bereits ein Gebiet in der Größe von Deutschland. Er erreichte im Juli 2010 den westlich angrenzenden Küstenstaat Texas, überschritt den Kern-Golfbereich gleichzeitig auch nach Osten hin und erreichte Florida und den Golfstrom. Er machte damit im Prinzip auch Europa für Rückstände erreichbar.

So groß war zeitweise die Verzweiflung, ja Panik bei BP und bei der US-Regierung unter dem Druck der immer besorgteren öffentlichen Meinung, dass der ernstgemeinte Vorschlag, eine Atombombe zu zünden, um das Leck „zuzuschmelzen“ wochenlang öffentlich diskutiert wurde - und das 40 Jahre nach der Einsicht der ersten Mondfahrer in die Verletzlichkeit des blauen Planeten! Spätestens jetzt wachte die amerikanische Öffentlichkeit auf - und mit ihr der einfache Durchschnittsbürger, für den Autofahren und billiges Benzin angesichts der riesigen Ausmaße des Landes in den vergangenen 60 Jahren so normal gewesen waren wie das tägliche Brot. Allein schon die Diskussion über eine Atombombenzündung in Nähe der US-Küste zeigte,

¹⁰ G. Deleuze: *Differenz und Wiederholung*, München 2007 (1968). Vgl. R. Benedikter: „Differenz und Wiederholung“. In: F. Volpi (Hg.): *Großes Werklexikon der Philosophie*, Band 1, München 1999, S. 357-358.

welcher außerordentliche Schwellenpunkt erreicht war - und bis zu welchem Punkt die utilitaristische Mentalität der führenden US-Persönlichkeiten im Umgang mit der Natur reichte. Viele Amerikaner fühlten sich wie in einem Traum - so sehr waren sie vor den Kopf gestoßen.

Ein weiterer aufsehenerregender Punkt war drei Monate nach der Katastrophe erreicht. Das Bohrloch war Anfang Juli zeitweise abgedeckt, als aus der umgebenden Region des Meeresgrundes die Erde „Öl zu bluten“ begann, wie es die Religiösen und Konservativen in den USA wahrnahmen. Damit erreichte die Symbolik eschatologische und religiöse Dimensionen, die in den USA besonders bedeutsam sind, da die überwiegende Mehrheit der Amerikaner in verschiedenen Abstufungen religiös ist und ohne Berührung dieser Dimension kaum größere Veränderungen in der Geisteshaltung möglich sind. Bis Anfang Juli hatten die Religiös-Konservativen auch angesichts des Ölteppichs und seiner Zerstörungen darauf beharrt, der Mensch „müsse ernten“, er habe ein Recht, die Natur zu seinem Vorteil auszubeuten und dabei zu schädigen, das Ölleck ändere also nichts am Ressourcenverbrauch und an der Naturbeziehung der USA als „Gottes eigener Nation“. Als jedoch die Erde „Öl zu bluten“ begann, deuteten dies eben jene religiösen Kreise als eine Art Kreuzigung der Erde - zur tiefen Erschütterung der amerikanischen Öffentlichkeit. Man begann damit, für die Abdichtung, ja sogar für das ausströmende Öl zu beten, um es zu besänftigen. Viele sahen plötzlich das ausströmende „Geschenk Gottes“ als eine Art „Vergeltung“ für übermäßigen Ressourcenverbrauch an - als ein Zeichen nämlich, dass es wie bisher nicht mehr weitergehe und eine Transformation mittels einer Transfiguration bevorstehe.

Zu dieser „Transfiguration“ zählten später viele auch die überraschende Entdeckung vom August 2010, dass sich der Ölteppich mithilfe einer bisher unbekanntes Mikrobenart schneller abbaue als erwartet: Eine bisher unbekanntes Mikrobenart könnte die gewaltigen Öl-Schwaden, die in rund 1100 Metern Meerestiefe gefunden wurden, bereits komplett abgebaut haben, heißt es in einer vom Fachjournal ‚Science‘ veröffentlichten Untersuchung. Die auf den Öl-Konsum spezialisierten Bakterien seien erstaunlich effektiv. Nach dem Untergang der ‚Deepwater Horizon‘ hatten Forscher im Juni eine rund 35 Kilometer lange Wolke aus kleinen Öl-Tröpfchen entdeckt. Die neu entdeckte Mikrobenart verwendet beim Fressen des Öls kaum Sauerstoff. Die Bakterien „sind in ungewöhnlich großer Menge in den Schwaden aufgetreten [...] Bei dem Tempo, in dem sie das Öl zersetzen, könnte die Öl-Wolke schon verschwunden sein, schreiben die Wissenschaftler - allerdings sei das nicht sicher und müsse noch überprüft werden.“¹¹ Man muss kein Freund von Science Fiction sein, um - wie die Mehrheit der Amerikaner - solche Entdeckungen mit mehr als gemischten Gefühlen zu begleiten.

Der Umgang mit der Katastrophe geriet angesichts ihrer langen Dauer und der in USA üblichen Form der öffentlichen Behandlung von Umweltfragen teilweise ebenso chaotisch und widersprüchlich wie hollywood-

11 DPA: Studie: Neue Mikrobenart vernichtet Öl im Golf von Mexiko schnell, 26.08.2010. Vgl. dazu auch AFP: BP beginnt mit dauerhafter Versiegelung des lecken Bohrlochs, 05.08.2010.

reif. So setzte der Schauspieler Kevin Kostner mit viel öffentlichem Glamour im Gefolge einer offiziellen US-Kongressanhörung eine von ihm patentierte, neuartige Maschine zur Ölabsaugung und Trennung von Öl und Wasser ein. Er hatte sie im Zusammenhang mit seinem Film „Waterworld“ (1995) - er spielt in einer apokalyptischen Zukunft, in der die Pole abgeschmolzen sind und die Welt fast vollständig von Wasser bedeckt ist - entwickelt, als die Filmarbeiten die Meeresumwelt beschädigten. Daneben wurde - ebenfalls mit viel öffentlichem Aufsehen - das größte Arbeitsschiff der Welt, „A Whale“, dazu bestimmt, das ausgetretene Öl aufzunehmen. Dabei hätte dieses Schiff eigentlich gar nicht vor der US-Küste arbeiten dürfen, da geltende US-Gesetze fremden Schiffen das Operieren in Küstennähe untersagen. Anfang Juli 2010 hieß es: „In A Whale werden große Hoffnungen gesetzt: Das Schiff von der Größe von vier Fußballfeldern soll täglich bis zu 80 Millionen Liter ölverschmutztes Wasser aufsaugen und reinigen können; fast so viel, wie alle anderen Schiffe zusammen in zehn Wochen säuberten. Allerdings drohen neue Unwetter über den Küsten, die die Arbeiten weiter erschweren dürften.“¹² Auch diese Meldungen weckten die amerikanische Öffentlichkeit mit ihrer starken Signalwirkung und Symbolkraft auf: Geltende Gesetze - in welche Amerikaner im allgemeinen aufgrund ihres positiven, ja emphatischen Begriffs von „Nation“ ein viel größeres Vertrauen setzen als Europäer - erwiesen sich als ungeeignet, ja hinderlich. So schlimm war die Lage, dass Hollywoodstars Phantasiemaschinen aus apokalyptischen Filmen einsetzen mussten? Und die Metapher des fremden „Wales“, der helfen müsse, das Unglück wiedergutzumachen, indem er das Öl vor der heimatischen Küste aufsaugt, beeindruckte mit ihrer biblischen Anspielung auf Jonas und den Wal viele gläubige Menschen bis zur Grenze der Unerträglichkeit. Das ging weit über die „Moby-Dick“-Assoziation¹³ hinaus, welche für das moderne amerikanische Identitätsbewusstsein und seine Symbolik der Tiefenambivalenz von „gut“ und „böse“ ebenfalls überaus bedeutsam und tief eingepägt ist.

Doch der symbolischen Bezüge war damit noch kein Ende. Wochenlang wurde in US-Boulevardzeitungen darüber diskutiert, dass - und warum ausgerechnet - das Leck im Ölfeld „Macondo“ lag. „Der Name Macondo bezieht sich auf eine Phantasiestadt, in der der Roman ‚Hundert Jahre Einsamkeit‘ von Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez spielt. Ölfördernde Unternehmen vergeben häufig Codenamen, welche den genauen Fundort nicht verraten und einprägsamer sind als technische Bezeichnungen oder Koordinaten.“¹⁴ Besser als mit „Hundert Jahre Einsamkeit“ hätte man die Hilflosigkeit der meisten Amerikaner angesichts der nicht enden wollenden Reihe gescheiterter Abdichtungs- und Säuberungsversuche nicht beschreiben können. „Hundert Jahre Einsamkeit“ wurde aber auch zum Synonym für eine Hochrisiko-Ölförderung, die sich ganz offensichtlich von der Bevölkerung und ihrer

12 AFP: Supertanker im Kampf gegen Ölpest noch nicht im Einsatz. In: <http://de.news.yahoo.com/2/20100706/tts-supertanker-im-kampf-gegen-oelpest-n-clb2fc3.html>, 06.07.2010.

13 H. Melville: Moby Dick, or: The Whale. A Novel. London 2009 (1851).

14 Macondo-Ölfeld. In: [http://de.wikipedia.org/wiki/Macondo-%C3%96lfeld](http://de.wikipedia.org/wiki/Macondo%C3%96lfeld).

Regierung abgekoppelt hatte und völlig selbstständig ohne Rücksicht auf andere ihren Geschäften draußen im Meer nachzugehen schien. Millionen Amerikanern wurde erst hier deutlich, welche Kluft sich zwischen der völligen Ungebundenheit und Regellosigkeit des „neoliberalen“ Wirtschaftsgebarens und dem allgemeinen Wohl durch die radikale Deregulierung der Bush-Jahre aufgetan hatte - nun erstmals auch den Konservativen, den oppositionellen „Republikanern“.

Es waren nicht zuletzt diese symbolischen Bezüge durch „Differenz und Wiederholung“, die die Wut und Sorge vieler Amerikaner schrittweise anstachelten - nun zunehmend auch jener schweigenden Mehrheit, welche gewohnt war, angesichts der Größe der amerikanischen Landmasse Umweltkatastrophen als wenig belangvoll oder als unausweichliche, temporäre Nebenwirkungen des „guten Lebens“ anzusehen. Erst damit erwachte in den USA in breiterem Maße ein Bewusstsein davon, was im Verhältnis zwischen Wirtschaft, Natur und Allgemeinwohl vorging, vor welchen ungelösten Problemen man als Erbe der Bush-Jahre stand - und dass es sich hier nicht nur um einen oberflächlichen Schaden, sondern um ein tiefes Problem von grundsätzlichen Dimensionen für Amerika und seine Zukunft handle.

Es war beinahe eine Ironie der Geschichte, als zu einem Zeitpunkt, da sich dieses Bewusstsein bereits weitgehend in der amerikanischen Öffentlichkeit entwickelt hatte, zwei weitere, subtil unterbewusst wirksame „Wiederholungen mittels Differenz“ gewissermaßen noch eine symbolische Betonung draufsetzten. Anfang August 2010 ereignete sich eine in mancherlei Hinsicht vergleichbare Ölpest in China; sie verwüstete eine ganze Stadt und forderte viele Tote. In den heute unter Barack Obama bereits sehr stark auf den Pazifik - und auf eine künftige Konkurrenz mit China - orientierten USA wurde sie viel stärker wahrgenommen als in Europa.¹⁵ „Mit ungeheurer Wucht explodierten am 16. Juli 2010 zwei Ölpipelines in der Hafenstadt Dalian am Gelben Meer, rund 800 Kilometer östlich von Peking. Das Unglück passierte bei der Entschwefelung von Rohöl. 15 Stunden brauchte die Feuerwehr zum Löschen - die Stadt versank unter dichten Rauchschwaden. Nur mit Atemmasken und schweren Schutzanzügen konnten die Feuerwehrleute auf der Unglücksstelle arbeiten. Bei der Explosion liefen etwa 1,5 Millionen Liter Rohöl ins Meer, nach Schätzungen der New York Times eine der größten Ölkatastrophen Chinas in den vergangenen Jahren.“¹⁶ Und Anfang September, als das Leck gerade abgedichtet war, ereignete sich die beinahe identische Explosion einer zweiten Ölplattform vor der US-Südküste nur wenige hundert Kilometer westlich der „Deepwater Horizon“. Auch wenn diesmal

¹⁵ Vgl. R. Benedikter: Weltanschauung und Politik in den heutigen USA. Barack Obama und der „neue Kulturkampf“ um die Führung der anglo-amerikanischen Weltmacht. In: Journal for Interdisciplinary Research on Religion and Science JIRRS, edited by the State University Universitatea Alexandru Ioan Cuza Iasi, Romania, Center for Interdisciplinary Research on Religion, Philosophy and Science, Issue No. 7, August 2010, pp. 175-198; sowie R. Benedikter: Hoffnungsträger Barack Obama? Anmerkungen aus europäischer Sicht. In: Die Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte. Politische Kulturzeitschrift. Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung Berlin. 63. Jahrgang 2009, Heft 1/2009, S. 17-21.

¹⁶ Die Zeit: Ein Hafen versinkt im Öl. In: Die Zeit online, 28.07.2010, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-07/fs-dalian>.

nur vergleichsweise wenig Öl austrat, war die Wahrnehmung der amerikanischen Öffentlichkeit übergroß. Diese zweifache neue „Wiederkehr“ des Öls prägte das Trauma der Katastrophe und das Nachdenken über grundsätzliche Dimensionen von Öl, Wirtschaft und Zukunft noch tiefer ins öffentliche Bewusstsein der USA ein.

III. Innenpolitische Wirkungen

Der aus alledem mittels „Differenz und Wiederholung“ nicht mehr nur einfach, sondern nun „geschichtet“ erwachsende kollektive Schock zeitigte zusammenfassend Wirkungen nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer und kultureller Art. Er erzwang politische Reaktionen ebenso, wie er bestehende Verhältnisse verbildlichte - und zwar nicht nur im Hinblick auf die Stopfung des Lecks und die Säuberung der US-Golfregion, sondern auch bezüglich der Möglichkeit eines tiefergehenden Bewusstseinswandels der USA in Umweltfragen.

Unter diesen Reaktionen war einerseits eine folgenreiche Begriffsveränderung in der US-Öffentlichkeit: Erdöl wurde vom „schwarzen Gold“ zum „schwarzen Gift“, und vom „Ölsegel“ zur „Ölpest“. Der pejorative Dauergebrauch dieser neuen Begriffsassoziationen ist im Gefolge der Katastrophe derzeit dabei, die Wahrnehmung des Erdöls seitens der Amerikaner nachhaltig von „uneingeschränkt positiv“ zu „zweifelhaft“ bis „ersetzungsbedürftig“ zu verändern - auch wenn es unsicher bleibt, ob der Durchschnittsamerikaner dabei nur an den Rohstoff Erdöl oder auch an seine wirtschaftlich und kulturell breitenrelevanten Derivate wie Treibstoffe und Plastik denkt. Das wäre der eigentlich entscheidende Punkt, um Verhalten im konkreten Alltag der Lebensführung zu ändern, auch wenn fraglich bleibt, wie lange diese negative Begriffsassoziation anhalten wird: ob sie bis zum voraussichtlichen Ende des Öls in etwa 30-50 Jahren wirkt, oder ob sie nur eine Kurzzeitercheinung bleibt.

Immerhin ergingen nun in den USA und Europa Verbote von Ölbohrungen, sogenannte „Ölmoratorien“: „Angesichts der Ölkatastrophe forderte die EU-Kommission einen Stopp für Tiefsee-Bohrungen in der Nordsee. EU-Energiekommissar Günther Oettinger rief die Mitgliedsstaaten dazu auf, für europäische Gewässer neue Bohrungen unter extremen Bedingungen vorerst nicht mehr zu genehmigen. Umweltschützer fordern ein Verbot für alle Bohrungen unterhalb von 200 Metern Tiefe. Einen Grenzwert will Oettinger aber nicht festlegen. US-Präsident Barack Obama hat bereits einen befristeten Bohrstopp verkündet. Ein halbes Jahr lang (bis Ende November 2010, R.B.) dürften in Tiefseegewässern vor den US-Küsten keine neue Probebohrungen gemacht werden. Mit diesem Vorstoß scheiterte Obama allerdings bereits zwei Mal vor Gericht, so dass eine Neufassung des Moratoriums entworfen werden musste.“¹⁷

¹⁷ DPA: Neuer Rückschlag im Kampf gegen Ölpest, 14.07.2010.

Auch hier besteht jedoch eine verborgene Ironie, die zwar den meisten Amerikanern sehr wohl, vielen Europäern aber bislang nicht ausreichend bewusst ist. Weniger als drei Wochen vor der Ölkatastrophe, am 31. März 2010, hatte Obama trotz erheblichem Risiko noch öffentlich eine Offensive für neue Ölbohrungen vor der US-Küste in Aussicht gestellt - und zwar auf der unveränderten Grundlage der ultra-liberalen Bestimmungen seines Vorgängers George W. Bush jr. Von Sinneswandel im Umgang mit der Natur war bis dahin bei Obama (im Gegensatz zu anderen bedeutenden Zukunftsfragen wie Reform des Gesundheitssystems, Reform des Finanzsystems, Weltfrieden, globale Rolle der USA als führender „Demokratiemacht“, geostrategischer Abwendung von Europa und Hinwendung zu Asien oder Kriegsführung in Irak und Afghanistan) kaum eine realpolitische Spur. Bis zur Ölkatastrophe.

Dass zudem zeitgleich Mitte Juli 2010 nach mehr als einjährigen Verhandlungen eine Kernagenda Obamas, das erste umfassende US-Klimaschutzgesetz, das eine Reduktion der Emissionen der USA bis 2020 auf 17% unter das Niveau von 2005 vorsah, wegen des anhaltenden Widerstands der oppositionellen „Republikaner“ im US-Senat scheiterte¹⁸, wobei die regierende „Demokratische Partei“ mit wenig Widerstand, zum Teil aber im unheiligen Tausch mit anderen Agenden, aufgab, ist kein ermutigendes Zeichen. Es zeigt, dass die Stimmung in der breiten amerikanischen Bevölkerung unter dem Eindruck der Ölkatastrophe bereits weiter ist als die politischen und strategischen Klein-Klein-Logiken ihrer institutionellen Vertreter. Allerdings hatte ja Obama noch kurz vor der Ölkatastrophe den Republikanern im Tausch gegen ihre - letztlich verweigerte - Zustimmung zum Gesetz ausgerechnet neue Ölbohrungen weit vor der US-Südküste, in Kalifornien und Alaska (sogenanntes Offshore drilling) zugesagt.¹⁹

Ein dritter und letzter auffällender Widerspruch in der US-innenpolitischen Konstellation schließlich war, dass viele Unter- und Mittelklasse-Angehörige in den US-Golfstaaten trotz des allgemeinen, tiefgehenden Schocks zugleich froh sein mussten - und tatsächlich waren -, dass die Ölkatastrophe zusätzliche Einkommensmöglichkeiten, sprich „Jobs“ brachte. Paradoxaerweise herrschte daher in den unmittelbar an die Katastrophe angrenzenden Regionen, den mit Abstand ärmsten der USA, nicht nur Verzweiflung, sondern auch Freude über den Ölaustritt. Viele bisher Arbeitslose konnten mit Ausgleichs- und Säuberungs-Geldern von BP und verschiedenen US-Staatsfonds bei der Säuberung beschäftigt werden, auch wenn insgesamt durch die Ölkatastrophe die regionale Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 2010 leicht (um 0,2%) anstieg.²⁰ Man muss dazu jedoch zweierlei wissen:

Erstens, dass dieser Anstieg in keinem Vergleich zum Zuwachs der Arbeitslosigkeit aufgrund der Finanzkrise 2007-10 steht, die mit 4-5% beziffert wird.²¹

Zweitens, dass die Arbeitslosigkeit im Süden nicht zuletzt deshalb die höchste der USA ist, weil die Südküste, im Unterschied zu anderen Teilen der USA (wie etwa Alaska) von „ihrem“ schwarzen Gold praktisch gar nichts hat, da fast alle entsprechenden Gewinne an die Nationalregierung in Washington DC fließen. Daher fühlt sich der Süden hier zu Recht binnennational ausgebeutet. Faktisch werden die meisten ehemaligen „schwarzen Südstaaten“ der USA, darunter Louisiana, immer noch wie US-interne Kolonien behandelt. Daraus ergibt sich eine - systemisch veranlagte, und als solche von der „schweigenden Mehrheit“ gebilligte - prekäre Situation der erwerbstätigen Unter- und zum kleineren Teil auch bereits Mittelklasse-Bevölkerung im Süden der USA. Sie musste über die Katastrophe froh sein, weil damit Chancen auf Arbeit und Einkommen entstanden, während sie im „Normalzustand“ faktisch aus dem Erwerbszyklus ausgeschlossen ist.

Auch diese beiden Aspekte traten durch die Ölkatastrophe ins breitere Bewusstsein der Amerikaner - wohl so stark wie seit dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs 1865 nicht mehr. Allerdings stellt sich die Frage, ob das Bewusstsein von Arbeitsmarktdaten einerseits und US-internen Reichtums- und Verteilungs-Asymmetrien andererseits ein genügend kräftiger Anlass zur Neuorientierung sein kann.

Barack Obamas Administration ist zu diesen Punkten im Gefolge der Katastrophe jedenfalls von einer zunehmend breiten US-Öffentlichkeit herausgefordert.

IV. Drei Tschernobyls?

Insgesamt häufte sich im Umfeld der Katastrophe eine ungewöhnliche Vielzahl symbolischer Ironien jener „Epoche der Übergänge und der Enden“: der „globalen Systemverschiebung“, in der wir leben. Diese Häufung erfolgte erstmals seit Jahrzehnten nicht mehr nur im Bewusstsein der Eliten, die bekanntlich traditionell in der anglo-amerikanischen Welt weit wichtiger und einflussreicher sind als in Europa²², sondern nun offen vor den Augen der breiten Öffentlichkeit. Viele US-Amerikaner wurden durch die Katastrophe zum ersten Mal bewusst auf zentrale Systemprobleme der USA aufmerksam. Diese verdichteten sich im Bild der Ölkatastrophe und ihrer zahllosen, auf tausenden US-Fernseh- und Radiokanälen über Monate hin allgegenwärtigen Begleiterscheinungen zur individuellen und kollektiven Imagination.²³

18 FAZ: Fehlende Mehrheit im Senat. Klimaschutzgesetz in Amerika gescheitert. In: FAZ, 23.07.2010, <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc-EDF20FA003D9F4BC4BD86E54356CCE545~ATpl~Ecomon~Scontent.html>.

19 ZDF heute.de Magazin: Ölpest bedroht Obamas Umweltgesetz. Skepsis gegenüber Offshore-Bohrungen wächst. In: ZDF heute.de Magazin, 30.04.2010, <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/4/0,3672,8068388,00.html>.

20 AFP: Ölpest im Golf von Mexiko könnte 100.000 Stellen kosten, 21.07.2010.

21 Vgl. dazu ausführlich R. Benedikter: Social Banking and Social Finance: Answers to the Economic Crisis. Springer Briefs Series, No. 1, Springer New York 2010.

22 Vgl. C. Quigley: Tragedy and Hope. A History of the World in our Time, G. S. G. & Associates 1975; sowie ders.: The Anglo-American Establishment, G. S. G. & Associates 1981.

23 Sogar das Ausfließen des Öls selbst wurde ständig live übertragen und von Millionen Amerikanern im Internet verfolgt. Siehe die live-Übertragung vom Bohrloch z.B. in: Bild.de, <http://www.bild.de/BILD/news/2010/07/14/bp-golf-von-mexiko-oelpest/test-auffang-glocke-verschoben.html>, aber auch die live-Kameras von BP selbst: http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/homepage/

Die Ergebnisse dieses Prozesses waren vielschichtig. Nennen wir hier der Kürze halber nur die drei wichtigsten:

Erstens - mittelbar vielleicht am wichtigsten - die wachsende Einsicht einer Mehrzahl der Amerikaner, dass „leichtes Öl“, das an der Erdoberfläche oder in geringer Meerestiefe gefördert werden kann, zu Ende geht; und dass die Risiken des „schwierigen Öls“, das wie im Fall der „Deepwater Horizon“ in 4000 m Bodentiefe unter einem 1500 m tiefen Meeresgrund gefördert werden muss, zu hoch werden, um die Zukunft dauerhaft zu sichern.²⁴ Hier beginnt sich im Gefolge der Katastrophe in den USA die Einsicht durchzusetzen: Öl steht für eine Epoche, deren Zeit abgelaufen ist. An seine Stelle muss etwas anderes treten. Die Ölkatastrophe war in dieser Hinsicht tatsächlich bis zu einem gewissen Grad das symbolische „Tschernobyl“ jenes Öl-Zeitalters, das die vergangenen zwei Jahrhunderte dominierte.

Ein zweites Ergebnis war die Frage vieler Amerikaner: Wie ist es möglich, dass die neue US-Führung ein Umdenken in Sachen Umwelt anstrebt, dass aber die globalen Strategien der US-Vorherrschaft weiterhin auf einem völlig unrealistischen, nicht nachhaltigen Lebensstil des billigen Benzins, der billigen Energie und des billigen Öls aufgebaut bleiben - ja dass dieser amerikanische „way of life“ sich heute sogar noch auf den „Gebrauch“ von Ebenen der natürlichen Welt ausdehnt, die bisher verschont geblieben waren? Wie ist es - um nur ein wichtiges Beispiel zu nennen - möglich, dass die natürliche Umwelt zunehmend als Waffe konzipiert und gebraucht wird? Die Umwelt, und mit ihr die natürliche Welt insgesamt, wird heute seitens der Führung der USA viel weitergehend als jemals zuvor zum Bestandteil von Macht- und Kriegsstrategien - wenn auch angeblich nur „zur Abwehr“ von ähnlichen Strategien potentieller Gegner, womit im Regelfall (wenn auch meist wohlweislich noch unausgesprochen) China gemeint ist, das rasch zur zweiten Supermacht neben den USA aufsteigt. Eine größere Anzahl von Amerikanern wurde durch die Ölkatastrophe auf die grundsätzliche Problematik des wachsenden militärischen Umwelt- und Naturbezugs von US-Entwicklungen aufmerksam, die mit intensiven Anstrengungen für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts auf eine „Neurokriegsführung“²⁵ (neurowarfare) mittels technischer und chemischer Eingriffe in die menschliche Physis sowie in die Biosphäre (insbesondere den Wasserkreislauf) abzielen, aber auch auf das sogenannte „climate engineering“ (auch „geo-engineering“) des US-Militärs, das Aluminium- und

andere Nanopartikelwolken in der Atmosphäre versprühen und damit künstliche Wolkengebilde schaffen will, um eigene militärische Anlagen und Versuche vor Satelliteneinblicken zu schützen.²⁶ Ursprünglich als Gegenmaßnahme zur globalen Klimaerwärmung konzipiert²⁷, driftet das „climate engineering“ heute rasch in militärische Anwendungen ab. Doch wie kontrollierbar sind militärische Techniken wie Neurokriegsführung, Klimamanipulation oder künstliche Erzeugung von Erdbeben, wenn die „größte Nation der Erde“ trotz immenser Anstrengung und Milliardenaufwand ein Ölleck vor ihrer Küste nicht unter Kontrolle bringen kann? Die Verdeutlichung der Nicht-Nachhaltigkeit eigener Lebensstile und die Vorbereitung einer Umwelt-Kriegsführung bezeichnen in den Augen vieler Amerikaner ein „Tschernobyl Amerikas“ - für das die Ölkatastrophe wiederum Inbegriff und Sinnbild war.

Drittens: Obamas Umfragewerte stabilisierten sich im Verlauf der Katastrophe auf einem neuen Allzeit-Tief seiner Amtszeit, nämlich auf zeitweise unter 40% Zustimmung - und das im Jahr der für ihn und die Zukunft seiner Reform- und Erneuerungspolitiken so wichtigen Kongresswahlen im November. Bei diesen „wird zur Halbzeit der Amtsführung jedes US-Präsidenten, also vor Ende des zweiten Amtsjahres, ein Drittel aller Mitglieder im Kongress ausgetauscht, um der Bevölkerung eine institutionelle Antwort auf seine Politiken zu ermöglichen. Die Chancen, dass Obama bei diesen Zwischenwahlen trotz aller Widrigkeiten doch noch einen Erfolg erzielen könnte, stehen mittlerweile schlecht, nicht nur aufgrund der Ölkatastrophe, aber auch wegen dieser.“²⁸ Die Mehrzahl der US-Bevölkerung hat - nicht zuletzt wegen des langen Andauerns der Katastrophe und dem paradoxen gleichzeitigen Scheitern von Obamas modernisierungs- und oppositionsfreundlichem Klimaschutzgesetz - den Eindruck, dass der neue US-Präsident und sein Beraterstab umweltpolitisch auf der Stelle treten und sich gegen die Lobby-Mentalität des „alten“, traditionell „umweltverschwenderischen“ politischen Systems in Senat und Kongress nicht durchsetzen können. Dieses System ist nur allzu eng mit Wall Street, der internationalen - meist noch tendenziell umweltschädigenden - Finanzspekulation und mit den Interessen global agierender Großindustrieller des Ressourcengeschäfts (darunter BP) verbunden. In der Tat blockierte die radikal-konservative Opposition Obama im US-Kongress seit seinem Amtsantritt immer wieder erfolgreich. Sie nützte insbesondere auch die Probleme bei der Bekämpfung der Ölpest geschickt für ihre Propaganda aus - von anderen vor- und kontextpolitischen Strategieerfolgen der Rechtskonservativen, ihrer wachsenden Medienmacht und ihrer „vorpolitischen Bürgerbewegung“, darunter der sogenannten „Tea Party“, im Kampf um die „Weltanschauungshoheit“ der USA ganz zu schweigen.²⁹ Insofern war die Ölkatas-

STAGING/local_assets/bp_homepage/html/rov_stream.html und auf der eigenen unabhängigen Homepage zur Katastrophe: http://www.wkrq.com/gulf_oil_spill/spill_cam/. Andernorts waren sekundlich aktuelle Zahlen zum ausgelaufenen Öl ablesbar: <http://www.ustream.tv/pbsnewshour>. Nicht zuletzt anlässlich der Ölkatastrophe hat sich das Internet als Echtzeitmedium bewährt und seine Vorzüge - durchaus im Sinn von Bert Brechts Medientheorie der autonomen, direkten, ungeschnittenen und unkommentierten Teilhabe jedes Bürgers an Ereignissen weltweit - gegenüber Fernsehen und Radio unter Beweis gestellt.

24 A. Böhm: Öl - war da was? Bislang haben wir bei jeder Umweltkatastrophe dazugelernt. Diesmal nicht. In: Die Zeit Nr. 30/2010, 23.07.2010.

25 Vgl. Z. Lynch: Does The U.S. Need A Neurowarfare Strategy? In: Corante, May 4, 2009, http://brainwaves.corante.com/archives/2009/05/04/does_the_us_need_a_neurowarfare_strategy.php.

26 Vgl. z.B. J. Feichter and T. Leisner: Climate engineering: A critical review of approaches to modify the global energy balance. In: The European Physical Journal, Volume 176, Number 1, Springer International 2009, pp. 81-92.

27 „Geoengineering“. In: <http://en.wikipedia.org/wiki/Geoengineering>.

28 Vgl. zu anderen Gründen R. Benedikter: Weltanschauung und Politik in den heutigen USA, a.a.O.

29 Vgl. dazu die ausführliche Analyse in: R. Benedikter: Künstliches Fieber, kleine Flamme. Erste Schritte der USA unter Barack Obama. Eine Zwischenbilanz. In: Sozialimpulse, 20.

trophe zumindest temporär eine Art innenpolitisches „Tschernobyl Barack Obamas“.

Zusammenfassend zeigt eine kritische Beobachtung, dass die Ölkatastrophe aus binnenamerikanischer Sicht einer dreifachen Einsicht zum - zumindest seelisch-unbewußt empfundenen - Durchbruch verholten hat, wenn auch zunächst erst vorläufig und temporär:

1. Die Öl-Katastrophe war das „Tschernobyl des Öl-Zeitalters“. Dass dessen Ende bereits begonnen hat, wurde durch sie in das breitere amerikanische Bewußtsein gehoben.

2. Sie markierte aber auch ein „Tschernobyl der bisherigen USA“, da sich in ihrem Gefolge allmählich die Einsicht durchsetzt, dass auch die USA mit ihren riesigen Naturressourcen zur Nachhaltigkeit kommen müssen, wenn sie ihre führende Rolle in der Welt in den kommenden Jahrzehnten auch nur annähernd behalten wollen.

3. Und sie war wenigstens bis zu einem gewissen Grad auch das innenpolitische „Tschernobyl Barack Obamas“, zumindest im Hinblick auf die US-Kongresszwischenwahlen im November 2010. Ob das daraus erwachsende Tief Obamas im Wählerzuspruch anhalten wird, ist eine offene Frage, die von einer Vielzahl von Variablen und Faktoren abhängt, von denen (wie in der angewandten Politik üblich) viele aus gegenwärtigem Gesichtspunkt nicht vollständig kontrollierbar sind.

V. Rückkehr der Geschichte? Öl und „weicher“ anglo-merikanischer „Postimperialismus“

Aber das war noch nicht alles, was durch die Ölkatastrophe einem breiteren, nun endlich auch für Gewohnheits- und Kulturveränderungen relevanten Bevölkerungsanteil der USA klarer wurde - oder vielmehr in dieser Weise erstmals in das öffentliche Bewusstsein und seine „diskursive gemeinschaftliche Rationalität“³⁰ eindrang. Klarer wurde auch die Einsicht, dass die kommenden Jahrzehnte auf den vergangenen Jahrhunderten beruhen - ob das nun von den traditionell zukunftsorientierten, wenig historisch ausgerichteten, weil ideell noch immer „jungen“ USA gewollt und akzeptiert ist oder nicht. Die Ölkatastrophe regte in dieser Hinsicht eine „Wiederkehr der Geschichte“ in der US-Öffentlichkeit an. Ein neues historisches Bewusstsein der (im Kern ihrer Ideale tendenziell ahistorischen) USA wurde durch die Ölkatastrophe zumindest angestoßen - und mit ihm eine neue kritische Selbstbefragung der Grundlagen des eigenen politischen Systems und seiner ideellen und pragmatischen Wurzeln. Zugleich war die Ölkatastrophe ein weiterer Schlag gegen das bis heute von den US-Ultraliberalen vertretene Theorem

Jahrgang, Nr. 1/2009 (März), Stuttgart 2009, S. 19-22.

30 K. Hauser: Der Wert des Wissens. Instrumentelle Vernunft und kritische Bildungswissenschaft. In: R. Benedikter (Hg.): Kultur, Bildung oder Geist? Skizzen zur Gestalt der europäischen Humanwissenschaften im 21. Jahrhundert, Innsbruck und Wien 2004, <http://web.utaneet.at/hause244/Eigenewebside/subjekt03ibk.pdf>.

vom „Ende der Geschichte“³¹ (Francis Fukuyama), das mit dem Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus und Kommunismus 1989-91 angeblich eingetreten war. Was ist damit umrissen?

Von der öffentlichen Meinung wurde (mit wenigen Abstrichen) der internationale Ressourcen- und Energiekonzern British Petroleum (BP) als Hauptschuldiger der Katastrophe ausgemacht.³² Seine Sündenbockrolle wurde von der US-Regierung immer wieder aktiv und öffentlich unterstrichen, um von eigenen Versäumnissen, vor allem aber von einer unzumutbaren Gesetzeslage abzulenken, welche es Großkonzernen praktisch ohne soziale und mit nur lächerlichen Umwelt-Auflagen erlaubt, die Küstengegenden der USA auszubeuten. Bis Anfang September 2010 verursachte die Ölkatastrophe für BP acht Milliarden Dollar Kosten für Abdichtungsversuche und Säuberungsaufwand. Dazu kamen weitere 20 Milliarden Dollar für einen mit der US-Regierung ausgehandelten Schadenersatz-Fonds für Geschädigte sowie zur Vorbeugung gegen Strafklagen. Unter anderem hat der südliche US-Bundesstaat Alabama gegen BP Klage auf Milliardenentschädigung eingereicht.³³ Ergebnis war die Halbierung des (allerdings nur virtuellen) Börsen-Marktwertes der Firma, aber auch prominente Rücktritte, so zuletzt der des Firmenchefs Tony Hayward Ende Juli 2010. Aufgrund der Schadenersatzforderungen und der entsprechenden Börsenschwankungen drohte im Sommer 2010 sogar der finanzielle und organisatorische Zusammenbruch des Konzerns³⁴: „Der für die Katastrophe verantwortliche britische Ölkonzern BP kündigte den Verkauf von Firmenteilen im Wert von sieben Milliarden Dollar (5,5 Milliarden Euro) an. Die Tätigkeitsbereiche der Öl- und Gasförderung in den US-Bundesstaaten Texas und Neumexiko sowie in Kanada und Ägypten übernimmt der US-Konkurrent Apache. BP hatte angekündigt, Firmenteile im Wert von zehn Milliarden Dollar zu verkaufen, um die Kosten der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zu bewältigen.“³⁵

Doch wer ist BP eigentlich? Ist der BP-Konzern der „alleinig Schuldige“, als der er nun aus der Sicht der US-Medien erscheint? Mit anderen Worten: Ist BP eine isolierte, zerstörerische Kraft aus sich selbst heraus - oder nicht vielmehr ein systemisches Produkt der anglo-amerikanischen Expansions- und Herrschaftsgeschichte der vergangenen 200 Jahre, zusätzlich aufgebläht und freigesetzt durch den zügellosen Neoliberalismus der Bush-Jahre? Und wenn letzteres der Fall ist: Was bedeutet das? Steht die Ölkatastrophe dann nicht auch symbolisch für das Ende einer bestimmten Art von ökonomischem Imperialismus, der sich über zwei

31 F. Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Kindler 1992. Amerikanische Originalausgabe: The End of History and the Last Man. New York 1992.

32 Handelsblatt Düsseldorf: Ölpest kostet BP acht Milliarden Dollar - bis jetzt, 03.09.2010.

33 AFP: US-Bundesstaat Alabama verklagt BP wegen Ölpest, 14.08.2010.

34 Siehe z.B. M. Stingl: Briten bangen um ihr Flaggschiff. Der größte britische Konzern BP droht wegen der Öl-Katastrophe unterzugehen. Die Regierung schmiedet bereits Notfallpläne. In: <http://kurier.at/wirtschaft/2014463.php>, 06.07.2010; sowie Oberösterreichische Nachrichten: BP vor dem Zusammenbruch? 06.07.2010, <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,424713>.

35 AFP: Ölpest im Golf von Mexiko könnte 100.000 Stellen kosten, a.a.O.

Jahrhunderte entwickelte, die letzten zwei Jahrzehnte in historisch unvergleichlicher Weise dominierte, heute aber an seine Grenzen stößt?

BP ist in der Tat einer der größten Ressourcenkonzerne der Welt.³⁶ Vor allem aber ist BP - und eben dies ist es, was den Amerikanern im Rahmen der Katastrophe zum ersten Mal seit langer Zeit viel bewusster wurde als vordem - ein gigantischer Erbe des angloamerikanischen Kolonialismus mit mehr als 200 Milliarden Dollar an angehäuften Vermögenswerten in Infrastrukturen, natürlichen Bodenschätzen (Ölfelder, Mineralien) und Kapital. BP ist nicht nur ein internationaler Wirtschaftskonzern; er ist aktiver Teil der anglo-amerikanischen Machtstrukturen, die im Rahmen der ultraliberalen Epoche des Neoliberalismus mittels Deregulierung so mächtig wurden, dass sie seit den 1990er Jahren nicht nur nicht-westliche Gebiete, sondern immer stärker auch Teile der eigenen geopolitischen Sphäre wie Kolonien behandelten - darunter die US-Südküste.

Wie es scheint, holten BP im Rahmen der Ölkatastrophe nun vor allem die Schatten der Geschichte ein - und zwar nicht nur *seiner eigenen*, sondern der *Geschichte insgesamt*. Und mit ihr eine vergangenheitsorientierte Globalpolitik der US-Regierung, gleichzeitig auch der anglo-amerikanischen Weltherrschaft seit 1989-1991. Inwiefern?

Die Ölkatastrophe warf ein Licht darauf, wie „Postimperialismus“ in den vergangenen Jahrzehnten funktionierte. Es war ein Imperialismus der geostrategischen Machtausübung des „Westens“ nicht mehr allein mit militärischen oder politischen Mitteln, sondern vor allem auch mit Hilfe international tätiger ökonomischer Konzerne. Diese, formal unabhängig, sicherten sich auf einem liberalisierten Weltmarkt Ressourcen und Einflussphasen und konnten dadurch den Zentren, in denen ihre Macht konzentriert war, globalen Einfluss sichern - und zwar mittels Besitz und Kontrolle der Produktionskraft. Es war dies eine „weiche“ Strategie, andere Weltgegenden ganz legal dadurch zu beherrschen, dass man mittels großer Konzerne Besitz von ihnen ergreift. Denn während militärische und politische Mittel schnell an feste Grenzen und direkte, „harte“ Opposition stoßen, sind Wirtschaftsverhältnisse im Zeitalter der Globalisierung ihrer Natur nach porös: sie erlauben Durchdringung und Wechselseitigkeit. Der deutlichste Beispielfall für die dadurch möglichen Strategien der Sicherung geopolitischer Einflussphasen mittels Wirtschaft in den 1990er Jahren war die Finanz- und Wirtschaftskrise Thailands, die wesentlich durch den Aufkauf des Immobilien- und Finanzmarktes seitens anglo-amerikanischer Großinvestoren sowie durch entsprechende Spekulationen hervorgerufen wurde.³⁷ Faktisch erhielten anglo-amerikanische und westliche Großkonzerne von den westlichen Regierungen alle Unterstützung, um global zu agieren und dementsprechend den Einfluss westlicher Zentren aus-

zuweiten, während sie formal strikt unabhängig und privatwirtschaftlich blieben.³⁸

Dabei ist eines interessant zu sehen: Während im Rahmen der Reform- und Erneuerungspolitiken von Barack Obama diese Strategien in den USA im Vergleich zu den Bush-Jahren stark zurückgefahren, ja sogar systematisch eingegrenzt werden - man sehe zum Beispiel den Fall „Google und China“ während der Jahre 2009-2010³⁹ -, übernimmt die chinesische Regierung eben diese Strategie seit einigen Jahren praktisch unverändert, um ihren Welteinfluss massiv (nämlich diachron-antizipativ) über ihre politischen und militärischen Mittel hinaus auszudehnen.⁴⁰ Dazu gehört nicht nur die quantitativ wachsende Rolle von organisierter Wirtschaftsspionage weltweit, sondern auch die Ausrüstung von zwar formal unabhängigen, faktisch aber durch Mehrheitsbesitz chinesisch bestimmten „Staatsfirmen“ mit riesigen Mitteln des staatlichen chinesischen Dollar-Devisen-Überschusses (der nach den USA größten US-Dollar-Devisenreserven der Welt, deren künftiger Wert ebenso wie der von China gehaltene Wert an US-Staatsanleihen allerdings genauso umstritten wie zweifelhaft ist⁴¹), um strategisch bedeutende westliche Firmen, Wirtschafts- und Finanzbereiche sowie geographisch-strategisch bedeutsame Areale in Jahrhundertperspektive aufzukaufen - und zwar insbesondere in den USA. Das ging so weit, dass Barack Obama im Dezember 2009 chinesischen Firmen auf Druck von Beamten und Parlamentariern aller Parteien per Gesetz verbieten musste, US-Firmenareale im Umkreis eines wichtigen US-Militärstützpunktes aufzukaufen.⁴² Mit der Nutzung von Schein-Privatfirmen und dem Aufkauf von strategisch wichtigen Firmen weltweit - auch und gerade in der Ölindustrie - für Staatszwecke macht sich in China ein „sozialistisches“ System die Methoden des neoliberalen Extrem-Kapitalismus zunutze, die es stets kritisiert hatte.⁴³ Auch dies ist ein bemerkenswertes Paradoxon, dessen Folgen für die Zukunft, insbesondere für die Zukunft des weltweiten Kapitalismus, noch kaum abzusehen sind. Die „Rehumanisierung“ des Kapitalismus im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-10 wird dadurch jedenfalls massiv behindert.⁴⁴

38 Siehe dazu in Bezug auf den Umgang mit der Ressource Öl u.a.: P. Maass und H. Stadler: Öl: Das blutige Geschäft, Droemer Knaur Verlag 2010.

39 Siehe z.B. P. Aldrenath: Streit um Internetnutzung, Google beendet Selbstzensur in China. In: ARD Tagesschau, 23.03.2010, <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/google234.html>.

40 Vgl. die meisterhafte - und überaus lesenswerte - Studie von M. Jacques: When China Rules the World. The End of the Western World and the Birth of a New Global Order, Penguin Press 2009.

41 Vgl. S. Halper: The Beijing Consensus: How China's Authoritarian Model Will Dominate the Twenty-First Century, Basic Books 2010; sowie E. Tse: The China Strategy: Harnessing the Power of the World's Fastest-Growing Economy, Basic Books 2010.

42 M. C. Sullivan: Mining for Meaning: Assessing CFIUS's Rejection of the Firstgold Acquisition. In: Berkeley Journal of International Law Publicist, February 2010, <http://bjil.typepad.com/publicist/2010/02/mining-for-meaning-assessing-cfius-rejection-of-the-firstgold-acquisition.html>.

43 M. Silk: Are Chinese Companies Taking Over the World? In: Chicago Journal of International Law, Summer 2006, <http://www.allbusiness.com/legal/4080638-1.html>.

44 Vgl. dazu u.a. A. Kaletsky: Capitalism 4.0. The Birth of a New Economy in the Aftermath of the Crisis. Kindle 2010.

36 Ebd.

37 Vgl. dazu die Fallstudie in: R. Benedikter: Warnsignal Thailand. An der asiatischen Wirtschaftskrise zeigen sich die Gefahren der Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte. In: Kulturzeitschrift „Die Drei“, 69. Jahrgang, Heft 4/1999, S. 59-62.

Aufstieg und Fall des Ölkonzerns BP ist insgesamt jedenfalls ebenso ein historisches Symptom globaler Veränderung wie die Ölkatastrophe selbst. Denn BP ist in der komplexen - und rasch evolvierenden - Konstellation der Gegenwart aus der Sicht vieler Amerikaner nicht nur Symbol für die zunehmend welt- und realitätsfremde Macht der Verknüpfung von Medien mit Wirtschaft, zum Beispiel in Gestalt der Börsenpsychologie. Sondern BP ist noch viel mehr Symbol dafür, wie die systemischen Machtstrukturen der Welt im Gefolge der von George H. W. Bush, dem Vater des vorigen Präsidenten, Anfang der 1990er Jahre verkündeten „neuen Weltordnung“⁴⁵ - das heißt der einseitigen globalen Führungsrolle der USA als „einzig verbliebener Weltmacht“⁴⁶ - heute ins Wanken geraten. Bekanntlich war die Rolle der USA als Supermacht bereits seit den 1970er Jahren ganz zentral an die Devisenherrschaft der USA über den globalen Erdölhandel gekoppelt.⁴⁷ Die Rolle der USA als „einziger Supermacht“ der Welt finanzierte sich ganz wesentlich über das seit den 1970er Jahren unausgesprochen gültige internationale Gesetz, die Leitressource Öl global nur in US-Dollar zu handeln. Das führte dazu, dass jedes Land der Welt größere US-Dollar Reserven halten musste, um Öl kaufen zu können. Daher konnten die USA viel mehr Dollar drucken und weltweit ausgeben, als es der Dollarkurs eigentlich vertragen hätte. Der Dollar-Kurs wurde dadurch aufrechterhalten, dass die im Verhältnis zur Wirtschaftskraft der USA viel zu vielen von der US-Notenbank ausgegebenen Dollars von anderen Ländern gehortet werden mussten, um Öl zu kaufen. Außerdem konnten die USA auf diese Weise reale Güter und Dienstleistungen aus anderen Ländern importieren und dafür mit Papier, nämlich mit von der US-Notenbank seit dem Ende der Goldbindung 1971 beliebig vervielfältigbarem Papiergeld bezahlen, das ohne faktisch-realen Wert ist. Ergebnis war eine globale „Dollar-Hegemonie“⁴⁸, die sich zentral auf die globale Leitressource Erdöl stützte.

Die Symbolik der Ölkatastrophe des Jahres 2010 machte nun auch vielen Amerikanern klarer, was warnende Wirtschaftsstimmen wie der US-Parlamentarier Ron Paul, die französische Denkfabrik „Laboratoire Européen d'Anticipation Politique“ (LEAP) oder der Harvard-Professor Neil Ferguson seit Jahren prophezeien: dass mit dem Ende der Leitressource Öl auch das Ende der „Dollar-Hegemonie“, und damit möglicherweise das Ende der bisherigen Form globaler Vormacht der USA naht.⁴⁹ Auch wenn „BP“ ein britischer Konzern ist, war er ein Stützelement der anglo-amerikanischen „Dollar-Hegemonie“, indem er wichtige Teile der globalen Ölförderung und -versorgung in seiner Macht

hielt. Daher war für viele Amerikaner der „Fall BP“ im Gefolge der Ölkatastrophe zu Recht die Bestätigung, dass das Ende der bisherigen Hegemonie nur allzu schnell Realität werden könnte - und zwar dann, wenn sich die Gleichgewichte in der Kontrolle von Leitressourcen verschieben, da in Zukunft das Öl nicht mehr die Leitressource sein wird; vor allem aber dann, wenn Öl künftig nicht mehr ausschließlich in US-Dollars, sondern auch in anderen Währungen gehandelt wird, wie es die chinesische Regierung, mit mindestens 1 Billion Dollar die größte Dollar-Devisenhalterin der Welt, im Frühjahr 2010 vorschlug.⁵⁰

Das Ende des Öls, das mit dem Ende der bisherigen Dollar-Hegemonie untrennbar verknüpft ist, ist ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Teil jener „globalen Systemverschiebung“⁵¹, die interessanterweise gerade mit Obamas Amtszeit seit 2009 voll zu wirken beginnt. In dieser Situation hat China 2010 Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und 2009 die USA als größten Ressourcenverbraucher überholt und stößt in Erwartung des Endes des Öls nicht nur größere Teile seiner US-Dollar-Devisenreserven ab⁵², sondern steigt auch massiv auf erneuerbare Energien um. Die US-Ölkrise 2010 und die -ebenfalls wesentlich von den USA ausgehende - globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-2010 haben das öffentliche Bewußtsein dieser Veränderung in den USA (leider bisher weit weniger in Europa) weiter verstärkt.⁵³

Darüber hinaus sind aus amerikanischer Sicht wiederum wichtige Symbolereignisse mit dem Namen „BP“ verknüpft, in denen sich die globale Veränderung pointiert verdichtet. BP ist ein direktes Kind jenes britischen Imperialismus, welcher mit dem Aufstieg des Erdöls zur Leitressource verbunden war. Begründet 1908 als „Anglo-Persian Oil Co.“ beherrschte die Firma große Teile der strategisch wichtigen nahöstlichen Ölfelder und die größten Raffinerien der Welt. Die politischen Umstürze des 20. Jahrhunderts im Nahen Osten waren zum Teil eng mit der Durchdringung der Interessen von BP und der anglo-amerikanischen Regierungen verknüpft, so das Schicksal des iranischen Schahs Reza Pahlavi 1979. In diesem Sinn steht „BP“ mehr als andere Namen der neueren Wirtschaftsgeschichte für die Verknüpfung von Ökonomie und Politik in der Moderne über fast ein Jahrhundert: BP galt als emblematische Kolonial-Handelsfirma des britischen Weltreichs. Symptomatisch für die Entwicklung der anglo-amerikanischen Vorherrschaft waren nun die Namensänderungen, die

45 Vgl. „Neue Weltordnung“. In: http://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Weltordnung.

46 Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 2004.

47 Vgl. die klarste summarische Darstellung und Analyse bei R. Paul, Mitglied des Finanzausschusses des US-Repräsentantenhauses: Hon. Ron Paul of Texas before the U.S. House of Representatives, February 15, 2006: The End of Dollar Hegemony. In: The U.S. House of Representatives, www.house.gov/paul/congrec2006/cr021506.htm. Im Internet im Original als Video abrufbar unter: <http://www.house.gov/paul/services.shtml>. Website zur Information über R. Paul: <http://www.house.gov/paul/bio.shtml>.

48 R. Paul, a.a.O.

49 Vgl. z.B. LEAP Paris: Global Europe Anticipation Bulletin N° 1, January 2006. In: http://www.europe2020.org/fr/section_global/150206.htm.

50 Handelsblatt Düsseldorf: China wendet sich von seinem einstigen Schatz ab. Peking schiebt derzeit seine Devisen um - weg vom amerikanischen Dollar. In: Handelsblatt, 19.08.2010, <http://www.handelsblatt.com/finanzen/devisen/dollar-reserven-china-wendet-sich-von-seinem-einstigen-schatz-ab/2638017>.

51 R. Benedikter: Global Systemic Shift. The „Three Ends“ of Our Epoch and Their Interplay with the Four System Spheres of Economics, Politics, Culture and Religion. Kurzfassung u.a. in: The Orfalea Center for Global and International Studies, University of California at Santa Barbara, February 26, 2008, <http://www.global.ucsb.edu/announcements/benedikter.pdf>.

52 B. Bartsch: China stößt Dollar-Reserven ab. In: Berliner Zeitung, 18.02.2010, <http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0218/wirtschaft/0077/index.html>.

53 Vgl. die ausführliche Analyse in R. Benedikter: Social Banking and Social Finance: Answers to the Economic Crisis, a.a.O.

sich BP im Lauf der Jahre gab: Von der „Anglo-Persian Oil Co.“ (einem direkten Ausdruck des Kolonialismus, da das „Anglo“ vor dem „Persian“ steht, obwohl die Ölquellen im Iran lagen) taufte man sich 1954 in „British Petroleum“ um, um das koloniale Erbe abzustreifen. Und erst vier Jahre vor der Katastrophe, im Jahr 2006, hat sich „BP“ mit großem Symbol- und Signalaufwand in „Beyond Petroleum“ umbenannt, um zu zeigen, dass man über die Geschichte des Öls hinausdenke und nach vorne Ausschau halte in eine Zeit, in der es kein Öl mehr geben wird. Es ist nur eine von vielen Ironien der Ölkatastrophe, dass als Antwort auf die Neubenennung „Beyond Petroleum“ eine übermäßige Rückkehr des Petroleums erfolgte - so als wolle das Öl zeigen, dass sein „Jenseits“ noch nicht gekommen sei.

Interessant ist, dass in den vergangenen Jahrzehnten vor allem britische und anglo-amerikanische Pensionsfonds in diese vermeintlich „sichere“ Verbindung von Öl mit Weltherrschaft (und damit in das Erbe des anglo-amerikanischen Imperialismus) investierten.⁵⁴ Mit einem möglichen Zusammenbruch von BP hat nun vor allem Großbritannien (das in wichtigen Teilen seines historischen Selbstverständnisses und seiner öffentlichen Rationalität noch immer vom Erbe des Kolonialismus lebt) Angst, dass vielen seiner Bürger die Pensionen verloren gehen - ein weiterer Beweis der fragwürdigen Verbindung von Vergangenheit und Zukunft durch das globale, anglo-amerikanisch dominierte neoliberale Finanzsystem der vergangenen Jahrzehnte:

„Nach Informationen der Londoner ‚Times‘ trifft die britische Regierung bereits Vorkehrungen für den Fall eines Zusammenbruchs des BP-Konzerns. Derzeit werde etwa diskutiert, ob sich die Regierung im Ernstfall und unter strengen Bedingungen an einer Rettung des stark unter Druck geratenen Unternehmens beteiligen könnte, sagte ein mit den Beratungen Vertrauter der Zeitung. Ein zweiter Vertreter sagte der ‚Times‘, es sei ‚noch nicht klar, wie schlimm es wird, aber die Regierung muss auf alles vorbereitet sein‘. BP beschäftigt allein in Großbritannien mehr als 10.000 Menschen, seine Dividenden alimentieren mehrere Pensionsfonds.“⁵⁵

Es zeigt sich hierin nicht nur das Erbe der neoliberalen Bush-Ären (1989-1993 Bush Vater - und 2001-2009 - Bush Sohn): Nämlich das Paradoxon, dass die Zukunft (Pensionen) auf die Vergangenheit (Ölprimat, Dollarhemonie) aufgebaut war. Sondern es zeigt sich hieran auch die grundlegende Bewusstseinsfrage, inwiefern in den vergangenen Jahrzehnten Rohstoffe durch ein Konglomerat von Wirtschaft und Politik strategisch gehandhabt wurden, um bestimmte Interessen zu bedienen und durchzusetzen. Diese strategische Handhabung entsprach nur allzu oft nicht den im Spiel befindlichen Werten, sondern vielmehr Herrschaftsspekulationen. Insofern hat H. Reetz Recht:

„Auch die Knappheit eines Rohstoffs, z.B. des Erdöls, das wir für den Betrieb von Maschinen einsetzen, hat keine Bedeutung für das Begreifen der Wertbildung. Nur was den Wertekreislauf verursacht, hat eine Be-

54 I. Tharoor: Brief History: BP. In: Time Magazine, June 14, 2010, p. 18.

55 AFP: Supertanker im Kampf gegen Ölpest noch nicht im Einsatz, a.a.O.

deutung. Und das ist allein der Einkommen und Preise bildende Mensch. Im Falle des Erdöls sind das die Menschen, die Einkommen bilden, um die Maschinen bauen und bedienen zu können, mit denen Erdöl gefördert, verarbeitet und transportiert wird, und die den kaufmännischen Vertrieb dieses Rohstoffes besorgen... Über die Erdölquellen, über die Vertriebswege, über die ganze Organisation, die mit der Gewinnung und dem Verbrauch dieses Rohstoffs zusammen hängt, übt das Eigentum heute seine Macht aus. Mit dem eigentumsrechtlich besetzten Erdöl werden Warentermingeschäfte gemacht. Sein Angebot wird künstlich verknappt. Es wird spekuliert... Das Eigentum ist (hier) bestrebt, permanent das falsche Bewusstsein zu erzeugen...“⁵⁶

Zusammenfassend können wir sagen, dass es über viele Jahrzehnte darum ging, mittels Kontrolle der Ressourcen, allen voran der globalen Leitressource Öl, die Welt zu dominieren, indem man verschiedene Großkonzerne strategisch „einband“. Ein Teil dieser Dominanzstrategie war die Bindung der Leitwährung US-Dollar an die Leitressource Öl. Es war nicht ohne historische Ironie, dass die US-Regierung während der Ölkatastrophe massive Angriffe gegen BP richtete, das ein wichtiger Exponent dieses Gesamtsystems war, eines Systems, welches den US-Dollar und damit die westliche Vorherrschaft über Jahrzehnte stützte. Der Streit zwischen BP und der US-Regierung war aus dieser Sicht Teil der historischen „Umstülpung“ (Herbert Witzmann) der Gegenwart, in der sich das Bisherige gegen sich selbst wendet und sich damit zu untergraben beginnt, um sich in ein Neues zu verwandeln.

VI. Schlussfolgerungen: Unterwegs zu einer Kulturveränderung?

Wohin also weist die historische, politische und kulturelle Symptomatologie der US-Öl-Katastrophe zwischen April und Juli 2010 in ihrer Gesamtheit, die sich offenbar aus vielen, oft komplizierten Puzzlestücken zusammensetzt? Und wo liegen die zum Teil von ihr passiv widergespiegelten, zum Teil von ihr aktiv mit hervorgebrachten Perspektiven? Wird sich in ihrem Gefolge etwas in Mentalität und Kultur des Ressourcenverbrauchs und Naturbezugs der USA verändern? Und wenn ja: Werden die entsprechenden Änderungen nur Korrekturen an der Oberfläche sein - oder einen wirklichen Wandel in der zeitgenössischen Bewusstseinshaltung mit sich bringen? Was bedeutet das für Europa? Hat es nun mit einem „anderen“, in seinem Naturbezug kulturell und politisch veränderten Amerika zu rechnen?

Die Ölkatastrophe dauerte zwar nur ein Halbjahr (von April bis September 2010), veränderte aber in dieser Zeit zumindest teilweise die öffentliche Wahrnehmung der USA. Sie wies dabei nicht nur eine US-, sondern eine menschheitliche Symptomatologie auf, und sie wurde von vielen Menschen auch so empfunden - wie Tschernobyl am 26. April 1986. Darin hatte sie etwas durchaus Vereinigendes für die Menschheit, wenn auch vielleicht noch immer weniger als man sich wün-

56 H. Reetz in: http://www.rudolf-steiner-buchhandlung.de/fileadmin/contents/verschiedenes/Ueberlegungen_zum_Grundeinkommen.pdf

schen würde. In diesem menschheitlich vereinigenden Charakter stand sie im übrigen als ein affirmatives Ereignis für die innere Selbstinterpretation der USA als „Schmelztiegel der Völker und der Menschheit“.

Was wir zum derzeitigen Zeitpunkt sicherlich bereits sagen können ist: Die Ölkatastrophe war ein Sozialimpuls - gleichbedeutend, in mancherlei Hinsicht aufgrund ihrer Kulturkraft vielleicht sogar langfristig bedeutender als manche andere derartige Impulse der Gegenwart. Sie war vor allem ein nationaler Bewusstseinsimpuls für die USA über zentrale Bausteine des heutigen Sozialen, der zugleich eine Reihe von regionalen und internationalen Einzelimpulsen anregte. In jedem Fall war die Ölkatastrophe (und sie wird es auch im Rückblick bleiben) ein Teil der historischen Symptomatologie der gegenwärtigen „globalen Systemverschiebung“, das heißt des Schwellenübertritts, der sich heute in vielerlei Hinsicht und auf vielen Feldern gleichzeitig vollzieht: in Wirtschaft, Politik, Technologie und Bewusstseinslage.

Insgesamt gilt:

Die Ölkatastrophe stand für ein „dreifaches Tschernobyl“ im Bewusstsein der USA von sich selbst und in ihrem Denken über die soziale Sphäre, die mit der Globalisierung entsteht.

Sie stand für das „Tschernobyl des Öl-Zeitalters“. Denn sie markierte das symbolische Ende des Öls als Leitressource mittels einer vielfältig ineinandergreifenden Symbolik von „Differenz“.

Sie stand für das „Tschernobyl der USA“. Denn sie bezeichnete das bevorstehende Ende der monopolaren US-Vorherrschaft, das sich mit dem Ende der globalen Dollar-Hegemonie über das Öl abzeichnet, wenn dieses Öl sich als nicht mehr nachhaltig erweist und zu Ende geht.

Und sie stand schließlich bis zu einem gewissen Grad für ein „Tschernobyl Barack Obamas“: Obama's Umfragewerte fielen auf Rekordtief. Das könnte zu einer Gefährdung seiner umfassenden Reformprojekte führen, da eine Niederlage bei den Zwischenwahlen zum US-Kongress im November 2010 wahrscheinlich wird. Andererseits hat die Ölkatastrophe aber auch weit effektiver als alle anderen Argumente Obamas Beschwörung Gehör verschafft, die USA müssten auf nachhaltige Energien umsteigen, um ihre Rolle in der Welt zu wahren.

Der offen bleibenden Fragen, die aus dieser mit der Ölkatastrophe zumindest temporär dreifach geöffneten Situation entstehen, sind freilich viele. Darunter ist die, ob im Gefolge der „drei Tschernobyls“ zwar neue Energiegewinnungsformen und -versorgungen entstehen, aber dann nur wiederum in derselben Geisteshaltung wie bisher den Platz des Öls einnehmen werden - oder ob es zu einem echten Umdenken über den „Geist des Öls“, der der Geist des 19. und 20. Jahrhunderts war, hinaus kommen wird. Wenn wir auch die neuen Energien und die mit ihnen verbundenen Sozialformen in diesem Geist denken und handhaben, wird es nicht gelingen, die Menschheit weiterzuführen.

Insgesamt überwiegen jedoch zumindest aus kultureller Sicht und mittelfristig, so paradox dies auf den ersten Blick auch erscheinen mag, die positiven Auswirkungen der Ölkatastrophe - und zwar insbesondere im Hinblick auf einen Mentalitätsumschwung der Mehrheit der US-Bevölkerung. Dieser Umschwung wurde nicht allein, und auch nicht maßgeblich durch die Ölkatastrophe von 2010 ausgelöst; er war bereits vorher - seit Ende der 1990er Jahre - an den Themen Klimawandel und Schädigung der natürlichen Umwelt schrittweise in das öffentliche Bewusstsein der USA eingedrungen. Aber die Ölkatastrophe dürfte diesen Mentalitätswandel zumindest temporär und im Sinn eines weithin sichtbaren Symbolereignisses maßgeblich beschleunigt und gestärkt haben.

Allerdings sind auch bei einem ökologischen Sinneswandel der USA, verbunden mit erhöhter Ressourceneffizienz und höheren technologischen Standards (der, so er auf breiter Ebene einträte, nicht nur national, sondern auch global revolutionäre Folgen zeitigen würde) einige mit der Umweltfrage aufs engste zusammenhängende Probleme nicht gelöst - ja, nicht einmal in den Blick genommen. Darunter ist vor allem die soziale Frage - das heißt für die USA die Frage, wie Verschiedenheit (Individualität) und Gleichheit (Sozialität) der Menschen besser ausbalanciert werden können, um natürliche und soziale Ökologie in Übereinstimmung zu bringen. Das ist deshalb nötig, weil die eine Ökologie ohne die andere nicht funktionieren kann. Es ist dies eine Frage, die bisher weder in Obamas Reden zur Ölkatastrophe noch in seinen Reformprogrammen ihrer eigentlichen Bedeutung gemäß vorkam. Das liegt unter anderem daran, dass in den USA trotz der - von ihren Gegnern nicht zufällig als „kommunistisch“ attackierten - gemeinschaftsorientierten Gesundheits- und Finanzreformen Obamas weiterhin blindes Vertrauen in das US-Modell des selbstbezogenen Individualismus und des „schwachen Staates“ herrscht, wie es der „amerikanische Traum“ (zumindest in seiner klassischen Interpretation als „Ich kann es aus mir selbst heraus gegen alle anderen schaffen, wenn ich nur an mich glaube“, oder in der Diktion von Arianna Huffington: „Arbeite hart und steig die Leiter hinauf“⁵⁷) propagiert beziehungsweise voraussetzt.

Doch „das ökologische Ungleichgewicht, das die Menschheit zu ihrem eigenen Verhängnis verursacht, gründet in einem sozialen Ungleichgewicht. Dieses ermöglicht und bedingt Maßlosigkeit. Letztlich ist dieses Ungleichgewicht zurückzuführen auf in der Menschheitsgeschichte fortwirkende naturhafte Formen und Muster des Überlebenskampfes, beschreibbar als Machtverhältnisse zwischen Menschen. Die Beantwortung der ökologischen Frage muss (daher) zumindest auch, wenn nicht sogar vorrangig, eine Antwort auf die Frage sein, wie wir Menschen miteinander umgehen, wenn wir unsere Gesellschaft miteinander organisieren. Jeder Versuch, die ökologische Frage nur technologisch, also im Sinne einer Ökologie der Mittel in einer bloßen Änderung der ‚Ressourcennutzung‘ lösen zu wollen, ohne sie gleichzeitig ‚humanistisch‘, also im Sinn einer Ökologie der menschlichen Lebensgemeinschaft unter

57 A. Huffington: Third World America, Crown Publishers 2010.

der dreifachen Strukturbedingung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu beantworten, wird zu kurz greifen. Damit die Erde von der Reduzierung auf ein Dasein als reines Mittel befreit wird, müssen Menschen immer und überall, radikal gedacht, als Selbstzweck gelten.⁵⁸

Damit ist die Aufgabe der Systemkoppelung von ökologischem mit sozialem Fortschritt umrissen. Von einer solchen Koppelung sind wir in den USA trotz des großen Reichtums und der riesigen gesellschaftlichen Entwicklungspotentiale noch immer deutlich weiter entfernt als in Europa. Doch gerade diese Koppelung wird sich für die Weiterentwicklung der USA als unausweichlich erweisen. Sie wird für Barack Obama zur zentralen Herausforderung seiner Amtszeit werden - was ihm, wenn man den Aussagen seiner Berater im Gefolge der Ölkatastrophe glaubt, nach dieser Katastrophe auch deutlicher denn je bewusst ist.

VII. Ausblick

Fazit? Für eine nachhaltige Gesellschaftsveränderung wird es vor allem im entwickelten Norden und Westen der Welt nicht nur wirtschaftlicher Reformen, sondern einer Kulturveränderung im Sinn eines grundlegenden sozialen Impulses bedürfen. Eine solche Kulturveränderung steht trotz der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko in den USA noch aus.

Kurz- und mittelfristig könnte der Effekt der Ölkatastrophe, verbunden mit dem Klimawandel, sogar sein, dass es zu einer temporären Stärkung der mächtigen, mit einflussreichen Stiftungen wie der Hoover-Foundation verbündeten US-Atomindustrie kommt, bevor eine größere Erneuerungsphase einsetzt, die alle Bereiche der Gesellschaft erreicht. Der Nachhall der Ölkatastrophe und das durch sie gesteigerte öffentliche Bewusstsein der Verletzlichkeit und Begrenztheit der terrestrischen Ressourcenversorgung könnte temporär auch dazu führen, dass die Suche nach neuen Ressourcen im All - bereits vor einigen Jahren begonnen unter anderem von China, Indien und den USA im Rahmen der Vorbereitung von neuen Mond- und erstmaligen Mars-Missionen - forciert wird, und dass größere Summe investiert werden, um die Milchstrasse bewohnbar zu machen, sie mittelfristig zu besiedeln (China, USA), um der Menschheit eine weitere Ausdehnung zu verschaffen und damit ihr Überleben zu sichern. Öffentlichkeitswirksame Projekte wie das „Worldwide Telescope Project“ in Kooperation zwischen NASA und Microsoft dienen der didaktischen Vorbereitung der Bevölkerung für die Expansion der Menschheit in den Kosmos.⁵⁹

Die Ölkatastrophe hat in der US-Öffentlichkeit bereits heute zu einer Stärkung des Gedankens geführt, dass mit der Erschließung des Alls als neuer Ressourcenquelle alle Umwelt- und Ressourcenprobleme mit einem Schlag gelöst wären - und zwar ohne Notwendigkeit einer Änderung von Naturbezug, Kulturpraktiken und Lebens-

stilen! Ein Gedanke, der heute vielen Amerikanern als „Alternative zur Nachhaltigkeit“ erneut sehr verlockend erscheint - lebt doch der amerikanische Geist seit der Besiedlung des Landes von Osten nach Westen im 18. und 19. Jahrhundert von Grenzüberschreitungen, und ist doch die nächste Grenze, die es zu überschreiten gilt, um Unbekanntes zu erforschen, nicht mehr „der Westen“, sondern der Weltraum.⁶⁰ Dass in den USA in Anlehnung an den Mythos „des Westens“ seit Jahren ein neuer Mythos „des Raums“ und seiner Besiedlung durch wagemutige Pioniere bei gleichzeitiger Vision der künftigen Erde als verbrauchtes und übersiedeltes Ghetto kreiert wird, ist kein Zufall. Während Mythologien in Europa vorwiegend einer vergangenheitsorientierten Selbstvergewisserung und der Stabilisierung von Verhältnissen dienen, dienen sie in Amerika in erster Linie der Zukunftsvorbereitung.

Zugleich darf man sich gerade im Hinblick auf die erhoffte Kulturwirkung der Ölkatastrophe auch keinen Illusionen über die Kraft des Vergessens in der amerikanischen Kultur hingeben. Zyklen vollziehen sich viel schneller, und Dinge ändern sich viel rascher. Möglicherweise wird die Krise trotz des potentiellen Tiefeneffekts von „Differenz und Wiederholung“ bereits vergessen sein, wenn ihre mediale Präsenz sich verringert und das schlimmste Fische- und Artensterben im Golf von Mexiko vorbei ist.

Insgesamt aber verursachte die Ölkatastrophe am Schnittpunkt zwischen Kultur und Politik ohne Zweifel die Intensivierung und Beschleunigung progressiver Impulse und Anstrengungen, wie sie von der US-Zivilgesellschaft seit Jahren als Minderheitenmeinung vertreten werden. Denn durch die Katastrophe dürfte mittlerweile auch den meisten konsumverliebten Amerikanern (die im übrigen ja keineswegs das „ganze“ Amerika darstellen⁶¹) klar geworden sein: Jede Wende, jede Erneuerung in progressivem Geist - einschließlich Obamas umfassender sozialer Reformanstrengung - muss bei einer Wende zur Nachhaltigkeit ansetzen, und diese muss wiederum bei der Leitressource des industriellen Zeitalters der vergangenen 200 Jahre beginnen: beim Öl. Dessen Ende hat nun offenbar auch in den USA begonnen - ob mit Wende-Anstrengung, oder ohne. Das Zähne seiner „klebrigen“ Vergangenheits-Orientierung muss sich nun in eine „flüssigere“ Zukunfts-Orientierung verwandeln. Das ist die Einsicht, die Obama im Gefolge der öffentlichen Nachwirkungen der Katastrophe kulturverändernd weiterhin, das heißt auch über das Ende ihrer medialen Präsenz hinaus, nutzen will. Damit ist keine Änderung oder gar Abwertung, aber doch eine Erneuerung des „amerikanischen Traums“ zur Diskussion gestellt - eine kulturevolutive Aufgabe größten Ausmaßes und tiefster Bedeutung, die man sich in ihrer

58 S. Lausch: Brief an den Autor vom 02.07.2010. In: Archiv des Autors.

59 Siehe www.worldwidetelescope.org. Ich werde dazu an anderer Stelle ausführlicher berichten.

60 Das haben einflussreiche europäische Denker der Postmoderne wie Jean-Francois Lyotard, die glaubten, die Expansion und damit der raumgreifende, ausweitungsorientierte Geist der USA seien mit der Erreichung des Pazifik an das „Ende des Westens“, nämlich die „Mauer des Pazifik“ gestoßen, trotz ihrer direkten Erfahrung der USA nicht verstanden. Vgl. zum entsprechenden - für das postmoderne europäische Denken geradezu typologischen - Missverständnis emblematisch J.-F. Lyotard: Die Mauer des Pazifik. Eine Erzählung, Wien 2006 (1985).

61 Vgl. C. Stegmann: Das andere Amerika. Hg. von T. Stöckli, Dornach 1991.

Schwierigkeit und Tragweite als Nicht-Amerikaner nur schwer vorstellen kann.⁶²

Zugleich geht mit der Herrschaft des Öls aber auch eine weltpolitische Epoche - nämlich die der „einzigen Supermacht“ USA, deren Vorherrschaft seit den 1970er Jahren zentral an die Kopplung des US-Dollars mit dem globalem Ölhandel gebunden war - ihrem Ende entgegen. Obama weiß das und versucht sich daher so schnell wie möglich vom Öl ab- und erneuerbaren Ressourcen und Technologien zuzuwenden, die dessen Stelle einnehmen können. Von der Dominanz in erneuerbaren Energien erwartet er sich eine neue globale Epoche der US-Dominanz. Die Frage ist allerdings, ob die US-Bevölkerung und vor allem die politische Opposition diese Makro-Strategie ausreichend versteht und mitzieht, oder ob Obamas Anstrengungen in den kommenden Jahren so viele Kompromisse benötigen werden, dass sie nur sehr verdünnt wirksam werden können.

Da der große Rivale der Zukunft, China, eine ähnliche Strategie fährt und nicht zuletzt auf der Grundlage der Beratung durch führende europäische Nachhaltigkeitsexperten wie Ernst Ulrich von Weizsäcker seinen 12. Fünfjahresplan 2011-2015 auf die Umstellung auf Nachhaltigkeit, den Handel mit Umweltauflagen, Umweltindikatoren als Bewertungskriterien für Beamte⁶³, verbesserte Ressourceneffizienz und ökologische Steuerreform zugeschnitten hat⁶⁴, hat Obama insgesamt trotz innenpolitischer Schwächen gute Chancen, unter Hinweis auf den Konkurrenzkampf Überzeugung zu bewirken und Bewegung in Gang zu setzen. Die Ölkatastrophe war für Obamas diesbezügliche Makro-Strategie, die bereits die Verhältnisse am Ende des 21. und in der ersten Hälfte des 22. Jahrhunderts im Blick hat, symbolisch wirksamer Antrieb und Bestätigung. Für viele Amerikaner war sie ein Anlass zum Umdenken - von dem allerdings unsicher bleibt, wie tief und dauerhaft seine Auswirkungen sein werden.

Insgesamt war das Erdölleck im Golf von Mexiko des Jahres 2010 letztlich eine in ihrer langfristigen Bedeutung noch kaum absehbare, symbolkräftige Veranschaulichung der Notwendigkeit einer nachhaltigeren Lebensführung und Gesellschaftsgestaltung - wenn noch nicht im Bewusstsein, so doch wenigstens im vorbewussten Empfinden einer wachsenden Anzahl von US-Amerikanern. Sie war eine Art seelische Klärung Amerikas, dass die - ebenso globale wie lokale, also „glokale“⁶⁵ - Forderung nach Erneuerung des Naturbezugs der Nation eine wesentliche Zukunftsfrage ist, und zwar nicht nur eine politische, sondern auch eine Kulturfrage.

Dies bleibt im Gefolge der Ölkatastrophe in den USA vorläufig freilich erst noch eine weitgehend vorbewusste

Empfindung (oder „phänomenale Beeindruckung“); es ist noch kein umfassend verankertes öffentliches Bewusstsein, geschweige denn ein etablierter Teil der öffentlichen Rationalität. Doch es wird, wie alle historischen Symptomerfahrungen, Spuren im Geist der Obama-Epoche und der von ihr angestoßenen Entwicklungen hinterlassen - sei es nun bewusst oder unbewusst, explizit oder implizit.

Dass die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko eben gerade nicht mit der konservativ-reaktionären Ära George W. Bush, sondern historisch genau mit dem bewussten und unbewussten, sowohl gedanklichen wie willenshaften Erneuerungsimpuls der Ära Barack Obama zusammentrifft, ist in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Synchronie, deren Kraft - und Aussagekraft - unter dem Gesichtspunkt historischer Symptomatologie nicht unterschätzt werden sollte.

Der Autor

Roland Benedikter, Dott. Dr. Dr., geboren 1965, ist Europäischer Stiftungsprofessor für Kultur- und Politiksoziologie an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und Visiting Scholar am Forum für das zeitgenössische Europa der Stanford Universität, USA. Autorisierte Internetseiten: http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter und <http://fce.stanford.edu/people/rolandbenedikter/>. Kontakt: r.benedikter@orfaleacenter.ucsb.edu und rben@stanford.edu.

⁶² Vgl. A. Huffington: Third World America, a.a.O.

⁶³ German.China.org.cn: China erwägt Umweltindikatoren als Bewertungskriterien für Beamte, 06.07.2010, http://german.china.org.cn/fokus/2010-07/06/content_20431680.htm.

⁶⁴ DAPD: Chinas neuer Fünfjahresplan sieht Emissionshandelssystem vor, 22.07.2010. U.a. in: <http://www.financial.de/news/wirtschaftsnachrichten/chinas-neuer-funfjahresplan-sieht-emissionshandelssystem-vor/>.

⁶⁵ „Glokalisierung“. In: <http://de.wikipedia.org/wiki/Glokalisierung>.

Betrachtungen und Berichte

Auswirkungen der Finanzkrise auf Spanien

Christian Kreiß

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise trifft Spanien besonders hart, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gibt zur Zeit Anlass zu großem Kummer: Die Arbeitslosigkeit stieg von ihrem Tiefpunkt im Frühjahr 2007 binnen 3 Jahren um 2,75 Mio. auf 4,5 Mio. Menschen¹, die Arbeitslosenquote lag Mitte 2010 bei über 20%.² Die Wirtschaft schrumpfte im ersten Quartal 2010 um 1,3% gegenüber dem ersten Quartal 2009³, für das Gesamtjahr 2010 rechnet die Regierung mit einer Schrumpfung der Wirtschaft um 0,3%⁴, und die spanische Regierung gibt sehr viel mehr Geld aus als sie einnimmt⁵. Warum wird Spanien deutlich stärker als viele andere Länder von der Finanzkrise getroffen?

Der Hauptgrund für die derzeitige unerfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Spanien liegt an dem überstarken Wirtschaftsaufschwung der letzten 10 bis 15 Jahre, der maßgeblich durch den Beitritt zum Euro 1999 ausgelöst wurde. Die Übertreibungen des letzten Jahrzehnts werden nun schmerzlich abgebaut.

Die Aussicht auf den Euro-Beitritt ließ in Spanien in den 1990er Jahren die Zinsen dramatisch sinken. Die kurzfristigen Zinsen sanken von über 14% auf teilweise nur noch 2%, also um etwa sechs Siebtel.⁶ Auch die langfristigen Zinsen sanken dramatisch.

Solch niedrige Zinsen hatte Spanien noch nie in seiner jüngeren Wirtschaftsgeschichte erlebt. Was bewirken stark fallende oder niedrige Zinsen für ein Land? Alles, was mit Krediten zu tun hat, wird plötzlich unglaublich billig. Also z.B. Kredite an Unternehmen oder Privathaushalte. Besonders wichtig sind Zinsen für den Hausbau oder Hauserwerb, denn Häuser sind, gemessen am Durchschnittseinkommen normalerweise sehr teuer, und deshalb kaufen fast alle Menschen

Häuser mit Hilfe von Bankkrediten. Da die Hausbankkredite für die Spanier nun plötzlich unglaublich billig waren, wurden Häuser in einem Ausmaß wie nie zuvor gekauft und gebaut.

In den fünf Jahren von 2002 bis 2006 wurden in Spanien mehr Häuser gebaut als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen.⁷ Die Hauspreise stiegen enorm an, deutlich stärker als z.B. in den USA.⁸ Dabei muss man bedenken, dass die drei Länder Deutschland, Frankreich und Italien gemeinsam eine Wirtschaftskraft haben, die etwa 6 mal so groß ist wie diejenige Spaniens und eine Bevölkerung, die gemeinsam mehr als 4 mal so groß ist wie diejenige Spaniens. Also mit gesundem Menschenverstand betrachtet war dies völlig verrückt und unhaltbar.

Die Baubranche entwickelte sich in Spanien seit dem Euro-Beitritt zur führenden Wachstumsbranche und zog das Wirtschaftswachstum des ganzen Landes hoch. Ihr Anteil am gesamten Sozialprodukt lag in Spanien bis 2008 weit über dem Durchschnitt in Europa oder den USA, er war etwa doppelt so hoch wie in anderen Ländern.

Durch die starke Verteuerung wurden die Häuser im Laufe der Jahre für die spanischen Durchschnittsverdiener immer unerschwinglicher. Zuletzt waren die Hauspreise, gemessen am Durchschnittseinkommen, etwa doppelt so hoch wie in Deutschland.⁹ Eigentlich war schon lange klar, dass das auf Dauer unmöglich gehen kann.¹⁰

Es wurden auch viel mehr Häuser gebaut, als eigentlich gebraucht wurden, es bauten sich also riesige Überkapazitäten auf. Laut dem spanischen Ökonomen José García Montalvo lag die Zahl der fertig gestellten Wohnungen allein zwischen 2003 und 2006 um etwa 1,2 Millionen höher als die potenzielle Nachfrage. Montalvos Diagnose Anfang 2008: krankhaftes, unkontrolliertes Wachstum - „Immobilientumor“.¹¹

Aber zunächst einmal schien das natürlich eine großartige Sache für das ganze Land: die Wirtschaft brummte, die Löhne stiegen, jeder konnte sich immer mehr leisten und die Arbeitslosigkeit, die das Land lange

7 Stefan Bergheim, Seite 10: 2006 wurden demnach in Spanien 800.000 Wohneinheiten „fertig gestellt, d.h. mehr als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen“. Vgl. auch Wall Street Journal (WSJ) 27.2.2008, „Some 800,000 homes were built in Spain in 2006 - more than in France, Germany and the U.K. combined.“ Oder Süddeutsche Zeitung, 21.5.2008: Obwohl die Krise bereits abzusehen war, entstanden 2007 in Spanien noch einmal 600.000 neue Wohnungen, in den fünf Jahren zuvor waren es insgesamt 5 Millionen - mehr als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen.“

8 Finanzstabilitätsbericht der Deutschen Bundesbank, 19. November 2009.

9 Börsen-Zeitung, 11.10.2007, Nervosität vor Preiskorrektur in Spanien.

10 Vgl. Bergheim, S. 2 und 10, wonach der Bausektor in Spanien zwischen 2000 und 2006 16,5% zum Anstieg der spanischen Wertschöpfung beitrug und der Anteil der privaten Wohnungsbauinvestitionen am BIP 2006 8,1% betrug. Vgl. auch WSJ 8.7.2008: „investment in housing accounted for nearly 10% of gross domestic product, more than twice the euro-zone average.“ Fira de Barcelona, Departamento de Estudios, El sector de la construcción en España y en Cataluña, Mayo 2007, S.6, Institut der deutschen Wirtschaft Köln 18.10.2007.

11 Vgl. Die Welt, 3.4.2008.

1 Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Juli 2010, S.19.

2 Im März 2010 waren 4,166 Mio. Spanier arbeitslos, 2007 waren es erst 2,04 Mio. gewesen. Instituto Nacional de Estadística (INE), abgerufen am 13.8.2010.

3 INE Meldung vom 19.5.2010.

4 WSJ 15.7.2010, Pressure Mounts on Spain Budget.

5 Das Haushaltsdefizit beträgt derzeit 11,4% vom Sozialprodukt, Reuters, 18.5.2010.

6 Stefan Bergheim, Spanien 2020 - die Erfolgsgeschichte geht weiter, Deutsche Bank Research vom 11.9.2007, http://www.db.com/mittelstand/downloads/Spanien_2020.pdf.

Zeit geplagt hatte, fiel ganz dramatisch: von etwa 20% Anfang der 90er Jahre auf 8% 2007.¹²

Das ging so über ein Jahrzehnt. Alle waren - ökonomisch gesehen - glücklich. Was man leider dabei nicht beachtete: Es war zum großen Teil eine Illusion, auf Sand gebaut. Denn woher kam das starke Wachstum in Wirklichkeit? Aus Kapitalzuflüssen aus dem Ausland, vor allem aufgrund des Euro-Beitritts. Ein großer Teil des Wachstums geschah „auf Pump“: 2007 hatte Spanien mit EUR 107 Mrd. hinter den USA das zweitgrößte Leistungsbilanzdefizit der Erde, das heißt, Spanien importierte aus dem Ausland sehr viel mehr Güter und Dienstleistungen, als es exportierte. Das entsprach damals über 10% der gesamten Wirtschaftskraft des Landes.¹³

Was bedeutet ein Leistungsbilanzdefizit von 10%? Eine durchschnittliche spanische Familie mit 1000 Euro Einnahmen pro Monat, gab monatlich 1100 Euro aus. Die Differenz kam von Krediten aus dem Ausland. Entsprechend stark stieg die Verschuldung der spanischen Privathaushalte von etwa 50% des verfügbaren Jahreseinkommens 1995 auf gut 130% 2006.¹⁴ Sie wurde damit eine der höchsten der Welt. Wie lange kann das gut gehen? Bis der angehäuften Schuldenberg so groß wird, dass die Zinslast immer schwerer zu bedienen wird und folglich der Kreditgeber nicht mehr mitmacht. Dies geschah ab Sommer 2007 mit der einsetzenden internationalen Finanzkrise: Die ersten Banken hörten damals auf, neue Kredite zu geben.

Der Crash war schon lange abzusehen. Alle Ampeln signalisierten rot. Nur: Politiker wollen das nicht gerne wahrhaben und sehen gerne weg, so lange es geht, statt mutig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Aber man kann ihnen nicht allein die Schuld geben. Auch manche Analysten, zum Beispiel Dr. Bergheim von der Deutschen Bank¹⁵, waren in der Einschätzung der Situation in einem schwer erklärlichen Ausmaße blind und lieferten so fundamentale Fehlprognosen.

Im Grunde genommen hat praktisch die gesamte Mainstream-Ökonomie, die auf rational-logisches, mathematisch-technisches, modellgetriebenes Denken aufbaut, bei der Vorhersage und Analyse der derzeitigen Finanzkrise versagt. Mehr einfühlerisches, empathisches, menschliches Denken, wäre möglicherweise viel besser zur Analyse und Gestaltung sozialer Prozesse geeignet.

Warum und inwiefern handelte es sich bei dem starken Wirtschaftswachstum Spaniens bis 2007 zum größten Teil um eine große Illusion? Wie konnte es dazu kommen? Warum fielen so viele Menschen darauf herein?

Nun für das Hereinfallen gibt es zunächst einen leicht erklärbaren Grund: Wenn es so gut läuft, ist es einfach zu schön, als dass man kritisch nachfragen

wollte. Alle freuen sich: die spanischen Häuslebauer, die spanischen Arbeitslosen, die Regierung, deren Steuereinnahmen sprudeln, aber auch die Kreditgeber im Ausland: das Kreditgeschäft brummt, läuft gut und profitabel.

Was man übersah: Die Löhne und damit die Lohnkosten stiegen in Spanien im letzten Jahrzehnt viel stärker als die Produktivität der arbeitenden Bevölkerung. Dadurch stiegen die spanischen Lohnstückkosten weitaus stärker als in den meisten anderen Ländern der Eurozone. Dies führte dazu, dass die in Spanien hergestellten Güter und Dienstleistungen im Vergleich mit den anderen Euro-Ländern immer teurer und teurer wurden und zuletzt kaum mehr im Ausland verkaufbar waren. Dadurch kam auch das erwähnte hohe Leistungsbilanzdefizit zustande: Spanien wurde wegen seiner im Vergleich zu anderen Euro-Ländern immer weiter steigenden Preise immer weniger wettbewerbsfähig, konnte immer weniger exportieren und musste immer mehr importieren - auf Kredit aus dem Ausland. Die eigene Produktivität des Landes hätte bei weitem nicht für den hohen Lebensstandard gereicht, der üblich geworden war.

Was hat das mit dem Euro zu tun? Ohne Euro, mit der Peseta, hätte die spanische Notenbank längst die Zinsen anheben und damit die Überhitzung am Immobilienmarkt und in der gesamten Wirtschaft stoppen können. Beim Einsetzen der Krise hätte man die Peseta abwerten können, wie schon mehrmals in der Vergangenheit. Dadurch wären die spanischen Produkte im Ausland wieder wettbewerbsfähig geworden. Stattdessen ließ man der Entwicklung ungebremst und verantwortungslos viel zu lange die Zügel schießen. So haben sich durch die niedrigen Zinsen die krebstartigen Wucherungen in der Ökonomie gebildet. Statt zu bremsen, hat man in der Illusion ständig wachsenden Wohlstandes den Rausch genossen und ständig weiter verstärkt.

Wie geht es weiter? Nicht gut. Der Bereinigungsprozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Preise in Spanien steigen jetzt langsamer; bereinigt um volatile Güter wie Energie und Lebensmittel gab es im April 2010 sogar zum ersten Mal in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte einen Preisrückgang, das heißt Deflation.¹⁶ Bei hohen Schulden, wie sie in Spanien herrschen, sind sinkende Preise jedoch Gift: Zinsen und Tilgung der Kredite sind vertraglich festgelegt; wenn nun die Preise und gar die Löhne sinken, wie durch die kürzlich beschlossene 5%ige Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst¹⁷, wird die Zins- und Tilgungslast für die Schuldner immer drückender. Die Kreditausfälle steigen immer weiter.¹⁸

Die Wirtschaftskrise in Spanien dürfte noch mehrere Jahre lang anhalten. Falls sie nur wenige Jahre dauert, wird sie sehr scharf, hart und brutal werden, mit weiterem Anstieg der Arbeitslosigkeit

12 Stefan Bergheim, a.a.O.

13 Institut der deutschen Wirtschaft Köln, März 2009.

14 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2007, Leistungsbilanzsalden und preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum, S.27f.

15 Stefan Bergheim, a.a.O.

16 Vgl. Wall Street Journal 14.5.2010: Spanish Core CPI Posts First Fall on Record.

17 Vgl. Wall Street Journal 13.5.2010: Spain Flags New, Steeper Austerity Measures.

18 Wall Street Journal 19.3.2009 und 22.5.2010: Spain Takes Over Failing Bank.

und vermutlich starken sozialen Unruhen. Falls es gelingt, den Anpassungsprozess über zehn Jahre zu strecken, wird es eine lange Phase der Stagnation oder leichter Schrumpfung geben, wie in Japan in der „lost decade“ nach dem Platzen der dortigen Immobilienblase 1990.

Gründe dafür sind: 1. Da die Löhne im Vergleich mit anderen Euro-Staaten um etwa 20 bis 30 Prozent zu hoch sind, müssen sie um diesen Betrag sinken, damit Spanien wieder wettbewerbsfähig wird. In dieser Phase sinkender Löhne wird die Kaufkraft im Lande zurückgehen und damit die Inlandsnachfrage für die spanische Volkswirtschaft fehlen. 2. Die Immobilienpreise sind etwa doppelt so hoch, wie langfristig vertretbar, d.h. sie müssen um etwa 50% sinken. Das führt dazu, dass jahrelang Druck auf die Banken in Form von unzureichenden Sicherheiten, und - wegen der sinkenden Löhne - Kreditausfällen bestehen wird, was die Neukreditvergabe und damit auch das Wirtschaftswachstum abwürgt.

Angesichts der bevorstehenden schmerzlichen und langwierigen Anpassungskrise mit schrumpfender Wirtschaft und hoher Arbeitslosigkeit könnten spanische Politiker daher versucht sein, einen weniger schmerzhaften Weg zu gehen: Den Austritt aus dem Euro und die Wiedereinführung der Peseta. Dies würde die ursächlich zu Grunde liegenden wirtschaftlichen Probleme erheblich mildern: Über eine Währungsabschwächung könnte die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft wieder hergestellt werden, Exporte würden gefördert und Importe durch heimische Produktion ersetzt werden.

Allerdings wäre der Preis eines Euro- Austritts hoch: Deutlich steigende Inflation, eine Staatsschulden- sowie Bankenkrise, Isolation von den internationalen Finanzmärkten und ein vorübergehender Wirtschaftseinbruch nach dem Muster Argentiniens 2001/2002.

Die Alternative bei einem Verbleib in der Euro-Zone: Jahrelange Wirtschaftsschrumpfung oder Stagnation, weiter steigende Arbeitslosigkeit und ebenfalls eine Staatsschulden- und Bankenkrise.

Die Gefahr bei dem Ganzen, unabhängig davon, ob Spanien den Euro beibehält oder nicht: Wenn Illusionen oder Träume platzen, wie es in den nächsten Jahren in Spanien (und einer Reihe anderer Länder) kommen muss, entsteht leicht böses Blut. Es dürften unruhige Zeiten ins Haus stehen.

Anmerkungen zur Spanienkrise aus anthroposophischer Sicht

Soziale Krebsbildung

Anfang 2008 sprach der spanische Ökonom José García Montalvo bezüglich der Immobilienentwicklung in Spanien vom krankhaft-unkontrollierten Wachstum des „Immobilientumors“. Hier wird - ohne es zu wissen - bis in die Begrifflichkeit hinein ein Gedanke Rudolf Steiners vom sozialen Karzinom aufgegriffen. In einem

Vortrag im April 1914 sagte Steiner: „Es wird heute für den Markt ohne Rücksicht auf den Konsum produziert und dann wartet man, wie viel gekauft wird. Diese Tendenz wird immer größer werden, bis sie sich in sich selbst vernichten wird. Es entsteht dadurch im sozialen Zusammenhang genau dasselbe, was im Organismus entsteht, wenn ein Karzinom entsteht. Ganz genau dasselbe, eine Krebsbildung, eine Karzinombildung, Kulturkrebs, Kulturkarzinom!“¹⁹

Hauptursache für diese Krebsbildungen ist, dass auf gehäuftes Kapital immer weiter vermehrt wird und sich staut, statt sinnvoll eingesetzt zu werden. Genau vor dieser Situation stehen wir heute, ähnlich wie 1914, wieder. Diejenigen Menschen bzw. Familien, denen seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer größere Kapitalreichtümer zugeflossen sind, haben diese Reichtümer im Wesentlichen weiter kumuliert statt sie der Allgemeinheit zuzuführen, damit das Kapital teilweise wieder verbraucht wird, etwa in Form von Zuwendungen für das Geistesleben.²⁰ Diese Konservierung und Stauung des Kapitals während der letzten 65 Jahre stellt eine Krankheitserscheinung dar, die in den kommenden Jahren kuriert werden muss. Wenn die Überführung des Kapitals nicht geordnet, mit Vernunft herbeigeführt wird, dürfte sie in den nächsten Jahren unkontrolliert, chaotisch kommen.

Fehlleistungen der Mainstream-Ökonomen

Mit wenigen Ausnahmen haben die Mainstream-Ökonomen die Finanzkrise in keiner Weise vorhergesehen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der bereits erwähnte, im September 2007 von einem Senior Analyst der Deutschen Bank, Dr. Stefan Bergheim, verfasste Artikel: „Spanien 2020 - die Erfolgsgeschichte geht weiter“. Es ist schier unbegreiflich, wie ein so hochrangiger Analyst einer führenden deutschen Bank so fundamental daneben liegen kann.

Die Erklärung aus anthroposophischer Sicht ist recht klar: Nur spirituelles Denken kann im Sozialen wirklichkeitsgemäß sein; mit naturwissenschaftlichem Denken „kommt man eben mit Bezug auf alle sozialen Angelegenheiten auch nicht einen wirklichen Schritt weiter.“²¹ Rudolf Steiner diagnostizierte bereits bei den Ökonomen seiner Zeit eine Unfähigkeit, soziale Prozesse zu erfassen; er prognostizierte dies auch für die Zukunft, sofern man bei dem herkömmlichen materialistisch-naturwissenschaftlichen Denken bleiben würde.

19 Wien, 14.4.1914. In GA 153, Dornach 1997, S. 174.

20 Vgl. GA 340, S. 77: „So könnten Sie überall sehen im menschlichen Organismus, wie im nicht richtigen Aufnehmen und Wegschaffen des zu Verdauenden, wie da die Ursache von Krankheitserscheinungen liegt. Ebenso ist es im sozialen Organismus in dem Anhäufen von demjenigen, was eigentlich an einer bestimmten Stelle verbraucht werden soll. Es ist einfach notwendig, dass hier der Verbrauch des Kapitals eintritt, damit mit der Natur nicht das Kapital eben sich zum Unlebendigen verbinden kann, gleichsam zum versteinerten Einsatz im volkswirtschaftlichen Prozess. Denn der kapitalisierte Grund und Boden ist eben ein unmöglicher Einsatz im volkswirtschaftlichen Prozess.“

21 GA 188, S. 203, Vortrag in Dornach am 31.1.1919.

Die Rolle von Illusionen

Wie oben beschrieben, wurden in Spanien in den letzten Jahren diverse Illusionen erzeugt, die nun dabei sind, zu zerplatzen. Illusionen zu erzeugen ist nach Rudolf Steiner gerade die Absicht bestimmter Mächte, um die Welt in Unglück und Chaos zu stürzen.²² Die vielen in Europa, besonders im Euro-Raum, aber auch in Osteuropa in den letzten etwa 15 Jahren entstandenen Illusionen dürften durchaus beabsichtigt gewesen sein. Wenn die ökonomischen und sozialen Illusionen platzen, kommt Ernüchterung, Enttäuschung, Zorn auf; verkürzte Schuldzuweisungen, die folgen, schüren den Nationalismus, und die allgemeine Unsicherheit erzeugt Angst in den verschiedensten Lebensgebieten.

Laut Rudolf Steiner ist Angst eine besonders gute Methode, den Menschen auf die abschüssige Bahn zu bringen.²³ Letztlich geht es bei den sozialen Entwicklungen nicht primär um Geld oder Ökonomie, sondern um Macht, Angst und Freiheitsverminderung, worauf Rudolf Steiner an diversen Stellen hinweist, z.B.: „Das wirksamste Prinzip in der neueren Zeit, um die Macht auszudehnen über so viele Menschen als man braucht, ist das wirtschaftliche Prinzip, das Prinzip der wirtschaftlichen Abhängigkeit. Aber diese ist nur das Werkzeug. Um was es sich handelt, das ist etwas ganz anderes.“²⁴ Was die Menschheit sich hier auf der Welt erwerben soll, ist die Freiheit des Willens. Der Mensch ist dabei jedoch ständig der Gefahr ausgesetzt, dass ihm der freie Wille entrisen werde. „Dabei handelt es sich darum: Eine Gesellschaft, in der Freiheit existieren kann, umzuformen in eine Sklavengesellschaft.“²⁵ Tiefe wirtschaftliche und soziale Krisen und damit einhergehend entsprechendes soziales Chaos hätten vor diesem Hintergrund eine wichtige Steigbügelfunktion und seien durchaus beabsichtigt.

Cui bono? Wer könnte von den Entwicklungen profitieren?

Die unzeitgemäße Euro-Einführung, die von vielen EU-Bürgern abgelehnte EU-Erweiterung sowie die wachsende Entdemokratisierung Europas durch die zunehmende Kompetenzverschiebung zu einer anonymen, nicht demokratisch legitimierten EU-Bürokratie dürften Europa, vor allem Kontinentaleuropa, in den kommenden Jahren überproportional schwächen. Relative Gewinner dieser Prozesse könnten die USA und vermutlich auch Asien sein. In diesem Zusammenhang warnte Rudolf Steiner bereits 1917 eindringlich vor zunehmendem Amerikanismus in Europa: „Sonst aber, wenn Europa fortfahren wird, in diesen Dingen blind zu sein, dann wird es mit diesem armen Europa so gehen, wie es mit Griechenland gegenüber Rom gegangen ist. Das darf nicht sein; die Welt darf nicht geographisch amerikanisiert werden. [...] Denn Amerikas Bestreben geht darauf hinaus, alles zu mechanisieren, alles in das

Gebiet des reinen Naturalismus hineinzutreiben, Europas Kultur nach und nach vom Erdboden auszulöschen. Es kann nicht anders.“²⁶ Betrachtet man die kulturelle und ökonomische Entwicklung Europas in den letzten Jahrzehnten, so drängt sich der Eindruck auf, dass Europa durchaus fortfuhr, in diesen Dingen blind zu sein und sich in starkem Maße amerikanisiert hat. Eine Schwächung Europas, vor allem Kontinentaleuropas würde durchaus im machtpolitischen Interesse der USA und evtl. auch Großbritanniens liegen. Die Einführung des Euros und die EU-Erweiterung sind vermutlich kein Zufall.

Fazit

Die kommende Wirtschafts- und Sozialkrise dürfte Europa (und weite Teile der Erde) in große soziale und politische Unruhen stürzen. Der Euro dürfte auf Grund der oben genannten Entwicklungstendenzen, die nicht nur auf Spanien, sondern auf eine ganze Reihe von Euroländern zutreffen, in seiner jetzigen Form nicht haltbar sein.

Die kommende tiefe Krise bietet aber auch einzigartige Chancen: Statt auf die bisherigen unehrlichen, kosmetischen und unsozialen Maßnahmen seitens der Politiker sowie führender Wirtschaftsvertreter in- und außerhalb Spaniens zu vertrauen, könnten die kommenden Zeiten auch dafür genutzt werden, nachhaltige, ehrliche, ernsthafte Wege aus der Krise zu beschreiten: Weg von Egoismus, Gier und Rücksichtslosigkeit, hin zu mehr Mitmenschlichkeit, Ehrlichkeit und Verantwortung. Weg von unserem blanken Materialismus hin zu mehr Idealismus und Spiritualität, etwa nach dem Ausspruch von Saint Exupéry: „Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar, man sieht nur mit dem Herzen gut.“ Zu einem solchen Bewusstseinswandel, der zu einer krisenfesteren, brüderlicheren und menschlicheren Gesellschaft führen würde, kann jeder Einzelne von uns beitragen.

Literaturverzeichnis

- Deutsche Bank Research (DB Research):
- Stefan Bergheim, 11.9.2007, Spanien 2020 - die Erfolgsgeschichte geht weiter
 - Key economic indicators: Spain, update 15.5.2008
- Deutsche Bundesbank, Monatsberichte
- Die Welt, 3.4.2008, Spanien steht kurz vor Immobilien-Crash
- Fira de Barcelona, Departamento de Estudios, El sector de la construcción en España y en Cataluña, Mayo 2007
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wochenberichte
- Instituto Nacional de Estadística (INE), España en cifras, diverse Jahrgänge
- Reuters, Spanien, Sparkurs wird Wirtschaftswachstum 2011 bremsen, 18.5.2010
- Saint-Exupéry, Antoine de, Der kleine Prinz
- Steiner, Rudolf: GA 153, Inneres Wesen des Menschen und Leben zwischen Tod und neuer Geburt
- GA 178, Individuelle Geistwesen und ihr Wirken in der Seele des Menschen
 - GA 188, Der Goetheanismus, ein Umwandlungsimpuls und Auferstehungsgedanke
 - GA 222, Die Impulsierung des weltgeschichtlichen Geschehens durch geistige Mächte
- 26 GA 178, Vortrag vom 16.11.1917.

22 GA 222, Vortrag in Dornach vom 18. März 1923, zu den 14 Punkten von Woodrow Wilson, „durch welche, weil sie die Welt in Illusionen gewiegt haben, so ungeheuer viel Unglück und Chaos in die Welt gekommen ist.“ (S. 86).

23 GA 266/I, Teilnehmeraufzeichnung 26.1.1908.

24 GA 178, Vortrag vom 25.11.1917.

25 GA 254, Vortrag vom 18.10.1915.

- GA 254, Die okkulte Bewegung im 19. Jahrhundert und ihre Beziehung zur Weltkultur
 - GA 266/1, Aus den Inhalten der esoterischen Stunden
 - GA 340, Nationalökonomischer Kurs
- Wall Street Journal online (WSJ), diverse Ausgaben

Über den Autor:

Der Autor studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in Wirtschaftsgeschichte über die Große Depression 1929 bis 1932 in München. Nach neun Jahren Berufstätigkeit als Bankier in verschiedenen Geschäftsbanken, davon sieben Jahre als investment banker, unterrichtet er seit 2002 als Professor an der Hochschule Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. 2004 und 2006 hielt er an der University of Maine, USA, Master of Business Administration (MBA)-Vorlesungen über investment banking. Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Adresse: Dr. Christian Kreiß, Prof. für Finanzierung und Wirtschaftspolitik, Hochschule Aalen, Beethovenstr. 1, 73430 Aalen, E-Mail: christian.kreiss@htw-aalen.de

Stuttgart 21

Karl-Dieter Bodack

Die Politiker, die das Projekt beschlossen hatten und weitere Befürworter freuen sich, dass nun nach fast zwei Jahrzehnten der Planungen und Diskussionen die Bauarbeiten beginnen. Die Promotoren haben viele Gründe, denn der heruntergekommene Bahnhof braucht dringend Verbesserungen. Da es eine Reihe von Alternativen gibt, die offensichtlich nur einen Bruchteil der jetzt geplanten öffentlichen Mittel erfordern, stellt sich die Frage nach den Gründen, wesentlich mehr Geld als notwendig auszugeben. Dabei sei hier ausgeblendet, dass die aktuelle Planung nicht nur eine Reihe unerwünschter Nachteile aufweist, sondern auch beträchtliche Risiken schafft. Sie resultieren sowohl aus dem überaus komplexen Bauablauf inmitten einer Großstadt sowie aus Naturgegebenheiten: Der Schutz der wertvollen Mineralwasserquellen Stuttgarts und die überaus anspruchsvolle Geologie, in der die Tunnelbauten vorangetrieben werden sollen, werfen die Frage auf, ob das Vorhaben überhaupt in Gänze realisierbar ist. Über allem steht das „globale“ Risiko, dass alle Anlagen erst dann nutzbar sind, wenn alle Bauvorhaben abgeschlossen und nutzbar sind. Daher stellen sich die Fragen:

- Welche vordergründig bislang nicht diskutierten Gründe führten zu den Entscheidungen für das Großprojekt?
- Warum wurden und werden die Alternativen, die nur einen Bruchteil kosten würden, gar nicht ernsthaft untersucht?

Vordergründige Ziele von Stuttgart 21

Die vordergründig genannten Ziele sind mit relativ wenig Aufwand erreichbar:

1. Der Zustand des Bahnhofs erfordert dringende Instandhaltungsmaßnahmen.

Dies ist Aufgabe der Deutschen Bahn AG: Die DB Station und Service nimmt im Stuttgarter Hauptbahnhof etwa 5 Millionen Euro pro Jahr allein aus dem Zugverkehr ein; etwa die Hälfte stammt aus „Bestellerentgelten“, also aus Steuermitteln. Offensichtlich wurden diese Beträge bislang weitgehend an anderen Stellen verwendet. Nun scheint es an der Zeit, den Nachholbedarf ohne Steuermittel zu finanzieren!

2. Das Erscheinungsbild des Bahnhofs ist schlecht.

Dies gilt vor allem für die Bahnsteige: Hier sind neue Lösungen für ein zukunftsweisendes Ambiente gefragt. Großzügige Glashallendächer, Nutzung von Solarenergie, neue Ausstattungen der Bahnsteige sollten mit öffentlichen Mitteln gefördert werden: Dazu sei ein Betrag von 240 Millionen Euro vorgeschlagen, doppelt so viel wie die Glashalle des Berliner Hauptbahnhofs gekostet hat.

3. Die Haltezeiten sollten verkürzt werden.

Der Durchgangsbahnhof soll die Zugfahrt und Haltezeiten um etwa 3 Minuten verkürzen. Dies ist annähernd auch im Kopfbahnhof erreichbar, wenn die bisher unbenutzten Gepäckbahnsteige von den Bahnsteigstützen befreit und zum Aussteigen genutzt werden. Damit werden auch die gegenläufigen Fahrgastbewegungen auf den Bahnsteigen vermieden, das Geschehen wird stressfreier. Die S-Bahn München schafft selbst an hoch frequentierten Stationen mit solchen Doppelbahnsteigen Haltezeiten von nur 30 Sekunden! Die Kosten für die Ertüchtigung der derzeit ungenutzten und zu niedrigen Bahnsteige seien auf 20 Millionen Euro geschätzt.

4. Die Fahrzeiten auf der Magistrale Paris-Budapest sollen verkürzt werden.

Im Jahr 1995 fuhr der ICE von München nach Stuttgart mit guter Pünktlichkeit fahrplanmäßig in 2 Stunden 1 Minute; heute sind es 2 Stunden 24 Minuten! Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm sollen die Züge um 26 Minuten beschleunigen. Würde der damalige Fahrplan wieder eingeführt und dazu im relativ flachen, unbebauten Gelände um Amstetten, Ulm und Augsburg die dort wegen der Kurven langsame Strecke begradigt, wäre die Fahrzeitkürzung ohne gigantische Tunnel erreichbar. Dann dürften 200 Millionen Euro ausreichen.

5. Der Güterverkehr auf der Schiene leidet unter Engpässen.

Die geplante Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm wird gegenüber der bestehenden Strecke voraussichtlich ein um 60% höheres Trassenentgelt kosten, die Güterzüge auf eine längere Steigungsstrecke zwingen, deren Scheitelpunkt 160 m höher liegt als heute! Daher ist abzusehen, dass hier überhaupt kein Güterverkehr stattfinden wird, auch weil die Strecke im Neckartal gar nicht überlastet ist.

Bei Bedarf könnte leicht die Strecke über Aalen und Nördlingen nach Donauwörth genutzt werden: Sie hat

nur minimale Steigungen, kostet geringes Trassenentgelt. Mangels Bedarfs ist sie zur Zeit nachts geschlossen. Für eine Streckenerüchtigung und eine notwendige Zufahrt in Untertürkheim seien 100 Millionen Euro veranschlagt.

6. Die Stadt braucht freie Flächen für Läden, Dienstleistungen und Büros.

Investoren und Unternehmen sollte in der Tat jede Entwicklungsmöglichkeit geboten werden. Das ist leicht und jetzt möglich, wenn das Bahngelände zur Überbauung frei gegeben wird. In Basel, Schweizer Bahnhof, ist dies zu besichtigen: Quer über alle Gleise und Bahnsteige spannt sich eine großzügige Ladenpassage mit Zugängen zu den Bahnsteigen sowie ein Bürogebäude.

7. Menschen suchen Wohnung in stadtnaher Lage.

Für Wohnbauten bieten sich Teilflächen des Abstellbahnhofs und des Betriebswerks an, die auch heute schon für den Bahnbetrieb entbehrlich erscheinen. Außerdem wären die Flächen in Untertürkheim, die für Stuttgart 21 vorgesehen sind, für eine Wohnbebauung zu nutzen.

8. Flughafen und Messe sollen direkter und schneller erreicht werden.

Direktverkehre mit Regionalexpress und IC-/ICE-Zügen werden möglich, wenn über die Gäubahn und mit der geplanten Neubaustrecke Flughafen-Wendlingen der Flughafen besser erschlossen wird. Da die geplante Neubaustrecke entlang der Autobahn A8 verläuft und nur einen kurzen Tunnel erfordert, ist sie relativ kostengünstig zu bauen. Sie ist planfestgestellt, der Bau könnte begonnen werden, damit bereitstehende Bundesmittel abgerufen werden. Die Kosten für Neu- und Ausbaumaßnahmen seien auf 500 Millionen Euro geschätzt.

2. Steuergelder schaffen Arbeitsplätze.

Das ist unstrittig - allerdings entstehen doch wohl gleich viele Arbeitsplätze, wenn die veranschlagten Geldbeträge in andere Bauvorhaben investiert werden. Die Umwidmung von Mitteln, die die Deutsche Bahn AG für Stuttgart 21 bereitstellt, auf andere Ausbaumaßnahmen dürfte kurzfristig möglich sein, vor allem, wenn damit der Kopfbahnhof, die vorhandenen Zufahrten und Bestandsstrecken saniert werden. Die derzeit geplanten Finanzierungsanteile des Bundes könnten in den geplanten Vorhaben Gäubahn-Anschluss, Flughafenzufahrten, Neubaustrecke nach Wendlingen und anderen Ausbaumaßnahmen weiterhin der Region zugute kommen. Die Mittel des Landes und der Stadt könnten für notwendiger erscheinende Projekte verwendet werden. Bei Einstellung des Projekts S21 kann die Stadt Stuttgart 639 Millionen Euro bei der DB AG geltend machen, die diese 2009 für die Grundstücksverkäufe bilanziert hat.

Milliarden Euro Differenzen

Rechnet man die Kosten dieser Alternativen zusammen, so ergibt sich die Größenordnung von 1 Milliarde Euro an Steuermitteln, um die notwendig erscheinenden Ziele weitgehend zu erreichen.

Die DB AG wird darüber hinaus die Erstattung verlorener Planungskosten in Höhe von bis zu 200 Millionen Euro geltend machen. Dazu kommt die Sanierung der Gleisanlagen, für die schätzungsweise 100 bis 200 Millionen Euro erforderlich erscheinen. **In der Summe erscheinen maximal 1,5 Milliarden Euro notwendig, um die Ziele von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke zu realisieren.**

Das Projekt S21 soll maximal 4,9 Milliarden, die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm sollte nach DB-Kalkulation zunächst 2,1 und nun 2,9 Milliarden Euro kosten. Dabei ist der Betrag für die Neubaustrecke ganz unrealistisch, de facto muss mit Kosten von über 5 Milliarden Euro gerechnet werden. Dieser Betrag ergibt sich, wenn man die abgerechneten Kosten der Neubaustrecke Ingolstadt-Nürnberg auf die Streckenlängen und die Tunnelvolumina der schwäbischen Strecke überträgt.

Die NBS Nürnberg-Ingolstadt kostete, wenn man die von der DB genannten Gesamtkosten umlegt, je Streckenkilometer im Freien etwa 12 Mio. Euro, je Tunnelkubikmeter etwa 840 Euro. Damit ergeben sich:

- für die NBS Wendlingen-Ulm für die geplanten 32 km Strecke im Freien 384 Mio. EUR
- für die geplanten 4,946 Mio Kubikmeter Tunnel 4.155 Mio. EUR
- Preissteigerungen für 12 Jahre spätere Bauzeit 15% = 681 Mio. EUR
- Kostenschätzung für die NBS Wendlingen-Ulm mit realistischen Werten der DB AG 5,2 Mrd. EUR

Damit kosten die geplanten Bahnprojekte Stuttgart-Ulm in ihrer jetzigen Form voraussichtlich etwa 10 Milliarden Euro.

Der Kostenvergleich möglicher Alternativen zu den geplanten Maßnahmen zeigt: Zur Schaffung ähnlicher Nutzeffekte werden mit den derzeitigen Projekten sechs bis achtfach höhere Beträge erforderlich als eigentlich, bei rationaler und wirtschaftlicher Planung, notwendig erscheinen. Was bewegt die Deutsche Bahn AG und die verantwortlichen Politiker dazu, sechs oder sieben Mal mehr Geld auszugeben als zur Erreichung der rationalen Ziele notwendig erscheint?

Grundlegende Ursache

Eine Ursache dafür, dass für relativ geringe Nutzeffekte in der Größenordnung 10.000 Millionen Euro ausgegeben werden sollen, liegt sicher darin, dass zunächst nicht Probleme im Vordergrund standen, sondern eine Idee, für die dann Probleme gesucht und gefunden wurden. Auslöser war vor zwei Jahrzehnten die Idee eines Bahnprofessors, einige Züge quer unter dem Bahnhof fahren zu lassen, mit 2 oder 4 Gleisen, um damit den Flughafen direkt und schnell zu bedienen.

Die ursprüngliche Idee kann auch heute noch als relativ rational erscheinen, da sie mit schätzungsweise einem Viertel oder Fünftel des derzeit geplanten Aufwands realisierbar erscheint. Wiederhall fand sie allerdings erst, als sie mit acht Bahnhofgleisen und aufwendigen unterirdische Aus- und Zufahrtstrecken auf ein Mehrfaches an Bauvolumen aufgebläht wurde. Dazu

Stuttgart 21 und die Demokratie

Aus der Rede von Gerald Häfner, Mitglied des Europäischen Parlaments, auf der Großdemonstration von über 69.000 TeilnehmerInnen gegen Stuttgart 21 am 10.09.2010

Herzlichen Dank und einen Glückwunsch allen Stuttgarterinnen und Stuttgartern! Ich finde unglaublich, was hier in dieser Stadt passiert. Eine Stadt steht auf. Was hier in den letzten Wochen und Monaten entstanden ist, das wünsche ich mir eigentlich immer. Nämlich, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr stumm bleiben, nicht mehr ohnmächtig und hilflos zuschauen, wie Entscheidungen getroffen werden, die sie unmittelbar betreffen - Entscheidungen, die die Stadtökologie gefährden, die finanzpolitischer Wahnsinn sind -, sondern dass sie sich einmischen. Manche sagen, der Protest zerreißt die Stadt. Mein Eindruck ist: der Protest führt sie zusammen. Junge und Alte, Menschen aus allen Berufen, Menschen aus allen Schichten kommen zusammen, um für ihre Stadt aufzustehen und Verantwortung zu übernehmen. Das sollte sich eigentlich jeder Politiker wünschen, und zwar immer, denn das ist Demokratie... Es ist nebenbei nicht nur unsere Stadt, die hier umgegraben werden soll, sondern es ist auch unser Geld, mit dem das bezahlt werden soll. Und ich meine, da hätten die Bürgerinnen und Bürger ein Wörtchen mitzureden. Es gibt zwei Skandale, finde ich. Der eine Skandal ist das Wahnsinnsprojekt von Stuttgart 21... und der andere Skandal, das ist die Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger. Die muss aufhören. Ich bin für Wahlen, ich stehe auch gelegentlich zur Wahl. Aber es kann nicht sein, wenn man seine Stimme in der Wahl abgibt, dass die dann weg ist, sondern es kann nur sein, dass wer in der Wahl seine Stimme abgibt, auch zwischen den Wahlen noch zählt, wenn es ihm darauf ankommt...

Mich beschäftigt eine Frage. Was können wir über Stuttgart 21 hinaus, was können wir tun, damit dieser Protest am Ende nicht wirkungslos verpufft? Was können wir tun, damit auch in Zukunft die Menschen mitzureden haben, wenn es um ihre Stadt, um ihr Land, um ihr Geld, um ihre Zukunft geht? Und da will ich Euch sagen: Im Grundgesetz steht klipp und klar: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Gleiche steht in der Landesverfassung von Baden-Württemberg. Wie geht das? Darüber gibt das Grundgesetz Auskunft. Wenn da steht, „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, da geht es nicht weiter: „und kehrt nie mehr zurück“, sondern dort heißt es, „sie“, d.h. alle Staatsgewalt, „wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt“.

Ihr liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter seid schon einmal um einen Bürgerentscheid betrogen worden. Ich meine, dass über den Kampf gegen das Projekt Stuttgart 21 hinaus euer Kampf ein Kampf sein muss für mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger. Und das heißt ganz konkret: Das Land Baden-Württemberg hat im bundesweiten Vergleich die bürgerunfreundlichste Regelung - neben zwei anderen Ländern -, wenn es zu Volksbegehren und Volksentscheid kommt. In 50 Jahren Geschichte gab es keinen einzigen erfolgreichen Volksentscheid, kein einziges erfolgreiches Volksbegehren. Warum? Weil Ihr einen Artikel in der Verfassung stehen habt, der es unmöglich macht, dass Ihr als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes selbst über wichtige Angelegenheiten entscheidet.

Es gibt drei Punkte, die ich Euch ans Herz legen muss. Erstens: In Baden-Württemberg braucht man für ein Volksbegehren ein Sechstel, das sind heute 1,26 Millionen Bürger. Ein unerträglich hohes Quorum, ein nie zu schaffendes Quorum! Und das muss man erreichen in 14 Tagen, das ist ein völliger Irrsinn. Das ist ein Gesetz, das geschaffen wird, so dass es nie funktionieren soll. Ihr müsst die Hürde senken und ihr müsst die Frist verlängern. Und Ihr müsst dafür sorgen, dass immer dann, wenn Menschen in Baden-Württemberg in ausreichender Zahl das wollen, dass dann die Bürgerinnen und Bürger selbst über wichtige Sachfragen entscheiden können, wie dieses Projekt Stuttgart 21.

Mein Vorschlag ist, - denn Ihr habt das Glück, dass Ihr ziemlich dicht vor Wahlen steht, und kurz vor Wahlen interessieren sich mindestens einige Politiker für das, was in der Bevölkerung lebt. Mein Vorschlag ist, dass ihr eine Bewegung aufbaut, die ganz klipp und klar sagt: Wir wählen im März nächsten Jahres nur noch solche Kandidaten und Kandidatinnen, nur noch solche Parteien, die uns versprechen, dass das erste Gesetz, dass sie im nächsten Landtag einbringen und beschließen werden, das Gesetz ist, das dafür sorgt, dass die Menschen in Baden-Württemberg endlich mitreden und mitentscheiden können. Ich möchte, dass wir in einem und in zwei und in fünfzig Jahren nicht sagen können und müssen: Wir waren das Volk, damals im Schlosspark und bei der Menschenkette, sondern dass wir sagen können: Wir sind das Volk und wir bleiben das Volk! In Baden-Württemberg, in Deutschland, in Europa - überall sollen Bürger unmittelbar mitreden und mitentscheiden können...

(Ein Video der Rede findet sich auf Youtube: <http://www.youtube.com/watch?v=mU2dXTXPMKw>)

kam der Plan einer Neubaustrecke in einem Gebirge, das absolute Höchstforderungen an Tunnelbauten stellt: Das Projekt geriet damit ins Gigantische, die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft gerieten in Begeisterung. Die Mehrheiten der Parlamentarier in Stadt und Land stimmten zu - auf der Basis unrealistischer Kostenwerte und offensichtlich unwissend, welche finanziellen und terminlichen Risiken zwangsläufig entstehen.

Ein nahe liegender Grund

Ein erster Grund für die gigantischen Mehrausgaben kann darin gefunden werden, dass Fakten ignoriert werden: Dass z.B. wirtschaftliche Güterzüge eine Lok und 2000 Tonnen Last haben und damit nicht 17 km Steigungen mit 2,7% überwinden können. Und dass es zwischen Stuttgart und Donauwörth eine nicht ausgelastete Strecke gibt, die minimale Steigungen hat und leicht für den Güterverkehr nutzbar ist Warum werden solche unstrittigen Fakten ignoriert?

Ein Grund ist leicht zu erkennen: Neubaumaßnahmen werden vom Bund bezahlt und - nur in diesem Fall - vom Land bezuschusst. Schätzungsweise ein Fünftel der Baukosten fließt in den DB Konzern für dessen Eigenleistungen. Die Wertschöpfung und damit die Gewinnchancen steigen mit wachsenden Investitionen: Je teurer ein Vorhaben, desto gewinnträglicher ist es. Die DB AG ist auf maximale Gewinne ausgerichtet: Das steht im Gegensatz zum öffentlichen Interesse, die Ausgaben zu minimieren.

Konkret lässt sich dies in einem aktuellen Fall belegen. Ein 25 km Teilabschnitt der Neubaustrecke Ebensfeld-Erfurt ist von der DB AG für 1 Milliarde Euro geplant. Eine Bürgerinitiative hat bei einem kompetenten Planungsbüro

eine Alternativplanung erstellen lassen: Sie vermeidet Tunnel, nutzt vorhandene Strecken und kostet daher nur rund 500 Millionen Euro. Die betroffenen Gebietskörperschaften lehnten die DB Planung ab und stimmten einhellig der Alternativplanung zu. Trotzdem realisiert die DB AG gegen alle Widerstände ihre Planung. Der Vorstand Technik der DB AG, Herr Dr.-Ing. Kefer erklärte dazu, dass er zur Prüfung dieser Alternative keinen Auftrag der Bundesregierung habe.

Die Bundesregierung erteilt einen solchen Auftrag nicht - daher werden hier 500 Millionen Euro Steuermittel offensichtlich unnötig verbaut. Generell versäumt die Bundesregierung, die Planung der Investitionen der DB AG kritisch zu prüfen und damit die Verpflichtung zu erfüllen, die Haushaltsmittel sparsam zu verwenden!

Ein weiterer Grund

Weiter kann beobachtet werden, dass kostengünstige Lösungen nicht erkannt werden. Es ist doch einleuchtend, dass es nur einen Bruchteil kostet, eine Strecke in flachem, wenig besiedeltem Gebiet auf Geschwindigkeiten von 200 oder 250 km/h zu ertüchtigen, als Tunnel durch die Schwäbische Alb zu graben, wo höhlendurchsetzter Jura und extremer Wasserdruck maximale Herausforderungen auch für modernste Tunnelbautechniken darstellen. Die Nutzung zweier Bahnsteige an einem Zug zur Beschleunigung des Aus- und Einsteigens kostet auch nur einen Bruchteil dessen, was ein Bahnhofsneubau mit schnelleren Zufahrten erfordert. Kosten zu sparen erfordert Kreativität. Innovationen sind oft nahe liegend, werden jedoch nicht entdeckt, wenn man auf bestimmte Lösungen fixiert ist.

Ein wesentlicher Grund

Um die Politiker scharft sich ein „Freundeskreis“ aus maßgeblichen Unternehmern und Führungskräften, die umso größere Gewinnchancen erwarten, je größer die Projekte sind. Tunnelprojekte sind dafür bekannt, dass unvorhersehbare Baustellenereignisse zu gewinnträchtigen Mehrkosten führen. Dieser Kreis dürfte daher an Lösungen, die kostengünstiger sind - weil sie z.B. weniger Bauvolumina haben - nicht interessiert sein.

Mit Erstaunen erfahren die Bürger, dass Stuttgarts Finanzbürgermeister Michael Föll Mitglied des Beirats des Bauunternehmens Wolff und Müller ist, das mit Arbeiten zum Abriss des Nordflügels des Hauptbahnhofs beauftragt ist.

Ein tieferer Grund

Bei der feierlichen Prellbockanhebung wurde von den Festrednern der Besucherstrom beschworen, der einsetzen wird, wenn erst einmal die Großbaustelle im Herzen der Stadt eröffnet sein wird. Gewiss: So eine Baustelle in einem Stadtzentrum, in die über eine Milliarde Euro versenkt werden soll, dürfte in Deutschland einmalig sein: Sind damit viele Milliarden Euro Mehrausgaben zu rechtfertigen?

Weiter war beim Festakt zu vernehmen, dass es doch landesüblich sei, dass bei sinnvollen und notwendigen

Projekten wenig einsichtsvolle Bürger erst einmal protestierten, bevor dann bei der Fertigstellung alle, des Lobes voll, die Politiker würdigten, die gegen alle Widerstände ihre Weitsicht bewahrten.

In solchen Äußerungen mag sich die Sehnsucht nach Größe und Berühmtheit, nach der Rolle als weitsichtiger (Landes-)Vater zeigen, der seine Bürger gegen deren Uneinsichtigkeit zu rechten Zielen führt - wie ein guter Schäfer seine Schafe!

Der entscheidende Grund?

In eher privaten Gesprächen vernimmt man das Wort „Faszination“: Tatsächlich: Nirgendwo in unserer Republik steht ein Projekt an, mit dem Milliarden Euro, großenteils in einer Stadtmitte, versenkt werden sollen, nirgendwo werden so viele Millionen Kubikmeter Erde bewegt, nirgendwo gibt es schwierigeres Gestein zu durchbohren, nirgendwo gibt es so komplizierte Baustellen! Alles Superlative, mit denen Stuttgart wirklich „Metropole aller Baustellen“ werden könnte!

Das zu schaffen, ist das nicht ein Lebensziel? Dass ein solches Ziel einige, ja viele Milliarden Euro mehr kostet als simple Problemlösungen, wird bestritten.

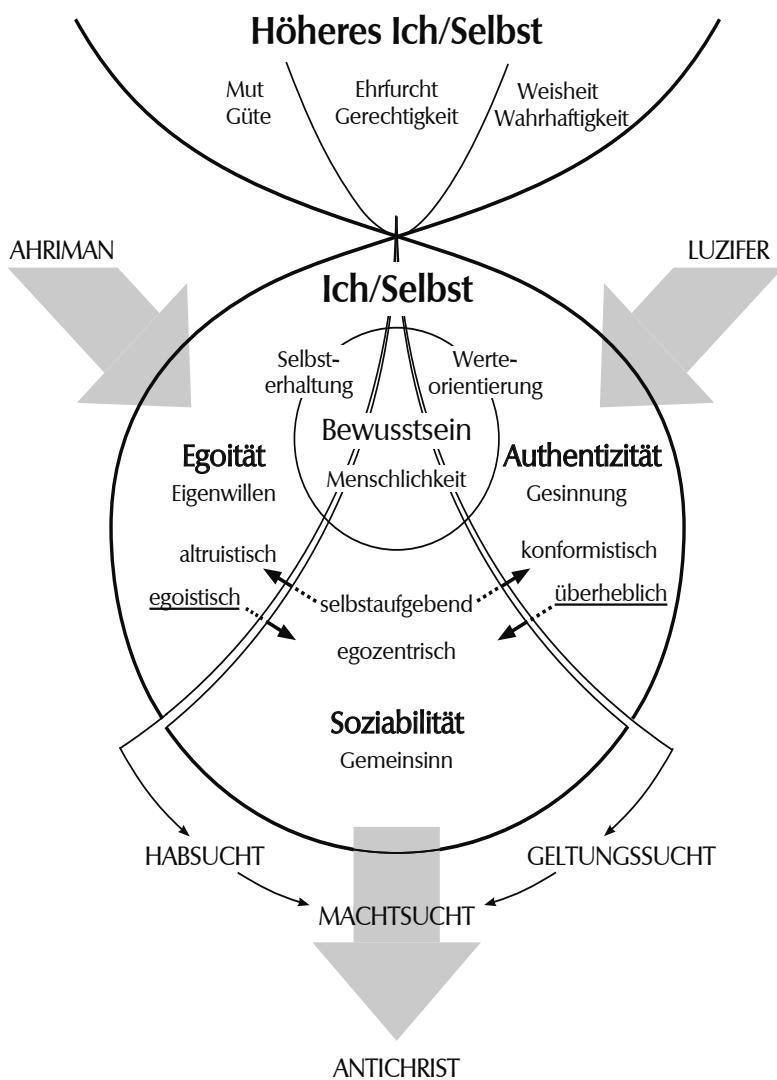
Daraus mag die Frage entstehen: Sind Geldflüsse und potenzielle Gewinne bei der DB AG und anderen Unternehmen sowie die Chance für die Politiker, berühmt und bedeutend zu werden, maßgebliche, tiefere Gründe dafür, ein mehrfaches der eigentlich notwendigen Gelder zu opfern?

Der Nutzen: überwiegend negativ!

Trotzdem ist zu fragen, welcher Nutzen mit den etwa 10.000 Millionen Euro tatsächlich erreicht wird.

Positiv erscheint: Die Stadt erhält in ihrer Mitte Brachflächen, die nach der Reinigung bebaut werden können. Dabei erscheint es fraglich, ob zu den hohen Grundstückspreisen, die die Stadt aufgrund gesetzlicher Vorschriften erheben muss, Nutzer gefunden werden. Auf jeden Fall erscheint nur eine extrem dichte Bebauung möglich, die u.U. Jahrzehnte dauern kann. - Der Flughafen wird mit Fern- und Regionalzügen erschlossen. Wegen der geplanten Engpässe ist die Zugzahl beschränkt; Sonderzüge für Großveranstaltungen scheinen kaum möglich. - Die Fahrzeit nach Ulm wird verkürzt.

Die Negativbilanz ist unübersehbar: Die Stadt verliert wesentliche Teile des charakteristischen Bahnhofsgeländes, der mit alten Bäumen wertvolle Schlosspark erhält einen baumlosen etwa 100 Meter breiten Wall, der den Park teilt, ja zerstört. - Der Bahnhof hat nur noch 8 statt 16 Gleise, Züge müssen zeitlich versetzt werden, ein Teil der Umsteigeverbindungen erhält längere Wartezeiten. - Weite Strecken zukünftiger Bahnreisen verlaufen unterirdisch: Von den Schönheiten der Stadt und des Landes sehen die Reisenden dann nichts mehr! - Mehrere eingleisige und kreuzungsbehaftete Streckenverbindungen erschweren die Fahrplanoptimierung und verschlechtern die Zuverlässigkeit und Stabilität des Bahnbetriebs. - Die Tieferlegung des Bahnhofs und



gestellt wird mit Lichttaugen, die in den Schlosspark ragen. Den Stuttgartern wird eine phantastische Zukunft versprochen mit schnellen Zügen überall hin. Begeisterung entsteht - Fehler und Mängel interessieren gar nicht!

Das zweite Problemfeld stellen die gigantischen Baumassen dar, Milliarden Euro umfassende Baumaßnahmen, eine Logistik mit Erdmassen, die über fünfhundert Kilometer weit weg gefahren werden müssen, da es im ganzen Land Baden-Württemberg keine entsprechende Deponiemöglichkeit gibt. Unternehmen, Städte und Landkreise erwarten Milliarden Beträge von der Bundesregierung und von der Deutschen Bahn und berauschen sich an potenziellen Gewinnen und Geldflüssen.

Beide Komplexe zeigen - gerade weil in ihnen so fanatisch argumentiert wird - zweifellos das Wirken luziferischer und ahrimanischer Kräfte. Diese begleiten, ja beleben alle unsere Aktivitäten und wirken zum Guten, so lange sie beherrscht werden. Sind sie jedoch entfesselt, dann wirken sie zerstörend! Sie beherrschen die Menschen, reale Probleme und rationale Gegebenheiten werden

der um 160 Meter höhere Scheitelpunkt der Strecke nach Ulm erfordern mehr Energie für die Zugfahrten. - Die Stationspreise und Trassenkosten werden sich mindestens verdoppeln und erfordern damit höhere Zuschüsse des Landes oder eine erhebliche Reduktion der bestellbaren Zugkilometer. - Die Kostenangaben der DB AG erscheinen im Vergleich zu abgerechneten Bauvorhaben der DB zu niedrig: Bund, Land und Stadt müssen mit weiteren finanziellen Forderungen der DB AG rechnen. - Die Bauzeit von zehn Jahren erscheint nach allen Erfahrungen mit DB-Projekten ausgeschlossen: Die Stadt muss mit 2 Jahrzehnten rechnen! - Die überwiegenden Nachteile und die nicht verantwortbaren Kosten führen zu massiven Protesten und Polizeieinsätzen, die Bürgerschaft der Stadt wird in „Befürworter“ und „Gegner“ gespalten: Die Atmosphäre wird mehr und mehr vergiftet, das Ansehen der Stadt und des Landes wird herabgesetzt.

nicht mehr wahrgenommen. Zwischen „Befürwortern“ und „Gegnern“ entstehen Konflikte, die in Machtkämpfe münden: Der Gemeinsinn geht verloren!

Betrachtet man das „Selbst“ aus dem Gesichtspunkt der Dreigliederung, entsteht ein klares Bild der Situation: - Die Dimension der Authentizität“ wird durch überstarkes Wirken luziferischer Kräfte zur Überheblichkeit und Geltungssucht; - die Dimension der „Egoität“ steigert sich unter ahrimanischem Wirken zu Egoismus und Habsucht. - Beider Kräfte Zusammenwirken verdrängt damit im Selbst der Beteiligten den Gemeinsinn, die „Soziabilität“ und lässt Egozentrik und Machtausübung entstehen. Die Dimension der „Soziabilität“ ist diejenige, in der die Menschen und die Gemeinschaften Kräfte Christi aufrufen könnten - stattdessen öffnet man in Stuttgart offensichtlich die Tore für das Wirken des ‚Antichristen‘.*!

Wie kann das verstanden werden?

Reflektiert man diese vielfältigen Fakten und Geschehnisse, so lassen sich zwei Komplexe finden.*

Da sind futuristische Pläne, die Stuttgart zum Bahnzentrum der „Magistrale Paris-Budapest“ machen sollen, - weitreichende, verzweigte Bahnwelten im Untergrund, aus denen binnen 8 Minuten der Flughafen erreicht werden soll, - ein Betongewölbe, das transluzent dar-

Über den Autor

Prof. Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack, M.S, geboren in Stuttgart, Studium in Essen, Stuttgart, Berkeley (USA), arbeitete fast drei Jahrzehnte in Stabs- und Führungspositionen der DB und DB AG; berät jetzt freiberuflich Unternehmen und Initiativen und wirkt als Sachverständiger im Verkehrsausschuss des Bundestags. Kontakt: kdbodack@gmx.de.

Gedenken

Rainer Bächli

* 31. 6. 1948 + 10. 6. 2010

*Die Mitarbeiter des Instituts
für Marktökologie IMO*

Dr. Rainer Bächli, Gründer und Direktor des Instituts für Marktökologie (IMO) ist während einer Geschäftsreise in Georgien tödlich verunglückt. Ein tragischer Autounfall in den frühen Morgenstunden des 10. Juni 2010 hat ihn völlig unerwartet aus dem Leben gerissen.

Rainer Bächli wurde am 31. Juli 1948 in Zürich geboren. Er wuchs zusammen mit zwei Brüdern in einem anthroposophischen Elternhaus auf und kam schon früh mit der Kunst, der Natur und Gesundheitsfragen in Berührung. Bereits in den unteren Klassen der Waldorfschule in Zürich wollte er Lehrer werden und so erwarb er zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn das Lehrdiplom. Noch während der Schulzeit, als Austauschstudent in den USA, war er stark beeindruckt von den unkultivierten Landflächen dieses Kontinents. So reifte in ihm der Entschluss, Landwirt zu werden und das Land einer natur- und menschengemäßen Nutzung zuzuführen.

Das Studium der Agrarwissenschaften hat er 1974 an der ETH Zürich abgeschlossen. Anschließend arbeitete er 2 Jahre lang zusammen mit seiner Frau auf dem Dottenfelderhof, einem biologisch-dynamischen Pionierbetrieb in Deutschland. Sein Wunsch nach einem eigenen Landwirtschaftsbetrieb hat sich dann angesichts unerschwinglicher Landpreise und rarer Pachten nicht umsetzen lassen. So wechselte er in den Handelsbereich und leitete 3 Jahre lang das Reformhaus Vier Linden in Zürich.

Die Faszination des biologisch-dynamischen Landbaus hat ihn jedoch ein Leben lang nicht mehr losgelassen: Er begann ein Promotionsstudium an der ETH Zürich über die Veraschungsmethode nach Rudolf Steiner, um diese Methode wissenschaftlich zu bestätigen. Als er 1985 seine Doktoratsprüfung erfolgreich ablegte, hatte er unzählige Versuche im Labor und im Freiland durchgeführt und stand in Kontakt zu allen maßgeblichen Persönlichkeiten des biologisch-dynamischen Landbaus in Europa. Von 1985 bis 1990 war Rainer Bächli Geschäftsführer der Vereinigung Schweizerischer biologischer Landbauorganisationen (VSBLO), der Vorgängerorganisation der heutigen Bio Suisse. Gleichzeitig fungierte er als Sekretär der DEMETER Markenschutzkommission und des biologisch-dynamischen Konsumentenverbandes in der Schweiz. Es war die Zeit des Aufbruchs im ökologischen Landbau. Auf allen Ebenen entstand Neues und das war genau das geeignete Umfeld für seine sehr stark ausgeprägten Initiativkräfte: Rainer Bächli hat in vielerlei Hinsicht mit seinen Ideen die ökologische Bewegung mit entwickelt und geprägt.

Genannt seien hier: - die Gründung von Genossenschaften zur Entschuldung von Bauernhöfen, - die Förderung der assoziativen Zusammenarbeit zwischen

Produzenten, Händlern und Konsumenten, - neue Vermarktungsinitiativen von Milch und Fleisch in DEMETER Qualität, - der Aufbau des DEMETER Markenschutzes, - die Förderung von Forschung und Beratung im biologischen Landbau, - die Durchführung von internationalen Tagungen und die Gründung und Durchführung der ersten Schweizer Biomasse ERDA.

Um die Förderung umweltgerechter Produkte und eines alternativen Konsumverhaltens voranzutreiben, gründete Rainer Bächli 1989 die gemeinnützige Bio-Stiftung. Seine Vision war es, eine Brücke zu spannen zwischen Sprache und Kultur der einfachen Kleinbauern in Entwicklungsregionen zu den anspruchsvollen Verbrauchern in den hochtechnisierten Ländern. Und dies nicht nur in eine, sondern auch in beide Richtungen. Als eine Abteilung dieser Stiftung entstand das Institut für Marktökologie (IMO), welches Rainer Bächli bis zu seinem Tod als Direktor geleitet hat. Das IMO, welches inzwischen zu einer internationalen Unternehmensgruppe mit 30 Niederlassungen herangewachsen ist, feiert in diesem Jahr sein 20jähriges Bestehen. Über 350 Mitarbeiter betreuen Projekte in 90 Ländern. Von Anfang an konzentrierte sich das IMO auf den Bereich der Kontrolle und Zertifizierung von Bioprodukten. Es ist vor allem dem Weitblick und Tatendrang Rainer Bächlis zu verdanken, dass IMO heute zu den führenden Dienstleistern seiner Sparte gehört und sich weltweit einen Ruf als hoch qualifizierte und unabhängige Zertifizierungsstelle erworben hat.

Rainer Bächli war ein gedanklich zutiefst kreativer Mensch, der Herausforderungen stets mit ungewöhnlichen Denkansätzen zu lösen versucht hat. Mit der Gründung der IMOgroup AG 2006, die die verschiedenen IMO-Unternehmen weltweit in einer Holding zusammenfasst, hat er eine sowohl unternehmerisch als auch sozial innovative und zukunftsweisende Unternehmensform geschaffen. Anliegen war es, der Vielfalt an Eigenheiten und Kultureinflüssen der einzelnen Büros gerecht zu werden und dennoch weltweit einen einheitlichen Qualitätsstandard zu garantieren. Im Mittelpunkt stand für Rainer Bächli dabei immer der Mensch mit seiner persönlichen Eigenverantwortung. In diesem Sinne hat er uns Mitarbeitern, unabhängig von Alter, Religion oder sozialem Hintergrund, stets sein Vertrauen geschenkt und uns ermuntert und angespornt, unseren Beitrag zur Entwicklung der Öko-Bewegung zu leisten. Auf seine Ideale vertrauend hat Rainer Bächli unablässig - oft auch provozierend, aber immer sachlich - die fortschreitende Bürokratisierung des ökologischen Landbaus hinterfragt und angeprangert. Er hat sich in seinen Gedanken nie durch Sachzwänge und das immer komplizierter werdende Regelwerk der Zertifizierungswelt einschränken lassen und war somit der trägen Welt der Paragraphen mit neuen Ideen immer einen Schritt voraus.

Mit Rainer Bächli verlieren wir nicht nur eine charismatische Pioniergestalt der Öko-Bewegung, sondern auch unseren Lehrer und eine Führungspersönlichkeit, die uns mit ihren Visionen immer einen Weg in die Zukunft gezeigt hat. Wir hoffen, dass es uns zusammen mit der Unterstützung unserer Kunden und Geschäftspartnern gelingen wird, sein Lebenswerk in seinem Sinne weiter zu führen und die richtigen Entwicklungsimpulse zu geben.

Weinfelden, im Juni 2010

Christoph Schlingensief

* 24. Oktober 1960 + 21. August 2010

Rainer Rappmann

Quelle: FIU-Verlag-Newsletter

Unser Autor und z.T. auch Mitarbeiter Christoph Schlingensief ist am 21. August seiner Krebskrankheit erlegen. Als ich am Tag danach meinen email-account öffnete, wunderte ich mich ob der vielen Bestellungen unserer Schlingensief/Stüttgen-Publikation „Zum Kapital“. Meine Befürchtungen, dass er gestorben sein könnte, haben sich nach kurzer Recherche bewahrheitet.

Wenn ich an Christoph denke, dann bin ich mitten in unserer Tagung „Vom Chaos zur Form“ in Achberg am 29./30 April 2000 mit Vera Kamaryt, Johannes Stüttgen und eben mit ihm. Die Achberger Apfelblüte stand in vollem Ornat, Christoph war gut gelaunt und neugierig auf die Darlegungen zum Kapital von Johannes, die wir dann auch publiziert haben. Sein eigener Beitrag bzw. seine Erwidernungen darauf war derart humorvoll und intuitiv, dass wir alle sprachlos waren.

Johannes hatte in einer seltenen Schönheit und Dezentheit den Beuyschen/Schmundtschen Kapitalbegriff mit einer wunderschönen Tafelzeichnung entwickelt. Als Christoph aber eingriff, zeigte er sich unbeeindruckt von dem Tafelbild und arbeitete eine Zickzack-Hundespur in das Bild hinein, die schließlich in der Formel KUH = KAPITAL mündete.

Am Nachmittag zuvor hatte er unter einem Apfelbaum dem Geläut der Kühe im Halbschlaf/Traum gelauscht. Christoph arbeitete wie kaum ein anderer - ganz aus der Hüfte heraus, sehr intuitiv und sehr direkt. Ein großer Begriffsarbeiter war er sicher nicht, obwohl er auch immer sehr viel nachdachte, wie ich in einem der letzten TV-Interviews mit Frau Bauernknecht sehen konnte.

Was soll man zu diesem frühen Tod sagen, der mich genauso schockiert, wie der von Sepp Daxenberger und seiner Frau in der letzten Woche? Ein großer Verlust! Vielleicht aber trifft das auch auf Christoph zu, was Beuys 1979 in einem Gespräch mir gegenüber zum Tod von Rudi Dutschke sagte: „Insofern weiß man nie: Was ist hier der Verlust? Erst einmal aber ist es historisch, irdisch für unsere Arbeit ein Verlust. Dann spricht das Faktum selbst von vielen Seiten dafür, dass er u.U. - nicht wahr - als der, der jetzt ist, vielleicht für uns noch mehr leisten kann, als derjenige, der war.“ (in Rappmann/Hrsg.: „Denker, Künstler, Revolutionäre“)

Ich bewundere seinen großen, rückhaltlosen Mut, allzeit über seine Lebens-Angst zu sprechen und die auch auszudrücken: vgl. seine „church of fear“! Er hat sich und auch seine Umwelt nicht geschont, sondern sich und ihr vieles abgefordert. Wer von uns macht das schon so entschieden und grundehrlich? Noch in der Zeit seiner Krankheit und seines Klinikaufenthaltes hat er bei mir Texte von Beuys zu Christus bestellt.

Das zeigt sein Interesse an der spirituellen Welt und seine Bewunderung für Beuys. Ich verneige mich vor Christophs tiefer Menschlichkeit!

Nachtrag

Trotz und angesichts des Todes möchte ich die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, noch einmal auf unsere Schrift mit Christoph hinzuweisen (ich weiß, dass er sich darüber gefreut hat!); mit ihr gibt es auch eine Vorzugsausgabe, die begrenzt ist und folgendes in der Kiste enthält: - das Buch (gibts auch einzeln: Bestell-Nr. B 28: 16,- EUR), zwei von Stüttgen und Schlingensief sign. & num. Siebdrucke (Tafelbilder aus der Tagung) sowie eine dvd, die ich mit Ursula Ritter geschnitten habe: launige Bilder und Szenen in bewegten Bildern vom Treffen! Preis: noch(!) 59,- EUR Bestell-Nr. B 29. Begrenzte Auflage: 142 Stck. (noch 39 verfügbar!) vgl. hier: http://www.fiu-verlag.com/detail.php?verlag_kat=4&buchID=41&navld=2 - Ich bin stolz darauf, der Verleger einer Publikation mit Christoph Schlingensief sein zu dürfen, die er übrigens mit dem „größten anzunehmenden Kompliment“ versah und denke seiner in Trauer & Hochachtung!

FIU-Verlag und Buch-Versand, Rainer Rappmann, Hüttenweiler 8, D - 88239 Wangen (Allgäu), Tel: 0 / 75 28 - 77 34 (AB), Fax: 0 / 75 28 - 60 28, FIU-Verlag@t-online.de, www.fiu-verlag.com

Eigenkapitalerhöhung der Banken und Kulturfortschritt

Michael Rist*

Man hat es oft schwer damit gehabt, dass der soziale Organismus bei Rudolf Steiner neben dem Wirtschaftsleben und dem Rechtsleben auch das Geistesleben umfasst (1). Aber es wurde schon in früheren Heften der Sozialimpulse klar gelegt, dass jede Kreditvergabe durch das Vermögen des Gläubigers (üblicher Realkredit) oder den Geldgeber (Banken oder Privatpersonen) gedeckt sein muss. Oder, wo dies nicht der Fall ist, der Staat, d. h. die Steuerzahler den Kredit decken müssen, wie die derzeitige weltweite Finanzkrise mit der vielseitigen Staatsverschuldung gezeigt hat.

Dies wird nun langsam auch von den Aufsichtsbehörden der Banken eingesehen, indem eine höhere Eigenkapitaldeckung der Banken gefordert wird. Eine solche Einsicht kann aber nur durch das Geistesleben hervorbracht werden, und sie muss dann im Rechtsleben zur Norm erhoben werden, soll das Wirtschaftsleben gesund funktionieren. Alle drei, das Geistesleben, das Rechtsleben und das Wirtschaftsleben müssen dreiteilig zusammenwirken, damit eingesunder sozialer Organismus entsteht.

Aber es genügt natürlich nicht, nur die Forderung nach der Eigenkapitalerhöhung aufzustellen, sondern ein freies Geistesleben muss auch angeben können, wie hoch die Eigenkapitalerhöhung sein muss: nämlich so hoch wie die jeweilige Bank bereit ist, eine eigene Kapitalvergabe selbst zu decken, statt dem Staat, d. h. seinen Bürgerinnen und Bürgern die von den Banken leichtsinnig vergebenen ungedeckten Kredite anzulasten. Damit wird auch der sogenannte „Personalkredit“ möglich, der es auch Menschen mit Unternehmerfähigkeiten, aber ohne genügendes Eigenkapital möglich macht, wirtschaftlich tätig zu werden - was für die Volks- oder Weltwirtschaft von großem Nutzen sein kann.

Zum Kulturfortschritt: Man hat nun das ganze Ruhrgebiet mit Duisburg zur Kulturhauptstadt erklärt, wobei Duisburg es sich zur Aufgabe gemacht hat, dies mit einer „Love-Parade“ zu ehren, an der über 300.000 Menschen teilnahmen, um diesen „Kulturhöhepunkt“ gebührend zu feiern. Allerdings führte dies zu einer Katastrophe mit 21 Toten und vielen Verletzten.

Gewiss war das Duisburger Sicherheitskonzept ungenügend (2). Aber war das der einzige Grund? Besteht denn die Kultur in einer solchen Massenveranstaltung, wo Hunderttausende Menschen in einer „Love-Parade“ zusammenkommen? Wirklich menschenwürdige Kultur kommt doch nicht in einer ausgelassenen Massenveranstaltung zum Ausdruck, wo Berge von Müll produziert werden, sondern eher in einer Vielzahl kleinerer Kulturveranstaltungen, an denen Einzelne oder Gruppen von Individualisten ihren Mitmenschen zeigen, was ihre künstlerische Produktivität erarbeitet hat. Dazu ist ja das Ruhrgebiet groß genug. Auch wenn keine Katastrophe entstanden wäre, lässt sich Kultur nicht auf diese Weise darleben. Die „Love-Parade“ war also selbst eine Kulturkatastrophe, auch wenn sie keine Menschenleben gekostet hätte.

Dass die in der Realwirtschaft Tätigen nicht nur Industriegüter produzieren, sondern auch Kultur schaffen wollen, ist ja durchaus verständlich. Aber das geht eben nur, wenn die Überschüsse der Realwirtschaft auch den Kulturtätigkeiten in der richtigen Weise zur Verfügung gestellt werden, statt in der Finanzwirtschaft in Form von „Boni“ oder überrissenen „Einkommen“ zu versickern.

Ein Schritt in Richtung des Kulturfortschrittes ist es eben, aus Einsicht der Menschen im Geistesleben die Rechtsgrundlage zu schaffen, dass Mittel für eine freie Kultur zur Verfügung gestellt werden, an der dann auch alle partizipieren. Wie der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister (3) hervorhebt, ist das ein Weg dahin, dass die Finanzwirtschaft wieder zum Diener der Realwirtschaft und diese wieder zur Dienerin der Kulturwirtschaft wird, wie dies z. B. Gottlieb Duttweiler, der Gründer der Migros-Genossenschaft gezeigt hat (4). Er sorgte dafür, dass die Migros, heute das größte Einzelhandelsunternehmen der Schweiz, einen festen Teil ihres Umsatzes in kulturelle Aktivitäten investiert (Kulturprozent) und initiierte die „Klubschule Migros“, eine Art Volkshochschule.

Literatur

- (1) Steiner, R. (1922): Nationalökonomischer Kurs. Verlag der Rudolf Steiner Nachlassverwaltung, CH-4143 Dornach (1965)
- (2) Nauer, D. (2010): Duisburg sucht die Schuldigen. Zürcher Tages Anzeiger, 26. 7. 2010, S. 6
- (3) Löpfe, Ph. (2010): „New Deal“ für Europa. Zürcher Tages Anzeiger, 26. 7. 2010, S. 34
- (4) Duttweiler, G. (1962): Überzeugungen und Einfälle. ExLibris Verlag Zürich, 1. Aufl.

* Johannes Kreyenbühl Akademie Zürich in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zürich für biologisch-dynamischen Landbau und assoziative Wirtschaftsordnung

„Atomkraft: Schluss jetzt!“

Mit den bekannt gewordenen Ergebnissen der von mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten (Prognos AG, Energiewirtschaftliches Institut der Universität Köln (EWI), Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) erstellten Energieszenarien ist für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) der Versuch der schwarz-gelben Bundesregierung gescheitert, die Verlängerung von AKW-Laufzeiten schön rechnen zu lassen. „Jetzt hat es die Bundesregierung schwarz auf weiß: verlängerte AKW-Laufzeiten sind überflüssig. Deutschland braucht keine Atomkraft sondern volle Kraft voraus ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien“, sagte dazu der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Der Umweltverband forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, Verhandlungen mit den Energiekonzernen über längere Laufzeiten für Atomkraftwerke sofort zu beenden. „Die Energieszenarien hatten ja längere AKW-Laufzeiten rechtfertigen und ihre wirtschaftlichen Vorteile belegen sollen. Trotz fragwürdiger Annahmen zugunsten der Atomenergie ist dies auf ganzer Linie gescheitert. Damit hat sich die Debatte um Laufzeitverlängerungen erledigt“, so Weiger. Die Kernaussagen der Energieszenarien, dass akzeptable Strompreise und Versorgungssicherheit auch ohne längere AKW-Laufzeiten gewährleistet seien, müsse der Bundesregierung Ansporn zum entschlossenen Ausbau regenerativer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz sein. Beides trage zu wachsender Energieunabhängigkeit bei und könne bis zu einer Million neue Arbeitsplätze schaffen. Weiger: „Erneuerbare Energien werden die Atomkraftwerke schneller als gedacht ersetzen. Auch weil noch kein einziges Gramm hochradioaktiven Atommülls sicher entsorgt werden konnte, muss jetzt umgehend über Laufzeitverkürzungen statt -verlängerungen verhandelt werden.“

Der BUND forderte die Bundesregierung auf, die Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) und des Umweltbundesamtes zur Grundlage ihrer Energiepolitik zu machen. Auf Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke könne verzichtet werden. Nur dann sei das im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP vereinbarte Klimaziel von Minus 40 Prozent CO₂ bis 2020 auch tatsächlich zu erreichen. Auf keinen Fall

dürften verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien ausgebremst werden. „Anstatt den Atomstromern Zusatzgewinne aus längeren AKW-Laufzeiten zuzuschancen, muss die Bundesregierung die gefährlichen AKW so schnell wie möglich vom Netz nehmen“, sagte Weiger.

Anti-Atom-Protest in Berlin übertrifft Erwartungen bei weitem. 100.000 Menschen umzingeln das Regierungsviertel

Bei einer Großdemonstration gegen die Atompolitik der Bundesregierung haben am 18. September 100.000 Menschen das Berliner Regierungsviertel umzingelt. Die Protestierenden ließen sich in einer Kette um Reichstag und Kanzleramt zu einer symbolischen Sitzblockade nieder, um sich dem „Atomdeal der Bundesregierung mit den AKW-Betreibern zu widersetzen“. Die Sitzblockade wurde mit einem lautstarken „Atom-Alarm“ aus zig-tausenden Trillerpfeifen und Tröten beendet.

In dem Aufruf zur Demo hatte es geheißt:

„Gegen die Mehrheit der Bevölkerung hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihren Atomplänen fest. Sie will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern - und den Bundestag möglicherweise noch im September darüber entscheiden lassen. - Wir sagen: Schluss jetzt! Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. Dass die Atommüllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbaut. Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten - und zwar jetzt! - „Gorleben stoppen! Wir widersetzen uns auch einer unverantwortlichen Entsorgungspolitik für den tödlichen Strahlmüll. Gorleben wurde aus politischen Gründen und nicht auf Grund geologischer Eignung als Endlagerstandort gewählt. Das Vorbild für Gorleben - das absaufende und vom Einsturz bedrohte Atommülllager Asse II - zeigt, dass von den Sicherheitsbetuerungen nichts zu halten ist. Gorleben kommt als Atommülllager nicht in Frage!“

Die Demonstration wurde von einem breiten Bündnis aus Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Parteien und Gewerkschaften getragen. Die Veranstalter erklärten: „Der unerwartet breite Protest zehntausender Menschen zeigt: Die Bevölkerung duldet keine Klientelpolitik für Atomkonzerne auf Kosten ihrer Sicherheit. Der Widerstand gegen die Atompläne der Bundesregierung kommt aus allen Schichten der Gesellschaft. ... Nach dieser Demonstration wird der schwarz-gelben Regierungskoalition klar geworden sein, dass sie sich mit ihrem Atomdeal gehörig die Finger verbrannt hat. In der Atompolitik ist noch lange nicht das letzte Wort gesprochen.“

Quellen: Presseerklärung des BUND vom 27.8., gemeinsame Presseerklärung der Demo-Veranstalter vom 18.9. 2010, <http://www.bund.net/>

Pakistan: „Wasser soll abfließen, Geld muss im Land bleiben“

Schuldenmoratorium gefordert

„erlassjahr.de“, ein Entschuldungsbündnis, hat die Gläubiger Pakistans zur einem Schuldenmoratorium aufgerufen. Der Schuldendienst dürfe das Überleben der Flutopfer nicht gefährden, so das Bündnis.

Während ein Drittel des Landes unter Wasser steht, droht Pakistan eine wirtschaftliche Katastrophe durch die Häufung von neuen und alten Krediten. Diese zu bedienen bedeutet, auf akute Hilfsmaßnahmen und Investitionen in die eigene Entwicklung verzichten zu müssen. „Bereits vor der Katastrophe musste Pakistan ein Drittel seines Budgets in den Schuldendienst investieren. Nach dem verheerenden Hochwasser sind nun die Gläubiger gefragt: Ein Moratorium auf ausstehende Schuldentrückzahlungen muss kommen! Sechzig Prozent der pakistanischen Bevölkerung leben in Armut. Was Pakistan braucht, sind keine neuen Kredite, sondern Zuschüsse und eine Aussetzung der aktuell anstehenden Zahlungen“, fordert Jana Zwernemann, Sprecherin von erlassjahr.de.

Bislang ist Deutschlands Beitrag zum Wiederaufbau mit rund 15 Mio. US-\$ kümmerlich. Zur Ausweitung der deutschen Hilfe könnte das BMZ auf einen Teil der 1,3 Mrd. EUR Entwicklungshilfe-Schulden verzichten, wenn Pakistan dafür eigene Mittel in Landeswährung für den Wiederaufbau zur Verfügung stellt. „Eine solche Schuldenumwandlung muss nicht einmal auf die Entwicklungshilfeschulden begrenzt bleiben. Auch die 232 Mio. EUR Handelsschulden könnten so in Mittel für den Wiederaufbau verwandelt werden“, so Zwernemann weiter. Die internationalen Entschuldungsorganisationen Eurodad, Jubilee USA und Jubilee Great Britain verlangen ebenfalls ein Schuldenmoratorium für Pakistan.

„erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung“ ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das deutschlandweit aus etwa 800 Mitträgerorganisationen besteht. erlassjahr.de setzt sich für gerechte Finanzbeziehungen zwischen den Ländern des Nordens und des Südens ein. Es fordert einen weitreichenden Schuldenerlass für hochverschuldete Entwicklungsländer, die Streichung sogenannter illegitimer Schulden sowie die Einführung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens („Internationales Insolvenzverfahren“).

Quelle: Presseerklärung von erlassjahr.de. Adresse: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung, Carl-Mosterts-Platz 1, D - 40477 Düsseldorf, Fon: +49 211 46 93 211 - Fax: +49 211 46 93 197 - Mobil: + 49 177 704 24 95, <http://www.erlassjahr.de>.

Termine und Initiativen

Tagung zur Erlebnispädagogik

Peter Schrey

Eine auffallende Tagung organisiert Aventerra e.V. in Kooperation mit dem Bund der Freien Waldorfschulen. Vom 1. bis 3. Oktober 2010 geht es in Stuttgart um „Achtsamkeit und Wertevermittlung - die Wirksamkeit der Erlebnispädagogik“. Es wird ein Wochenende für alle pädagogisch orientierten und interessierten Menschen wie Eltern oder Lehrer. Zu den Dozenten zählen u. a. der Hirnforscher Prof. Dr. Manfred Spitzer, Dr. Michaela Glöckler von der medizinischen Sektion Dornach und Dr. Karl Gebauer, der mit Prof. Dr. Gerald Hüther die jährlich stattfindenden Göttinger Kongresse zu Erziehungs- und Bildungsfragen leitet.

Informationen und Anmeldung unter: www.aventerra.de/tagung oder 0711-4704215. AVENTERRA e.V. Libanonstrasse 3, D 70184 Stuttgart.

Waldorf trifft Özge, Sercan und Ysuf

Vom Abenteuer einer freien interkulturellen Schule Berlin, Samstag, 9. Oktober, 16 Uhr

Dr. Albert Schmelzer, Dozent an der Freien Hochschule Mannheim, spricht im Sozialwissenschaftlichen Forum Berlin über die Praxis der ersten interkulturellen Waldorfschule und die gesellschaftlichen Bedingungen eines freien Bildungswesens. Das deutsche Schulsystem ist Meister im Ausgrenzen: Der Bildungserfolg hängt weitgehend ab vom sozialen Status der Eltern, immer noch verlassen doppelt so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss wie deutsche Schülerinnen und Schüler, nämlich 20 Prozent bei den Jungen. Die Folgen liegen auf der Hand: eine höhere Arbeitslosenquote, Perspektivlosigkeit, Anfälligkeit für Kriminalität.

Die freie interkulturelle Waldorfschule Mannheim-Neckarstadt sucht Alternativen zu einem solchen Szenario zu entwickeln. Zentrale Elemente ihres Konzepts: soziale und kulturelle Heterogenität der Schülerschaft, ein internationales Lehrerkollegium, Verzicht auf Selektion, Ganztagschule als Lebensraum, künstlerische Sprachförderung und Begegnungssprachen, eine Pädagogik

der Anerkennung und Achtsamkeit. Das große Problem: die Finanzierung der Schule. Denn viele Eltern können das eigentlich notwendige Schulgeld nicht bezahlen. Damit stellt sich die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen für die Möglichkeit pädagogischer Innovationen...

Im Anschluss an den Vortrag hat jeder Besucher der Veranstaltung die Möglichkeit, seine Arbeit oder seine Initiative vorzustellen. So kann sichtbar werden, wer was kann oder braucht, und mit wem man vor dem Hintergrund der neugewonnenen Erkenntnisse Gespräche über ein gemeinsames Projekt führen möchte. Eintritt frei, Spenden erbeten. Kontakt: Bewegung für soziale Dreigliederung e.V., Sylvain Coiplet, Tel. 030/26305202, info@dreigliederung-berlin.org. Ort: Freie Waldorfschule Berlin-Mitte, Weinmeisterstraße 16, 10178 Berlin.

Zur Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus

Was kann aus deren Prinzipien heute verwirklicht werden?

Ulm, Fr - So, 22. - 24. Oktober 2010

Arbeitsseminar, Leitung Udo Herrmannstorfer, Rezitation Ulla Herrmannstorfer

Fr, 20.00: Vortrag mit Aussprache: Die Konsequenzen der Anerkennung der Individualität für das soziale Leben: Die Dreigliederung des sozialen Organismus. Sa, 9.30 - 21.30: Seminar zur Dreigliederung mit Einleitungen zu den einzelnen Themen: Verantwortungsvoll leben - Machen statt Macht. Individuelle seelisch-geistige Entwicklung und soziale Verhältnisse. Bildung und Ökonomie. Globale Brennpunkte im Lichte der Dreigliederung. So, 9.00 - 12.30: Seminar: Alltagsschritte und Entwicklungssprünge. Der Impuls zur Dreigliederung des sozialen Organismus: Historische Reminiszenz oder Zukunftsperspektive? Teilnahmebeitrag: EUR 90,-. Anmeldung: MI KA EL - Bund zur Förderung der Anthroposophie e. V. - Donaust. 4, D-89073 Ulm, Tel. 0731 - 159 79 140, mail@bundulm.eu, www.bundulm.eu.

Tausch und Täuschung

Die Immobilienspekulation und die Idee eines neuen Eigentumsrechts Berlin, 19./20. November 2010

Blockseminar mit Johannes Mosmann und Andreas Schurack. Leistung wird gegen Leistung getauscht. Das ist das Prinzip der Wirtschaft. Gerechtfertigt kann es dabei nur zugehen, wenn niemand in die Lage kommt, etwas gegen eine Leistung einzutauschen, das seinerseits keine Leistung ist. Der Boden ist keine menschliche Leistung, anders als die Produkte, die darauf erarbeitet

werden können. Es kann deshalb höchstens sein, dass jemand das Recht darauf hat, den Boden zu nutzen. Das Recht als solches ist aber nicht vergleichbar mit einem Produkt menschlicher Arbeit. Wir vergleichen beides trotzdem, indem wir dem Recht einen Preis geben und es gegen Waren tauschen. Das Ergebnis ist ein manipulierter Leistungstausch, in dem die einen ihre Arbeit hingeben müssen, damit die anderen ein arbeitsloses Einkommen beziehen dürfen. Aus dem Tauschen ist ein Täuschen geworden. Wir werden herausfinden, wie das Täuschen mit dem aus dem römischen Patriarchat importierten Eigentumsrecht zusammenhängt und wie daraus die vielgenannten, aber nie verstandenen „Scheinwerte“ entstehen. Schließlich wollen wir sehen, ob es uns gelingt, die Umrisse eines neuen Eigentumsrechts, jenseits von Privat- oder Staatseigentum, zu zeichnen.

Beginn 19.11, 20 Uhr. Ende 21.11, 13 Uhr. Wo: Sinnewerk, Rigaer Str. 104, 10247 Berlin. Kostenbeitrag: 55 EUR regulär, 35 EUR ermäßigt (nach Selbsteinschätzung). Da die Teilnehmerzahl auf 20 Personen begrenzt ist, sollte man sich rechtzeitig anmelden: Johannes Mosmann, 030 - 26305202, institut@dreigliederung.de, www.dreigliederung.de.

47. Mündener Gespräche

Freiheit und Gleichheit in einer Bürgergesellschaft ohne Reichtum und Armut
30./31. Oktober 2010

Programm:

Samstag: 10.00 Uhr: Begrüßung und Eröffnung der Tagung mit Gedanken über eine nachkapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft ohne Reiche und ohne Arme (Dipl.-Ökon. Werner Onken, Oldenburg). 10.45 Uhr: Der kollektive Buddenbrooks-Effekt - Sozialstrukturelle Hintergründe der Wirtschaftskrise (Prof. Dr. Christoph Deutschmann, Universität Tübingen). 12.30 Uhr: Mittagspause. 14.30: Uhr Ober-, Mittel- und Unterschichten - Ein Querschnitt durch die hierarchisch geschichtete Gesellschaft (Ulrike Herrmann, Berlin, Journalistin bei der taz und Autorin des Buches „Hurra wir dürfen zahlen - Der Selbstbetrug der Mittelschicht“). 16.30 Uhr: Die Rolle des Geldes bei der schleichenden Auflösung der Mittelschichten (Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Steinfurt). 20.00 Uhr: Solidarische Wirtschaft und kleine alternative Firmen (Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens, Jahnatal/Riesa).

Sonntag: 9.00 Uhr: Unternehmungen mit einer Mitarbeiterkapitalbeteiligung (Dipl.-Betriebswirt Dirk Lambach, Projektleiter in der Arbeitsgemeinschaft Partnerschaftlicher Unternehmen, Kassel). 11.00 Uhr: Abschließende Podiumsdiskussion mit den Referenten der Tagung und offenes Gespräch mit den TeilnehmerInnen. 12.30 Uhr Ende der Tagung.

Tagungsgebühr 25 EUR, für Tagesgäste 15 EUR (Richtsatz). Studierende, Auszubildende und Arbeitslose zahlen keine Tagungsgebühr.

Anmeldung: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/MundenerGesprache/mundenergesprache.html. Kontakt: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Geschäftsstelle: Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Wiedel 13, 48565 Steinfurt, eMail: JoergGude@aol.com

Veranstaltungsort: Reinhardswaldschule, Rothwestener Straße 2-14, 34233 Fulda (Simmershausen)

Die Anmeldung zur Tagung erfolgt nur bei der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft. Die Reinhardswaldschule nimmt Reservierungen nur durch die SG an und rechnet Unterkunft und Verpflegung der Teilnehmer nur mit dieser ab. Die Veranstalter bitten daher um Verständnis, dass sie Anmeldungen erst mit dem Eingang der Zahlung als verbindlich annehmen und weiterleiten können.

Literatur

Die Herausforderungen der Globalisierung

Konzepte und Grundlagen einer solidarischen Wirtschaft

Hg. von **Dietrich Spitta**, weitere Beiträge von **Götz Werner**, **Thomas Jorberg**, **Paul Mackay**, **Ulrich Rösch**, **Gerald Häfner** und **Christoph Strawe**

Bei den Beiträgen dieses Bandes handelt es sich um Vorträge, die bei einer Tagung vom 13. - 15. März 2009 im Rudolf Steiner Haus Stuttgart gehalten wurden. Als Veranstalter zeichneten die Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft Stuttgart und die Sektion für Sozialwissenschaften am Dornacher Goetheanum. Die Tagung fand ein großes Echo, sicher nicht zuletzt wegen der aktuellen Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Mischung der Referenten, die verschiedenste Erfahrungsfelder - Unternehmensentwicklung und Bankpraxis, Politik und Recht, zivilgesellschaftliches Engagement und Einsatz für eine solidarische Ökonomie, Sozialwissenschaft und allgemeine Dreigliederungsarbeit - repräsentierten. Dem Verlag Johannes M. Mayer ist es zu verdanken, dass die Beiträge nun auch in schriftlicher Form zur Verfügung stehen.

Götz Werner, Gründer der dm drogeriemarkt gmbH, thematisiert den „unternehmerischen Umgang mit Natur, Arbeit und Kapital“. Thomas Jorberg, Vorstandssprecher der GLS-Gemeinschaftsbank, behandelt

das Thema „Armutskrise, Klimakrise, Finanzmarktkrise - keine Systemkrise? Fehlsteuerung von Arbeit, Natur und Kapital“. „Wirtschaftskrise - wie kann es weitergehen? Zur Kapitalentstehung und -verwaltung“ - das ist Gegenstand der Ausführungen von Paul Mackay (Goetheanum). Ulrich Rösch (Textilunternehmer, ehemaliger Waldorflehrer) befasst sich mit der „Trennung von Arbeit und Einkommen als Aufgabe für das 21. Jahrhundert“.

Gerald Häfner (Mehr Demokratie e.V., Europaparlamentsabgeordneter der Grünen) behandelt „Brüderlichkeit im Zeitalter der Globalisierung - Aufgaben und Grenzen der Politik“. Der Stuttgarter Rechtsanwalt Dietrich Spitta, Inaugurator der Tagung und Herausgeber des Bandes, setzt sich mit der Erneuerung des Geisteslebens und einer neuen Eigentumsordnung als Voraussetzungen für ein solidarisches Wirtschaften auseinander. Christoph Strawe (Initiative Netzwerk Dreigliederung und Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart) macht den Schluss mit einer Betrachtung über Aufgaben, praktische Ansätze und Perspektiven solidarischen Wirtschaftens.

Menschen, die die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise besser verstehen wollen und sich für die soziale Dreigliederung und speziell für die Perspektiven einer solidarischen, „assoziativen“ Wirtschaft interessieren, sei die Lektüre des Bandes wärmstens empfohlen.

Dietrich Spitta (Hg.): Die Herausforderungen der Globalisierung. Konzepte und Grundlagen einer solidarischen Wirtschaft. Johannes Mayer Verlag Stuttgart, 164 S., kartoniert/broschiert, ISBN-10 3-86783-021-5 / ISBN-13 9783867830218. EUR 16,80.

1000 Euro für jeden

Freiheit - Gleichheit - Grundeinkommen
Ein neues Buch von Götz Werner und
Adrienne Goehler

Götz W. Werner ist Gründer und Aufsichtsratsmitglied der dm Drogeriemarkt GmbH, Adrienne Goehler ist freie Kuratorin, ehemalige Kultur- und Wissenschaftssenatorin in Berlin und Hochschulpräsidentin in Hamburg. Sie setzen sich unabhängig voneinander seit Jahren für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. 2007 kam es zu einer ersten gemeinsamen Veranstaltung, schließlich entstand ein gemeinsames Buchprojekt.

Mit ihrem Buch wollen die beiden nicht einfach, wie sie im 1. Kapitel schreiben, die Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen vorstellbar wäre, ein weiteres Mal stellen. Dazu sei zu viel zum Thema in den letzten Jahren bereits gesagt und geschrieben worden. Die Fragen müssten heute konkreter gestellt, das Thema müsse weitergedacht werden. Worin unterscheiden sich beispielsweise „das Bürgergeld, wie es die FDP vorschlägt, und die Grundsicherung, wie sie die Linkspartei fordert, vom bedingungslosen Grundeinkommen? Was würde ein Grundeinkommen in der Bildungspolitik und im Geschlechterverhältnis grundsätzlich ändern

können? Was würde es für die Gesundheit bedeuten und was für die Ökonomie? Was für den einzelnen Menschen und was für die Gesellschaft als Ganze?“ Auch die Finanzierung sei weiter zu hinterfragen.

Behandelt werden unter anderem Grundlagen und Historie des Grundeinkommens, Fragen des Menschenbildes, Bedenken und Einwände, Versuche der Humanisierung der Arbeit und das „Ende der Arbeit“ (zugleich als „Anfang neuer Arbeit“), das Grundeinkommen als Instrument gegen die Existenzangst und kreative Arbeit als Arbeit der Zukunft. Es geht um die Bildungsfrage und den Wandel des Sozialstaats, um funktionierende Beispiele für Grundeinkommen - in Namibia und andernorts -, Finanzierungsfragen und das Grundeinkommen in seinem Verhältnis zu den Leitwerten der Französischen Revolution.

Die Fülle der Themen und Fragestellungen macht das Buch zur Pflichtlektüre für jeden, der sich seriös und umfassend mit der Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens auseinandersetzen will.

Goehler und Werner betonen, sie zögen nicht aus jeder Frage dieselben Schlüsse, seien sich aber im Grundsatz einig, dass das bedingungslose Grundeinkommen in einer existenzsichernden Höhe notwendige gesellschaftsverändernde Energien freisetzen werde. Am Ende des Buches hoffen sie eines jedenfalls deutlich gemacht zu haben: „Die absolute Zahl von Tausend Euro für alle ist eine plausible Setzung, deren konkrete Höhe in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ausgehandelt werden muss. Viel bedeutsamer ist, dass das Grundeinkommen ein Kulturimpuls ist, der alle anderen gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen beeinflussen wird. In einer Zeit, in der der Glaube an Experten- und Spezialistentum erschüttert ist, in der wir verstehen mussten, dass wir die Schulen nicht der Schulbürokratie, die Arbeit nicht dem Arbeitsmarkt und, spätestens seit Kopenhagen, die Umwelt nicht Politik, Industrie und Verbänden überlassen können, haben wir auch verstehen müssen, dass Geld bei Geldspezialisten nicht gut aufgehoben ist. Das Grundeinkommen ist die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für eine Gesellschaft, die auf das Vermögen der Einzelnen setzt, setzen muss.“

Götz W. Werner hat vor kurzem seine Unternehmensanteile an der dm drogeriemarkt GmbH in eine Stiftung eingebracht. Er hat damit ganz praktisch an einer Stelle ein Beispiel für neue Eigentumsformen an Unternehmen als eine weitere Bedingung einer menschenwürdigen Gesellschaft gegeben.

Econ Verlag, 272 Seiten, EUR (D) 18,00 / EUR (A) 18,50 / SFr 32,90. ISBN 987-3-430-20108-7

Lieferbare Rundbriefe

Bestellungen gegen Kostenbeitrag
(Inland EUR 3,50 erbeten, Ausland 5,-)
bei Initiative Netzwerk Dreigliederung,
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
netzwerk@sozialimpulse.de

3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein

2/94: Dreigliederungsbewegung und das
„Superwahljahr“ / Die europäische Integrations-
bewegung

3/97: Sternenwelt und soziale Gestaltung /
Arbeitslosigkeit

4/97: Medien / die vierte Gewalt?

1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe
zur Entwicklung? / Aktion mündige Schule

2/98: Die neue Rolle des Staates

3/98: Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 /
Goethe und die Politik

4/98: Euro / Sozialziele und Verfassung

1/99: Wie weiter mit den Sozialsystemen?

2/99: Kosovo / Grundgesetz

3/99: Leitbildarbeit / Grundrechte in Europa

1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung /
Demokratiebewegung / Bodenrecht

2/00: Quo vadis Europa?
Vorschläge für eine Charta der Grundrechte

3/00: Gestaltungsfelder in
Aufgabengemeinschaften

4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung

4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September /
Die soziale Frage als regionale Frage /
Kommunale Auswirkungen von GATS

1/02: „Eine andere Welt ist möglich“
(WSF Porto Alegre) / Dreigliederung und
Viergliederung

2/02: Die Welt ist keine Ware. Dienstleistungen
und geistiges Eigentum

3/02: Tendenzen: Rio + 10 / Globalisierung, Initiation
und Dreigliederung / Das Verschwinden des
physischen Eigentums

4/02: Vom Ganzen her denken. Konzeptuelle
Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

1/03: Krieg und Frieden / Cross-Border-Leasing /
Europäischer Verfassungsvertrag

2/03: eGovernment und eDemokratie / Amerikas
globale Verantwortung / Gesundheitswesen

3/03: Wie die WTO in Cancún
entgleiste / Zivilgesellschaft / Freiheit als
Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens

4/03: Nach Cancún: Wie weiter mit der Landwirtschaft /
Freiheit und Selbstverwaltung / Aufgaben und
Perspektiven der Dreigliederungsarbeit

1/04: Geist oder Empire? / Das Weltsozialforum
als offener Raum

2/04: Zur Auseinandersetzung um die
EU-Verfassung

3/04: Vernetzung als Organisationsform
des sozialen Lebens / Public Public Partnership

2/05: Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?

1/07: Neoliberalismus und Russland /
Menschlicher und sozialer Organismus

2/07: Bodenrecht / EU zwischen Russland
und USA / G8-Gipfel

4/07: Helmut Zanders Missverstehen der
sozialen Dreigliederung / Russland / Christentum
und Reinkarnationsgedanke

1/08: Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit,
Lohn und Preis / Marx heute, was bleibt von der
Mehrwerttheorie?

2/08: Die Krise der Finanzmärkte

3/08: Die Zukunft der Selbstverwaltung

4/08: Nachhaltige Entwicklung

1/09: Impulse der sozialen Dreigliederung im
21. Jahrhundert / Obama / Militarisierung

4/09: Klima und Energie / Wirtschafts-,
Öko- und Kulturkrise / Burnout

1/10: Jenseits des Nationalstaats /
Der wirtschaftliche Wert des Bodens /
Mensch, Materie und Geist heute

2/10: Methodische Grundlagen
sozialer Dreigliederung / Profilbildung
und Führung in der Schulentwicklung



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus. Fortbildungsseminare für Tätige

Fachseminar, Di/Mi, 26./27. Oktober 2010

Ort: Lebensgemeinschaft Bingenheim (Saal),
Schlossstraße 9, D-61209 Echzell

Menschen mit besonderen Bedürfnissen als Vertragspartner?

**Persönliches Budget:
Ausgangspunkt neuer Lebens- und
Zusammenarbeitsformen in
Heilpädagogik und Sozialtherapie?**

Veranstalter: Verein zur Förderung eines anthroposophischen Erziehungs- und Bildungswesens e.V. Echzell - Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart - Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach. Mit Udo Herrmannstorfer, Ina Krause-Trapp, Dr. Michael Ross und vielen anderen

Beginn Di 10 Uhr, Ende Mi 16.00 Uhr. **Programm**

Dienstag: Assistierte Selbstständigkeit und persönliches Budget. Intentionen, gesetzgeberischer Stand, Realisierungen. Eine Bestandesaufnahme (verschiedene Beiträge und Beispiele) || Kurz- und langfristige Auswirkungen auf die bestehenden Einrichtungen der Heilpädagogik und Sozialtherapie. Für die Menschen mit besonderen Bedürfnissen - für die Einrichtung - für die Mitarbeitenden - für die Eltern/Angehörigen - für den anthroposophischen Impuls (verschiedene Beiträge) || Vertragsverhältnisse als Grundlage moderner Gemeinschaftsformen. Die sozialen Konsequenzen der Selbstständigkeit (Einleitender Vortrag und Plenumsgespräch) ||

Programm Mittwoch: Die Entwicklung neuer bzw. erweiterter Vertragsformen als Entfaltungsraum der heilpädagogischen und sozialtherapeutischen Impulse. Abhängigkeit - Selbstständigkeit - Aufeinander angewiesen sein - Wer ist Vertragspartner? - Der Vertragswille der Menschen mit besonderen Bedürfnissen - Verhaltensanforderungen in Vertragsverhältnissen || Vertragliche Gemeinsamkeit statt bezahlter Leistungsbeauftragung. Einleitende Fragestellungen, Arbeit in Gruppen || Ergebnissicherung der Arbeitsgruppen. Vorstellung der Arbeitsergebnisse im Plenum - Handlungsperspektiven - Schluss ||

Teilnahmegebühr für das Fachseminar (einschließlich Gemeinschaftsverpflegung) 150,- EUR. Unterbringung in eigener Regie in Hotels der Umgebung. Anmeldung und Bezahlung direkt in Bingenheim.

Seminar, Fr, 29. bis So, 31. Okt. 2010

Rudolf Steiner Haus, Hängelstr. 67,
60433 Frankfurt/M

Die Menschheit will ein Ganzes werden ...

**Interkulturelle Begegnung
als Anstoß
zu individueller
und sozialer Entwicklung**

Mit Udo Herrmannstorfer, Ulrich Morgenthaler, Prof. Dr. Harald Spehl, Prof. Dr. Christoph Strawe
Rezitationen: Ulla Herrmannstorfer
Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 29. Oktober 2010

19.30: Öffnung des Tagungsbüros

20.00: Der Kampf um die neue Weltordnung (Vortrag Christoph Strawe mit Aussprache, Rezitation)

Samstag, 30. Oktober 2010

9.30 - 11.00: Architekten der neuen Weltordnung (Zbigniew Brzezinski, Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Chico Withaker u.a.) (Vortrag Ulrich Morgenthaler)

11.30 - 13.00: Interkulturelle Begegnung in der Praxis: Das Beispiel der Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand e.V. Bochum (Darstellung Dr. Annette Massmann)

15.00 - 16.30: Christentum als Weg zum Verständnis des Anderen (Vortrag Udo Herrmannstorfer, Rezitation)

17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit

20.00: Interkulturelle Begegnung in der Praxis: Das Beispiel der Freien interkulturellen Waldorfschule Mannheim (Darstellung Dr. Albert Schmelzer)

Sonntag, 31. Oktober 2010

9.00 - 10.30: Forum: Interkulturelle Begegnung als Anstoß zu individueller und sozialer Entwicklung (Einleitung Harald Spehl)

11.00 - 12.30: Fortsetzung des Forums,
Zusammenfassende Betrachtungen, Abschluss

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und
Verpflegung) 140,- EUR, Gemeinschaftsver-
pflegung zusätzlich 22,- EUR.

Weitere Infos

zu den Seminaren unter
www.sozialimpulse.de und unter
den unten angegebenen Adressen

Anmeldung und Bezahlung für das Seminar „Interkulturelle Begegnung“:

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart,
Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950,
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de,
www.sozialimpulse.de

Konto: Institut für soziale Gegenwartsfragen
Konto-Nr. 123 86 000, GLS Gemeinschaftsbank,
BLZ 430 609 67*)
Konto-Nr. 381 18 709, Postbank Stuttgart,
BLZ 600 100 70 **)

*) IBAN: DE20 4306 0967 0012 3860 00,
BIC GENODEM1GLS

**) IBAN DE11 6001 0070 0038 1187 09,
BIC: PBNKDEFF600

Anmeldung und Bezahlung für das Fachseminar „Persönliches Budget“:

Anmeldeadresse: Lebensgemeinschaft Bingenheim,
Schlossstr. 9, D-61209 Echzell,
kontakt@lebensgemeinschaft-bingenheim.de
Fax 06035 - 8 11 26, Tel. 06035 - 81-0
www.lg-bingenheim.de

Konto: Verein zur Förderung eines anthroposo-
phischen Erziehungs- und Bildungswesens e.V.
Echzell, Konto-Nr. 86 000 156, Sparkasse
Oberhessen, BLZ 518 500 79,
IBAN: DE 98 51850079 0086000156,
SWIFT-BIC: HELADEF1FRI

Die globale Entwicklung und die Aufgaben sozialer Erneuerung

Ratschlag für
Dreigliederungs-Netzwerker

Samstag, 4. Dezember 2010
11.00 - 18.00 Uhr
Freie Hochschule Stuttgart
Gebäude Libanonstraße 3,
70184 Stuttgart

Wie jedes Jahr gegen Ende soll durch das Tref-
fen wieder eine Möglichkeit geschaffen werden,
gemeinsam Zeitereignisse und die Entwicklung
sozialer Erneuerungsbewegungen einzuschätzen.

Wir wollen Rückschau auf die eigene Arbeit hal-
ten und uns über unsere Erfahrungen austauschen.
Und wir können über die Herausforderungen und
Aufgaben des kommenden Jahres - darunter auch
über Fragen der Kostendeckung - sprechen.

Alle Interessierten, die sich mit der Initiative
Netzwerk Dreigliederung verbunden füh-
len, sind herzlich eingeladen.

Zeitplan:

11.00 - 12.45: 1. Arbeitsabschnitt
12.45 - 14.15: Mittagspause
14.15 - 15.45: 2. Arbeitsabschnitt
16.15 - 18.00: 3. Arbeitsabschnitt

Anmeldung:

Initiative Netzwerk Dreigliederung
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218
E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de